

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Volksehrwürdigen Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illust. Beilage Volt und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.— für Selbstabholer 1.90 M. — Durch die Post bezogen 2.— M. ohne Beleggeld. Telefon Samml.-nummer 72208. **Vollstreckkonto:** Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig:** Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

**Inseratenpreise:** Die Wogelpost, Kolonellseite 35 Wg., bei Plakowdrift 40 Wg. Stellenangebote 10 Gels. Kolonellseite 25 Wg. Familienabdrücke von Privatent die Wogelp. Kolonellseite mit 50% Nachsch. Reklameseite 2 M. Inserate v. usw. die 10 Gels. Kolonellseite 40 Wg. bei Plakowdrift. 50 Wg. Reklameseite 2.25 M

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Ferientage. — Abonnementsbeiträge nehmen die Austräger, unsere Zweigabteile und alle Postanstalten entgegen

# Nieder mit dem Faschismus!

Der 7. Oktober

Aufruf des österreichischen Parteivorstandes

SPD Wien, 4. Oktober. (Radio.)

Der sozialdemokratische Parteivorstand erläßt einen Aufruf, worin er feststellt, daß die Entschlossenheit, dem provokatorischen Aufmarsch der Heimwehrfaschisten im roten Wiener-Neustadt eine machtvolle proletarische Kundgebung entgegenzustellen, ihre Wirkung getan habe. „Zuerst wollten die Faschisten eine Generalprobe für den Aufmarsch nach Wien veranstalten, jetzt soll es nur noch ein Werbaufmarsch sein. Der Sonntag muß zeigen, daß die Arbeiter entschlossen sind, jedem Einbruch des Faschismus eine unübersteigbare Mauer entgegenzustellen. Die Regierung steht völlig unter dem Diktat der Faschisten. Um so dringender ist es, den Ruf zu erheben: am Sonntag alle nach Wiener-Neustadt! Wir gehen nach Wiener-Neustadt nicht, um eine Schlacht zu schlagen, sondern um zu zeigen, daß die Arbeiter den Faschisten eine Mauer entgegenstellen können, die unvergleichlich größer ist als das Gefolge der Putschisten. Gewalttätige Zusammenstöße müssen unbedingt vermieden werden. Die Faschisten auf der einen und die Kommunisten auf der andern Seite müßten aber Zusammenstöße provozieren. Deshalb erklären wir: Jeder, der gewalttätige Zusammenstöße provoziert, ist entweder ein feilschender Vursche oder ein Schurke. Wir erwarten, daß unsere tapferen Schutzbündler gegen alle Provokateure und Gerüchtemacher scharf und rücksichtslos einschreiten. Kommt in so ungeheurer Zahl, daß der Aufmarsch der Heimwehren zu einer kläglichen Blamage der Putschistenführer wird. Haliet so feste Disziplin, daß der 7. Oktober zur Befreiung proletarischer Kraft und Selbstzucht wird und daß alle Provokationen an der Masse und inneren Kraft der Arbeiterklasse zerschellen.“

Nieder mit dem Faschismus, es lebe die Freiheit, es lebe die Sozialdemokratie!

## Verhandlungen im Nationalrat

SPD Wien, 3. Oktober.

Die sozialdemokratische Fraktion brachte am Mittwoch im Nationalrat folgende dringliche Anfrage ein:

„Die Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, daß die sogenannten Heimwehren zu einer ersten Gefahr für die demokratische Entwicklung der Republik und für den Frieden im Land geworden sind. Die Heimwehren sind allmählich zu faschistischen Formationen entartet, die immer offener mit dem gewalttätigen Umsturz der republikanischen Verfassung drohen. Diese Entwicklung hat selbstverständlich zur Folge, daß die verfassungstreue republikanische Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft, gezwungen ist, sich gegen diese Gefahr zu wappnen. Angesichts der durch diese Entwicklung heraufbeschworenen Gefahren richten wir an die Bundesregierung die Frage, ob sie bereit ist, Verhandlungen mit den parlamentarischen Parteien über die innere Abrüstung einzuleiten.“

In seiner Begründung führte Dr. Renner aus, daß die Heimwehren illegale bewaffnete Organisationen seien, für die

## Der Auswärtige Ausschuss

SPD Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags wurden am Mittwoch unter dem Vorsitz des Abg. Scheidemann (Soz.) die Genfer Verhandlungen erörtert. Im Eingang seiner Ausführungen gab Reichskanzler Müller dem Ausschuss davon Kenntnis, daß Dr. Stresemann wahrscheinlich schon Ende dieses Monats seine Amtsgeschäfte in vollem Umfange wieder aufnehmen könne. Der Reichskanzler gab dann eine Uebersicht über die Haltung der deutschen Delegation in Genf, berichtete insbesondere über die Einleitung und Durchführung der deutschen Räumungsaktion und stellte am Schluß seiner Ausführungen fest, daß die Genfer Verhandlungen einen Fortschritt gebracht hätten.

Anschließend sprach Staatssekretär v. Schubert im einzelnen über eine Reihe von Fragen die in den Genfer Verhandlungen eine Rolle gespielt haben. An die Ausführungen des Reichskanzlers und des Staatssekretärs schloß sich im weiteren Verlauf der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses eine sehr ausgedehnte Diskussion, die wegen der vorgerückten Zeit nicht zu Ende geführt werden konnte. — Weiterberatung Donnerstags.

## Zentrum gegen Volksbegehren

In der Germania wird offiziell mitgeteilt:

Die Zentrumspartei fordert ihre Mitglieder auf, an diesen Volksbegehren sich nicht zu beteiligen. Sie sieht in diesem Volksbegehren lediglich ein Mittel kommunistischer Parteitagitation, das nicht geeignet ist, eine sachliche Klärung der mit dem Panzerkreuzerbau aufgeworfenen Fragen herbeizuführen.

keine politische Partei die Verantwortung trage und die auch keine Verantwortung gegenüber der Bevölkerung hätten. Geführt würden die Heimwehren von einem Hauptmann Babi, einem im Deutschen Reich flehentlich verfolgten Hochverräter. Seine Tätigkeit führe zu einer Mazedonisierung Österreichs. Daher sei es Aufgabe aller Parteien, dieser Entwicklung zu steuern und für die Befriedung des Landes zu sorgen.

Während der Antwort des Bundeskanzlers Seipel kam es mehrfach zu heftigen Zusammenstößen zwischen der Mehrheit und den Sozialdemokraten. Seipel führte u. a. aus, er habe die verschiedenen Beschuldigungen gegen Babi gelesen, glaube sie aber nicht, denn wenn Babi eine so gefährliche Persönlichkeit wäre, hätte Deutschland wohl dagegen Einspruch erhoben, daß er in Österreich eine so wichtige Rolle spiele. Die Beschuldigungen, die Renner gegen die Heimwehren richtete, seien nicht erwiesen. Auch der Bundeskanzler verlange, daß die Möglichkeit für öffentliche politische Äußerungen gegeben sei. Ablehnen müsse er es jedoch, daß eine Partei ein bestimmtes Gebiet als ihr Eigentum betrachte. Von vornherein habe er den Standpunkt eingenommen, daß die Heimwehrtätigkeit nicht verboten werden dürfe, weil Gegenemonstrationen angelegt waren, und mit Straßenunruhen gedroht wurde.

Der zweite sozialdemokratische Redner, Dr. Bauer, sagte zur Rede des Bundeskanzlers, daß es noch niemals in einem Parlament vorgekommen sei, daß der Chef der Regierung offiziell eine Organisation wie die faschistischen Heimwehren in Schutz nehme. Geradezu unglaublich sei es jedoch, daß Seipel vom Regierungssitz aus den Blut und Babi verteidigt habe. — Die Erregung, die im Hause während der ganzen Aussprache wiederholt zum Ausbruch kam, dauerte noch fort, als ein Mitglied des Landbundes das Wort ergriff.

## Die Verständigung über den Aufmarsch

SPD Wien, 3. Oktober.

Am Mittwoch ist zwischen den Parteien über die Durchführung der beiden Aufmärsche in Wiener-Neustadt eine Verständigung zustande gekommen. Danach verpflichteten sich die Heimwehrverbände in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag, und zwar von Mitternacht bis 8 Uhr früh, in Wiener-Neustadt einzutreffen und auf dem Rangierbahnhof außerhalb der Stadt auszufallen. Außerdem haben sie auf einem bestimmten Wege zum Turnplatz zu ziehen. Der Aufmarsch muß bis 9 Uhr erfolgen. Die Verbände des Republikanischen Schutzbundes treffen bereits am Sonnabend um 18 Uhr und um 24 Uhr mit Sonderzügen auf dem Hauptbahnhof in Wiener-Neustadt ein und marschieren von dort aus in ihre Quartiere. Am Sonntag versammeln sie sich um 8 Uhr auf verschiedenen Plätzen der Stadt.

Die Kundgebungen selbst sind so geordnet, daß am Vormittag die Heimwehr ihre Kundgebungen auf dem Hauptplatz abhält. Sie hat sich verpflichtet, ihre Kundgebungen gegen 11 Uhr zu beenden. Am Nachmittag findet dann die sozialdemokratische Kundgebung statt. Während dieser Aufmärsche und Kundgebungen wird eine neutrale Zone gezogen, die durch Sicherheitsorgane hermetisch abgeschlossen wird. Zwischen 11 und 12 Uhr tritt eine Pause ein, damit die Sicherheitswache ihre Aufstellung beenden und auch für Abklärung sorgen kann, um am Nachmittag die sozialdemokratische Kundgebung zu ermöglichen.

Der Heimtransport der Formationen des Republikanischen Schutzbundes erfolgt erst, wenn der letzte Zug mit Heimwehrenten abgegangen ist. Unter diesen Umständen dürften die Kundgebungen am Sonntag ruhig verlaufen.

## Interpellation wegen des Marineabkommens

SPD Paris, 4. Oktober. (Radio.)

Zwei sozialdemokratische Abgeordnete sind von ihrer Fraktion beauftragt worden, die Regierung über das englisch-französische Marineabkommen zu interpellieren. Gleichzeitig wirft Leon Blum im Populaire die Frage auf, welches Ziel eigentlich die beiden Länder mit dem „Roman“ dieses Abkommens verfolgt hätten. Man habe doch von Anfang an gewußt, daß Amerika das Abkommen nie und nimmer annehmen werde. Wenn man sich trotzdem die Mühe gemacht habe, es zustande zu bringen, was habe man damit gewollt? Es gebe nur eine einzige Erklärung: vielleicht habe man gehofft, daß man in der Abrüstungskommission des Völkerbundes, in der Amerika nicht offiziell, sondern nur durch einen Beobachter vertreten sei, einen Einheitsblock gegen Amerika zustande zu bringen und daß man damit Amerika zur Abrüstung zwingen könne. Daß diese Interpretation mancherlei Einwände zulasse, gibt Leon Blum durchaus zu und Ere Kowelle hat in seinen früheren Artikeln schon darauf hingewiesen, daß insbesondere Frankreich damit die englische Unterstellung für seine Vordrückungen und für seine Vormachtstellung im Mittelmeer gegenüber Italien sichern wollte.

Was die Veröffentlichung des Abkommens angeht, so glaubt der Marinemittler zu können, daß sie auf Wunsch der englischen Regierung erst nach den amerikanischen Wahlen vom 6. November erfolgen werde. England befürchte nämlich, daß, wenn die Veröffentlichung in das Wahljahr hineinfällt, sie zu Mißdeutungen und Entstellungen Anlaß geben könne.

## Schlechte Sittennote

Das EKKI gegen die tschechischen Kommunisten

(Von unserem Prager Berichterstatter.)

J. B. Der kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei geht es seit dem 6. Juli, dem Tage der verachteten Demonstration, die man als „Roten Tag“ bezeichnete, sehr schlecht. Die Partei wird von inneren Streitigkeiten darüber zerrüttet, wer nun eigentlich die Schuld an dieser Katastrophe trage, und es ist postlerlich zuzusehen, wie die Vorwürfe hin- und herhageln. Während die Karlsbader Kreisleitung der KPC dem Zentralkomitee vorwirft, es sei anti-leninistisch, erwidert dieses wieder, die Karlsbader seien verkappte Trozkisten. In Preßburg wieder wurde gegen die alte eine neue Kreisleitung gewählt, welche nun die „richtige“ Politik machen soll, in Brünn ist fast kein Stein auf dem anderen geblieben und in Prag, wo man für politische Organisation überhaupt wenig übrig hat und sich lieber mit Fußball beschäftigt, wird die innere Krise der Partei von den dazu Befugten in einigen kleineren Kaffeehauszirkeln zu lösen versucht. Und weil die beste Methode, über eine schwierige Sache hinwegzukommen, darin besteht, daß man nach altösterreichischem Muster von etwas anderem redet, sind wieder zwei oder drei andere „Massenparolen“ ausgegeben worden. Damit soll die Aufmerksamkeit von der Katastrophe des Roten Tages abgelenkt werden.

Diesen Versuchen hat nun die päpstliche Kurie der kommunistischen Internationale ein recht scharfes Ende gesetzt. In einem umfangreichen „Offenen Schreiben an die Mitglieder der KPC“ teilt die Exekutive der kommunistischen Internationale ihren Standpunkt zu all diesen Dingen mit. Die verantwortlichen Parteimänner werden nicht gerade begeistert gewesen sein, als sie die schlechte Sittennote, die sie da erhalten hatten, auch noch abdrucken mußten. Aber wer zahlt, der besteht auch, und so blieb wahrscheinlich kein anderer Ausweg, als wie schon so oft zu tun und zu parieren.

Der mehr als vier Zeitungspalten füllende „Offene Brief“ läßt an der bisherigen Tätigkeit der KPC kein gutes Haar übrig. Sie habe zwar alle ihr aufgetragenen organisatorischen Umänderungen bewältigt, die trozkistische Abweichung glücklicherweise liquidiert und damit die Voraussetzungen für eine Volkshewisierung der Partei geschaffen. Durch den Ausbau des Zellenwesens sei die Partei immer mehr an die Massen herangekommen, sie habe in großen Kämpfen nicht nur zahlreiche indifferente, sondern sogar sozialdemokratische Arbeiter für sich gewinnen können. (Welche Kämpfe das waren, wird allerdings schamhaft verschwiegen.) Und nach all diesen Erfolgen plötzlich diese furchtbare Katastrophe mit dem „Roten Tag“, der trotz einer geradezu bombastischen Aufmachung nur etwa 3000 gläubige Kommunisten aus der Provinz heranlockte, während die Prager Revolutionäre es vorzogen, aus ihren Häusern den Aufmarsch der vielen Tausende von Polizisten und Gendarmen zu betrachten und die naiveren Provinzler ihrem Schicksal überließen.

Die Exekutive warnt die KPC, diesen Mißerfolg oberflächlich und losgelöst von den anderen Ereignissen zu betrachten. Man müsse die Gründe tiefer suchen, und so werden sie denn gesucht. Die Partei leide an starken ideologischen Mängeln, der Ausbau der Partei sei formal geblieben, die Zellen seien passiv und nehmen keinen Anteil am politischen Leben. Die opportunistischen Elemente hätten sich starke Positionen bewahrt, auf dem Gebiete der Gewerkschaftstätigkeit arbeite man mit reformistischen Methoden, es werde nichts ernstliches gegen die Kriegsgefahr und den Faschismus unternommen, der nationalen und der Bauernfrage werde nicht genügende Beachtung geschenkt, vielmehr sei alles Sinnen und Streben der Partei darauf gerichtet, als legale Bewegung zu erscheinen und anerkannt zu werden. Sowohl Zentrale als auch lokale Parteinstanzen sind passiv, und man habe, welsch ein Schreden, sogar schon die Sozialdemokratie als eine Partei des Klassenkampfes zu werten begonnen. Die Wirkungen der Stabilisierung des Kapitalismus sind verkannt worden, man habe sich nicht darauf vorbereitet, daß sie Lohnkämpfe im Gefolge haben würde, und die Partei entwickle sich aus der Passivität immer mehr zum Opportunismus. Nun folgt ein langer Sündenzeiger, bei welchen Gelegenheiten die Partei versagte, und die Liste ist fürwahr auf allen Gebieten, ob es sich nun um politische oder wirtschaftliche Aktionen handelt, lang genug. Wenn schon nichts anderes richtig gemacht wird, der Spießdienst von Prag nach Moskau scheint gottlob immer noch glänzend zu funktionieren. Das Ergebnis all dieser Abweichungen von der allein richtigen Linie, die indessen nur den Eingeweihten in Moskau bekannt zu sein scheint, sei nun, daß die Partei entschieden das Vertrauen der Massen verloren habe, die sich wie eine von den Führern verlassene Armee vorfinden, so daß die Hauptaufgabe darin bestehe, den verlorenen Kontakt mit den Massen so rasch wie möglich wiederzugewinnen. Zu diesem Zwecke müsse die Zusammensetzung der leitenden Organe verbessert werden, andererseits dürfe man aber die Grundlagen der Diskussion nicht durch neue Parolen verschieben, sondern müsse die alten Fehler erkennen, um von der opportunistischen Passivität zur bolschewistischen Aktivität überzugehen.

Thälmann wird also wahrscheinlich demnächst in der KPC leidtragende Kollegen bekommen und es hat auch schon ein recht lebhaftes Treiben eingeseht, wer nun zur Leitung der



Massenpartei berufen werden soll. Aspiranten gibt es ja genug, man muntelt aber, daß die meisten gewogen, aber zu leicht befunden wurden und daß Schmeral höchstpersönlich von der Leitung der nicht eben glücklich verlaufenen chinesischen Angelegenheiten abberufen und wieder in der Tschechoslowakei zum Dienst gestellt werden soll.

## Fraktionenkampf um Thälmann Die Korruption in der SPD

SPD Das Organ des Lenin-Bundes legt seine Enthüllungskampagne über die Korruption in der SPD fort. Diesmal wird der augenblickliche Vizepräsident von Baden, der Reichstagsabgeordnete Schred, beschuldigt, die Unterjochung von Parteigeldern durch einen Funktionär geduldet zu haben. Schred hat diesen Funktionär gleichzeitig protegiert; er hat ihn zunächst als Delegierten zu einer Unterbezirkskonferenz und dann zum Bezirksparlament wählen lassen. Ein anderes Parteimitglied, das diese Unterjochungen aufgedeckt hat, soll aus der Partei ausgeschlossen worden sein. Schred wird außerdem von dem Organ des Lenin-Bundes beschuldigt, Gelder, die an die rote Hilfe abgeliefert werden mußten, für sich persönlich verwandt zu haben. Er hätte in einer Ortsgruppe der roten Hilfe Gelder zur Ablieferung erhalten, hiervon aber nur einen Teil abgeliefert und den Rest für sich behalten. Das Blatt fragt, was mit Schred geschehe, ob er ebenfalls nach Rußland zur Erholung geschickt werde.

Das linkskommunistische Blatt berichtet in seiner letzten Nummer u. a. noch über eine kommunistische Funktionärerversammlung in Hamburg. Dort hätte Schreier versucht, die Versammlung für Thälmann günstig zu stimmen. Obwohl die Konferenz dreimal gestört worden sei, wäre seine Empörung entstanden, als bekanntgegeben wurde, daß die Bezirksleitung Wasserlante in einem Beschlusse die Maßregelung gegenüber Brecht, Meißel und Scheer zu hart finde. Die gleiche Bezirksleitung hätte förmliche Beschlüsse des Zentralkomitees über Thälmann als zu weitgehend abgelehnt. Es sei zu erregten Zwischenrufen wie: Nieder mit der Bezirksleitung! Heraus mit der für umpierten Bezirksleitung! gekommen. Darauf sei Meißel in Berlin als „Retter der Situation“ erschienen. Er hätte der Versammlung empfohlen, den Bericht von Schreier „nur als Informationsmaterial“ entgegenzunehmen und von einer Debatte abzuziehen, da ein Telegramm der Moskauer Exekutive eingetroffen sei, das besagte, daß jede Debatte über den Fall Thälmann vor der Beschlußfassung der Exekutive unterbleiben müsse. Dem habe die Versammlung sich — wenn auch unwillig — gefügt.

## Der blutige Wahlsonntag

### Debatte in der Hamburger Bürgerchaft

SPD Hamburg, 4. Oktober (Radio).

In der Hamburger Bürgerchaft wurden am Mittwochabend in dreistündiger Debatte die blutigen Zusammenstöße zwischen Nationalisten und Reichsbanner am letzten Sonntag in Geesthacht besprochen. Der Senat antwortete auf die von allen Parteien gestellten Anfragen, daß er neben der staatsanwaltlichen Untersuchung noch eine eigene Untersuchung durchführen werde. Für die neuen Wahlen am kommenden Sonntag seien durchgehende Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Der Senat werde weiterhin demnächst eine Vorlage einbringen, die eine Vereinheitlichung in der Polizeileitung des ganzen Staatsgebietes vorsehe.

In der Aussprache kam es wiederholt zu recht stürmischen Ausbrüchen, da die Kommunisten es offenbar darauf angelegt hatten, einen Krach zu inszenieren. Von dem Redner der bürgerlichen Fraktion wurde besonders das Verhalten des Regierungsrates kritisiert, der als Polizeileiter es verabsäumt hätte, die Polizeimannschaften aus Hamburg anzufordern, obwohl dort die Polizei alarmbereit gelegen hätte. Der demokratische Redner machte den Ressortpartikularismus in den einzelnen Behörden für die mangelhafte Sicherung verantwortlich. Der kommunistische Redner versuchte unter Mißbrauch der gegen Reichsbanner und Sozialdemokratie dem Reichsbanner die Schuld an den Zusammenstößen zuzuschreiben, mußte sich aber von dem Redner der Sozialdemokratie, der selbst Augenzeuge der Zusammenstöße war, eine energische Zurückweisung gefallen lassen. Der sozialdemokratische Redner stellte fest, daß die Kommunisten die Reichsbannergruppen angegriffen hätten und bedroht, mit eigenen Augen gesehen zu haben, wie aus den Rotfrontabteilungen geschossen worden sei. Ein kommunistischer Antrag, sofort einen besonderen Untersuchungsausschuss einzusetzen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

## Vor den Räumungsverhandlungen

SPD Paris, 3. Oktober.

Angeht die Spannung, mit der die französische Öffentlichkeit den kommenden Räumungsverhandlungen entgegensteht, mehren sich in der Presse die Kombinationen und Versuchsbalkons, die samt und sonders den Tatsachen stark voraussehen. Das läßt sich insbesondere von einer Meldung des Zinranstiegtagen, nach der im Ministerrat vom Dienstag der Außenminister Briand einen langen Bericht über die „in diesem Augenblick“ gepflogenen Besprechungen erstattet haben soll. Nach der gleichen Quelle soll Poincaré bereits die Zustimmung des Kabinetts erlangt haben, Frankreichs Gesamtforderung für die Regelung an Reparationen auf 30 Milliarden Goldmark festzusetzen und mitzuteilen haben, daß die von der Sechskonferenz vorgesehene Finanzkommission nach einer zwischen Deutschland und Frankreich getroffenen Vereinbarung im Dezember in Paris zusammentreten wird. Hierzu ist zunächst zu sagen, daß die in Genf beschlossenen Verhandlungen noch keineswegs eingeleitet haben. Dazu bedarf es, wie das betreffende Blatt selbst feststellt, eines offiziellen Schrittes der deutschen Regierung. Da der deutsche Botschafter v. Hoelz erst in nächster Woche auf seinen Posten zurückkehrt, kann also frühestens zu diesem Datum mit der Einleitung der Vorverhandlungen gerechnet werden.

Auch die Meldung von den 30 Milliarden Goldmark, die Frankreich zu verlangen gedenkt, ist mit Vorsicht aufzunehmen. Die Forderungen Frankreichs sind in den letzten Reden Poincarés zum ersten Male dahin umrissen worden, daß Deutschland die Zahlung der französischen Schuld an die Alliierten zu übernehmen und darüber hinaus einen „anständigen Beitrag zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden“ zu leisten habe. Poincaré hat nichts von der vollen Rückerstattung der für die Kriegsschäden aufgewandten Kosten erwähnt, aber selbst wenn man das annehmen wollte, wäre der Betrag von 30 Milliarden zu hoch gegriffen. Was die Schulden an die Alliierten betrifft, so befreit sich ihr Gegenwertwert auf 1,7 Milliarden Dollars für Amerika und 223 Millionen Pfund für England, das sind rund 11,5 Milliarden Goldmark. Rechnet man hierzu noch die Gesamtheit der rund 90 Milliarden Franken, die Frankreich tatsächlich für seinen Wiederaufbau aufgewandt hat, so würde sich die französische Gesamtforderung nur auf etwa 25 Milliarden Mark belaufen. Selbstverständlich handelt es sich hier nur um die französische Forderungsbasis, und diese Summe dürfte fraglos im Laufe der Verhandlungen noch erhebliche Modifikationen erfahren.

## Horriot in Berlin

Der französische Unterrichtsminister Horriot ist in Berlin eingetroffen. Er hält sich in einer durchaus privaten Angelegenheit in Berlin auf, da er Archive und die Staatsbibliothek für sein in Arbeit befindliches Werk über Beethoven in Anspruch zu nehmen beabsichtigt.

# Der Waldenburger Streik

## Bergarbeiterleid für den Fürsten Blech

SPD Der beginnende Herbst, wo den Menschen bei der wachsenden Teuerung die Anzulänglichlichkeit ihres Einkommens bewusst wird, hat in Deutschland wieder große wirtschaftliche Kämpfe ausgelöst. In der Rheinlande stehen 50.000 Bergarbeiter im Streik. In Rheinland und Westfalen rüdet die Schwerindustrie zur Abwehr der berechtigten Forderungen der Metallarbeiter, im härtesten Übermaß aber die Öffentlichkeit die Meldung, daß im niederschlesischen Glendogebiet von Waldenburg-Neurode, das in 50 Jahren dieselbe traurige Berühmtheit haben wird, wie heute das Gebiet der Weber im Sülzgebirge, die Bergarbeiter am 2. Oktober zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen in den Wirtschaftskampf getreten sind und streikten.

Die Öffentlichkeit hat wenig beachtet, daß die Waldenburger Bergarbeiter schon einmal friedlich verhandelt haben, um ihre Glendoslage zu verbessern. Am 13. September sind die ersten Verhandlungen zwischen den Bergherren und Arbeiterverbänden erfolglos abgebrochen worden, nachdem die Bergarbeiter einen 15prozentigen Zuschlag auf ihre Tarifföhne,

einen billigen Ausgleich vorhandener Ungerechtigkeiten, und die Erhöhung des Zimmerhauerlohnens um 10 Prozent gefordert hatten. Die Verhandlungen scheiterten, weil die Bergherren einen Vorschlag machten, der unläuter war und aus volkswirtschaftlichen Gründen von den Bergarbeitern nicht angenommen werden konnte. Die Bergherren verlangten, daß die Vertreter der Arbeiterschaft sich bei den Arbeiter- und Bergarbeiterverbänden im Reichslohnenrat und im Reichslohnverband für dafür stark machen sollten, daß die

Kohlenpreise für niederschlesische Kohle um 1 M. je Tonne erhöht wird. Wenn das erreicht wäre, sollten die Arbeiter aus dem Mehrerlös 60 Prozent zur Erhöhung der Löhne erhalten, 40 Prozent wollten die Bergherren einstecken. Dieser Vorschlag, der durchaus unläuter war,

mußte abgelehnt werden. So kam es zum Streik. Die Forderungen der niederschlesischen Bergarbeiter sind berechtigt. Unter der Bürgerblockregierung fand man im vorigen Jahr kaum den Mut, eine Erhöhung der Schichtlöhne für Niederschlesien um 8 Prozent für verbindlich zu erklären. Nach den amtlichen Ziffern erhalten die Bergarbeiter Niederschlesiens im Durchschnitt der Gesamtbelegschaft, wenn man den Bestandslohn, nicht die Tarifföhne der Lohnordnung berücksichtigt, für ihre schwere Arbeit

nur noch 6 M. pro Schicht.

Dabei ist der Soziallohn schon eingerechnet. Wo Arbeitererlassen zusammen wohnen, wie in Niederschlesien, ist das Leben weitaus teurer als anderwärts. Jede Teuerung wirkt sich dort viel verheerender aus. Auf der anderen Seite sind die

Leistungen der schlecht bezahlten niederschlesischen Bergarbeiter auch noch im letzten Jahre bedeutend gesunken.

Für die schlechten Bergbauverhältnisse in Niederschlesien bedeutet es viel, daß sich im Monatsdurchschnitt die Leistung pro Kopf und Schicht der Belegschaft im Jahre 1928 auf 880 Kilo gegen 784 Kilo im Jahre 1927 erhöht hat. Dabei ist die Belegschaftsziffer von Januar bis August 1928 nicht unbedeutend zurückgegangen, sie ist von 26.800 auf 25.500 Bergarbeiter gesunken. Bei geringerer Belegschaftsziffer ist die Leistung der Arbeiter also um fast 7 Prozent gesunken. Den erhöhten inneren Rentabilitätsmöglichkeiten der niederschlesischen Bergwerke ist die entsprechende Erhöhung der Löhne nicht gefolgt.

Für das Glend, das im Waldenburger-Neurode Meibler herrscht, nur folgende amtliche Zahlen über die Wohnungsverhältnisse: Das Landratsamt Waldenburg hat für das Jahr 1927 festgestellt, daß in Waldenburg fast 33 Prozent der Bevölkerung in einem Wohnraum leben müssen, 38 Prozent nur ein Zimmer und eine Küche haben, und 20 Prozent in der „glücklichen“ Lage sind, 2 Zimmer und 1 Küche zu besitzen; nur etwa 9 Prozent sind besser untergebracht. Die Lage in den

Bergarbeiterdörfern ist noch viel trauriger. In den Bergbaugemeinden Dittersbach, Niederhermsdorf, Reuhain, Gottesberg und Weißstein leben

von 100 Familien 34 bis 40 in einem Wohnraum.

In der Gemeinde Oberwaldenburg sind es 42 Familien, in der Gemeinde Felshammer 50 Familien, und in den Gemeinden Konradshof, Oberhermsdorf und Neulässig leben gar

von 100 Familien 58 in einem einzigen Wohnraum.

Diese Wohnungsverhältnisse beweisen mehr als alle Sozialstatistiken, wie dicht besiedelte Proletariergebiete mit der unvermeidlichen Teuerung automatisch aus das Glend erzeugen.

Die Bergherren haben demgegenüber aber fast nichts getan, um von sich aus die wirtschaftlichen Verhältnisse zu bessern. Erst, als die Aussicht bestand, daß Staat und Reich bereit sein werden, zur Konzentration und Rationalisierung der niederschlesischen Bergwerkverhältnisse Kredite zu gewähren bzw. Staatsgarantien zu übernehmen, erst als diese Staatshilfe laotete, bereitete man die Bildung der Niederschlesischen Bergbauaktiengesellschaft vor, die als Einheitsbetrieb die Förderkosten senken und die Konkurrenzfähigkeit der niederschlesischen Kohle verbessern soll. Aber obwohl die Staatsgarantie für einen Kredit von 11 Millionen zugesagt ist, ist bis heute die Niederschlesische Bergbau-AG nicht aktionsfähig geworden. Die Kokswerke und chemische Fabriken u. S. w. die Kütters-Werke u. S. w. und die Gewerkschaft Vereinigte Glückhills-Friedenshoffnung haben sich wohl vorläufig zusammengeschlossen, aber die

idealkommissarisch gebundenen Zeichen der glücklichen Bleichen Verwaltung sehen noch immer außer Acht, weil der schlesischen Berggrundbesitzerfamilie Bleich der Preis für ihre noch verschuldeten Zeichen zu niedrig scheint.

Diese Familie Bleich benutzt das Glend im Waldenburger Gebiet, um Privatvorteile aus der Notwendigkeit des Zusammenstresses zu ziehen, wobei sie vor allem ausnützt, daß die Zeichen von Bleich die Kohlenreviere der anderen Gesellschaft durchschneiden und eine rationelle Wirtschaft ohne die Bleichen Zeichen nicht möglich ist.

Die Waldenburger Bergarbeiter können unmöglich auf die Linderung ihres Glends warten, bis die Familie Bleich den Preis bekommt, den sie verlangt. Sie dürfen nicht verantwortlich gemacht werden, mit ihrem Leben und ihrem Lebensglück für das Kapitalrisiko, das die bergbauwirtschaftlich unglücklichen niederschlesischen Zeichen tragen müssen, und das die Bergherren in Niederschlesien nicht tragen wollen. Dem Kampf der niederschlesischen Bergarbeiter muß die

Sympathie und Hilfe der ganzen deutschen Öffentlichkeit gehören; auch dem Staat darf keine Wahl gelassen werden, wo er zu stehen hat. Nachdem der Staat seine Kredithilfe zugesagt hat, muß er den Kampf der Bergarbeiter begründen und durch weitgehende Erfüllung der Bergarbeiterforderungen die immer wieder hinausgeschobene Rationalisierung des niederschlesischen Bergbaus erzwingen.

## Der Fürst von Bleich auf dem Kriegspfade

SPD Waldenburg, 3. Oktober.

Am Mittwoch fanden im ganzen Streikrevier überfüllte Versammlungen statt. Die Stimmung der Streikenden ist ausgezeichnet. Ruhe und Ordnung werden überall gewahrt. Die Behörden hatten bis jetzt nicht den geringsten Anlaß zum Einschreiten.

Die Ferngasversorgung ist durchaus gesichert. Betriebe, die im Dienst der Ferngasversorgung tätig sind, beschäftigen 25 Prozent der Belegschaft als Notstandsarbeiter. Einzig und allein die Betriebe des Fürsten von Bleich hatten bis jetzt keine Notstandsarbeiter. Der Fürst lehnte es ab, mit dem Betriebsrat über die Stellung von Notstandsarbeitern zu verhandeln. Die Streikleitung sah sich deshalb gezwungen, den Bleichen Betrieben keine Notstandsarbeiter zuzuwenden. Das ist einen Tag gut gegangen. Am Mittwochabend hat der Fürst klein beigetragen und um die Entsendung von Notstandsarbeitern gebeten.

## Am das Aktionsprogramm der Arbeiterpartei

SPD Birmingham, 3. Oktober.

Die Mittwochssitzung des Kongresses der Arbeiterpartei fand im Zeichen des von der Exekutive unterbreiteten Programmtextes, der bereits seit Wochen den Gegenstand der heftigsten Angriffe von der von dem Abg. Maxton geführten Opposition bildet. Maxton betonte, daß es sich um ein allgemeines Partei- und Aktionsprogramm handele. Es soll die Grundlage für die kommende Wahlpropaganda und für das zukünftige Regierungsprogramm der Arbeiterpartei bilden. Das vorliegende Programm kennzeichnete den Übergang der Partei von der Propagandamaschine zu einer politischen Macht.

Maxton, wie stets mit freundlichem Beifall begrüßt, suchte nachzuweisen, daß der vorliegende Programmtext den Bruch des auf der vorjährigen Konferenz gegebenen Versprechens darstelle, die Partei für den kommenden Wahlkampf mit einem Aktionsprogramm und einer kommenden Arbeiterregierung mit einer Marschroute zu versehen. Als zweiter Hauptredner der Opposition betrat Wheatson die Tribüne. Er lehrte in seiner betonten Ruhe den Programmtext, von dem er behauptet, daß 50 von den 63 Programmpunkten nichts als liberale Politik darstellen. Am Ende dieses Programms stehe nicht Sozialismus, sondern ein gemäßigter Kapitalismus. Wheatsons Rede wurde als der politische Schwanengesang dieses einstmaligen einflussreichen Glasgower Arbeiterführers bezeichnet.

Als die Debatte, in der sich die herausragendsten Führer der englischen Arbeiterbewegung für das Programm aussprachen, beendet war, wurde in dessen Spezialberatung eingetreten.

## Der griechisch-südslawische Freundschaftsvertrag gesichert?

SPD Paris, 4. September. (Radio).

Der griechische Ministerpräsident Venizelos ist gestern abend wieder von Paris abgereist. Er wird sich einige Tage zur Erholung in der Schweiz aufhalten und dann nach Belgien weiterreisen. Wie der Welt Parisien mitteilt, ist es in den Besprechungen zwischen Venizelos und dem jugoslawischen Außenminister Marinkowitsch gelungen, die Grundlage für den jugoslawisch-griechischen Freundschaftsvertrag festzulegen.

Die Einzelheiten namentlich über den Transitverkehr über Saloniki seien noch durch Sachverständigenberatungen festzulegen, aber nachdem auch das Saloniker Problem in rein wirtschaftlicher Hinsicht prinzipiell gelöst worden sei, könnte man den Abschluß des Vertrages in längstens zwei Monaten erwarten.

## Japans Politik in China

WB Neuport, 3. Oktober.

Der ehemalige japanische Außenminister Graf Utschida, der auf der Durchreise nach Japan hier weilte, betonte die Ueber einstimmung, die in den Vereinigten Staaten und in Japan über die Aufrechterhaltung der „offenen Tür“ in China besteht. Was die Wandschüre betrifft, so habe Japan keinerlei Absichten gegen die chinesische Souveränität über dieses Gebiet. Japan wünsche in der Wandschüre lediglich eine Regierung, die die Ordnung aufrechterhalte und die vertraglichen Verpflichtungen erfülle.

III Peking, 4. Oktober.

Wie aus Nanjing gemeldet wird, hat die Nanjing-Regierung der japanischen Regierung einen telegraphischen Protest gegen die Verletzung der chinesischen Botschaft in der Schantung-Provinz zugestellt. Nach amtlichen Angaben sind 50 Chinesen getötet worden. Der Oberbefehlshaber der japanischen Truppen erklärte der Nanjing-Regierung, daß die Verletzung infolge der Feindschaften der chinesischen nationalen Organisation notwendig geworden sei.

## Ein chinesischer Nationalfeiertag

III Peking, 3. Oktober.

Nach einer amtlichen Meldung aus Nanjing hat die Nanjing-Regierung beschlossen, den 10. Oktober zum Nationalfeiertag der chinesischen Republik zu erklären. An diesem Tage wird die Regierung eine Kundgebung an die fremden Mächte richten, in der festgesetzt werden soll, daß die chinesische Republik nur das Ziel habe, die Einheit des chinesischen Volkes wieder herzustellen. In der Kundgebung wird weiter die Zurückziehung der fremden Truppen gefordert werden. Die Nanjing-Regierung sei dafür bereit, mit allen Mächten neue Verträge abzuschließen, sowie die fremden Interessen in China zu schützen. — Einer weiteren amtlichen Meldung zufolge soll am 10. Oktober auch in Mukden die Flagge der Kuomintang gehißt werden. Die Nanjing-Regierung hat befohlen, Marschall Tschanghsuekang zum Oberbefehlshaber der Nordmandschurischen Truppen zu ernennen.

## Polen und Rumänien

III Warschau, 3. Oktober.

Im Zusammenhang mit der Rückkehr Willobskis aus Rumänien gibt die polnische Telegraphen-Agentur eine Erklärung der amtlichen rumänischen Agentur wieder, bezugnehmend auf die Unterredungen des Marschalls mit den Mitgliedern der Regentenschaft und der Regierung in Butarek keine Fragen bezüglich der Abänderung des polnisch-rumänischen Bündnisses oder neuer politischer Abereinkommen berührt worden seien. Das polnisch-rumänische Bündnis bleibe ein Defensivbündnis zum Zwecke der Erhaltung des Friedens. Auch die allgemeinen politischen Richtlinien beider Staaten hätten keine Veränderung erfahren.



# Der Parteibefehl

## Die kommunistische Aktion gegen den „Reformismus“

Das Volksbegehren der Kommunisten scheint schon im ersten Anlauf niedergeblieben zu sein. Trotz der Anweisung der kommunistischen Bezirksleitungen, daß am ersten Tage der Einzeichnung jedes Parteimitglied die Pflicht habe, die Einzeichnung zu bewirken, um einen erfolgversprechenden Aufstuf herbeizuführen, sind die meisten Einzeichnungskasse fast leer geblieben. Auch „Rot Front“ für das während der Einzeichnungstage Dienstbereitschaft in Uniform befohlen worden ist, kommt den Befehlen nur zum Teil nach, und in den Betrieben beschäftigen sich die Belegschaften mehr mit der neuesten Zeppelinfahrt als mit dem Volksentscheid gegen den Panzerkreuzerbau.

Es ist anzunehmen, daß die KPD angelehnt des Mißerfolges der ersten Einzeichnungstage versucht wird, mit allen Mitteln das Interesse für ihren Volksentscheid zu wachen und die Arbeiter zur Einzeichnung zu bewegen. Welche Vorgehen bei dieser Gelegenheit noch erfinden werden, ist noch nicht bekannt. Deshalb dürfte der Inhalt eines „Sonderdruckens“ zur Kampagne für den Volksentscheid, das dieser Tage der Volkszeitung für die Oberlausitz zur Verfügung gestellt wurde, besondere Beachtung auch der sozialdemokratischen Arbeiterkraft finden. In diesem Rundschreiben, das von der Bezirksleitung Olschafen der KPD an alle Zellen und Ortsgruppen verschickt worden ist, heißt es einleitend:

„Die Bedeutung des Kampfes der Partei gegen den Bau des Panzerkreuzers A wird schärfbar noch nicht in vollem Umfange von der Mitgliedschaft und den lokalen Parteileitungen erkannt. Trotz der von der Bezirksleitung ergangenen Anweisung und trotz der Tatsache, daß sich allen Teilen der Partei ihre Aufgaben aus der Lage heraus förmlich aufdrängen, wird die Kampagne verhältnismäßig schwach geführt.“

Und dann wird gesagt, auf was es den Kommunisten bei dem Volksentscheid in erster Linie ankommt:

„Bei den an und für sich günstigen Voraussetzungen, die wir für diesen Kampf haben, ist es möglich, diesmal dem Reformismus einen schwereren Schlag von weitestgehender geschichtlicher Bedeutung zu versetzen.“

Es wird also noch einmal ausdrücklich bestätigt, daß nicht etwa die Rüstungspolitik unterbunden werden soll, sondern der Volksentscheid dem Kampfe gegen den „Reformismus“ gilt. Was die Kommunisten als „Reformismus“ bezeichnen, wird noch des längeren in diesem Rundschreiben aufgeführt. In nicht weniger als fünf Absätzen wird gegen den „Verrat der linken sozialdemokratischen Führer“ losgezogen, gegen die Führer der schächlichen Sozialdemokratie, die wohl gegen den Panzerkreuzer geschrieben, aber sonst mit den Reformisten in der Partei und in den Gewerkschaften gleichen Sinnes seien. Was wir also schon lange wußten, was aber bei der Agitation der Kommunisten in den Betrieben und bei dem Veruche, Einheitskomitees zu bilden, immer abgelehnt wurde, wird hier schriftlich bestätigt. Der ganze Volksentscheid soll nur zu einer Kampagne gegen die Sozialdemokratie benutzt werden.

Mit keinem Wort wird gegen die Bestrebungen des Bürgerturns und der bürgerlichen Parteien Stellung genommen. Der Inhalt des Rundschreibens richtet sich vielmehr von Anfang bis Ende gegen die Sozialdemokratie. Dazu gehört auch die Anweisung, in jedem Betriebe nun endlich Arbeiterkorrespondenten zu verpflichten, allen, die mit der Politik der Sozialdemokratie unzufrieden seien, bei der Abfassung von Briefen an die kommunistische Bezirksleitung oder an die Arbeiterstimme behilflich zu sein. In allen Sportveranstaltungen und Gewerkschaftsversammlungen soll auf Grund der im Rundschreiben angegebenen Richtlinien in letzter Stunde die Massenmobilisierung betrieben werden.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und des Arbeiter-Turn- und Sportbundes wird durch dieses Rundschreiben der Kommunisten in jeder Weise gerechtfertigt. Wenn es noch einen Arbeiter gegeben hat, der der Meinung war, daß alles getan werden müsse, um den Bau von Panzerschiffen zu verhindern, und deshalb der Volksentscheid zu unterstützen sei, so wird er nun endlich eines Besseren belehrt worden sein. Spaltung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung um jeden Preis, das ist das Ziel, das durch die Volksentscheidagitation erreicht werden soll.

„Parteibefehl“ so lauten jetzt die beiden Überschriften in der kommunistischen Presse. Für die denkende Arbeiterschaft gilt jedoch der höhere Befehl: Erhaltet die Einheit der Arbeiterbewegung, macht den Volksentscheidrummel nicht mit, haltet eure Kollegen und Kolleginnen von der Unterzeichnung des Volksbegehrens ab!

# Die „unentbehrliche“ Zeno

SPD Die Technische Nothilfe schlägt in den letzten Tagen auf Kosten der Steuerzahler durch selbstfabrizierte Notizen und bezahlte Inserate — selbst in dem Organ des Reichsverbandes der deutschen Presse war ein solches Inserat zu finden — mächtig Reklame für sich. Diese Bewehrung gilt mehr den einträglichen Leuten der leitenden Positionen als der Sache. Jetzt heißt es, daß diese Herrschaften auch an die Regierungen der ihnen wohlgeleiteten Länder heranzutreten sind und sie für den Fall einer unbilligen Lösung ihres Verhältnisses zum Reich um finanzielle Unterstützung gebeten haben. Bayern, das finanziell nicht aus noch ein weh und in seiner Not das Sozialministerium bereits abgebaut hat, soll der Technische Nothilfe bereits 600 000 Mark Jahresbeitrag zugesichert haben.

Die bayrische Regierung wird nicht umhin können, zu dieser Behauptung Stellung zu nehmen. Trifft sie zu oder handelt es sich auch hier nur um eine der üblichen Reklamenthemen?

# Die Angst vor den Wahlen

SPD Berlin, 3. Oktober. Der Gemeindevorschuh des Preussischen Landtages hat am Mittwoch in einer Abendsitzung mit 16 gegen 18 Stimmen beschlossen, die Kommunalwahlen — einschließlich der Gemeindevahlen — bis zum 1. Oktober 1929 zu verlagern. Der Beschluß wurde mit den Stimmen aller hürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokraten und die Kommunisten gefaßt. Er offenbart die Wohlangst des Bürgertums in erschreckendem Maße.

Die Mehrheit des Preussischen Landtages dürfte sich dem Beschluß des Ausschusses anschließen.

# Preussische Konfessionsverhandlungen

Das Berliner Tageblatt läßt sich aus Böhmen berichten: Die Konfessionsverhandlung ist im preussischen Kultusministerium fertig gestellt und wird wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen das Staatsministerium beschäftigen. Wie verlautet, steht die Vorlage nicht nur die Regelung der finanziellen Fragen vor, sondern soll auch kulturpolitischen Charakter tragen. Da der Entwurf des Kultusministers die Schulfrage berührt, stehen die Koalitionsparteien in Preußen vor schwierigen Entscheidungen.

# Auf dem Wege zur Einigung

## Betrachtungen zur Dessauer Tagung der Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände

Die Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände ist die Spitzenorganisation, die sämtliche freigeistigen Verbände Deutschlands, die nur einige Bedeutung haben, zusammenfaßt. Die deutsche Freidenkerbewegung trägt bis jetzt noch kein einheitliches Gesicht. Es existieren mehrere große Verbände, die zum Teil durch Verschmelzungen kleinerer Verbände entstanden sind. Deren Entschieden und deren Entwicklung kann man durchaus begreifen, wenn man die Geschichte der deutschen Freidenkerbewegung kennt. Sie waren bisher auf ihr „Eigenleben“ stolz und der Gedanke der Einheitsfront einer Freidenkerbewegung war bei ihnen allenfalls in theoretischen Auseinandersetzungen, keinesfalls aber in der praktischen Arbeit diskutierbar. So wenigstens lagen die Dinge noch bis vor wenigen Jahren. Das alles ist, wie schon gesagt, aus der geschichtlichen Entwicklung der letzten 50 Jahre durchaus begreiflich; und um so erfreulicher ist es, wenn man jetzt feststellen muß, wie in der gesamten Freidenkerbewegung der Einheitsgedanke mächtig vorwärts marschiert. Das wenigstens war das wichtigste Ergebnis, das für den aufmerksamen Beobachter auf der Dessauer Tagung der Tag, die vom 28. September bis 1. Oktober stattfand, festzustellen war.

Der Reichsarbeitsgemeinschaft, hinter der im ganzen über 700 000 deutsche Freidenker stehen, sind folgende Verbände angeschlossen: Deutscher Monistenbund, Volksbund für Geistesfreiheit, Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung, Bund sozialistischer Freidenker, Bund der Freidenkerjugend. Die Tagung wurde gegündet auf einer gemeinsamen Tagung der Verbände in Magdeburg im Oktober 1922. Der Vorsitzende des Deutschen Monistenbundes, Genosse Reich-Hamburg, leitete an der Zusammenfassung der Freidenkerverbände, wenigstens zu jenen kulturpolitischen Tagesfragen, in denen alle Verbände übereinstimmen, ein wesentliches Verdienst. In den ersten Jahren der Gründung überwoog trotz allem guten Willen von allen Seiten läßt häufig noch der Zerebralfunktionalismus. Es gehörte schon zuweilen ein außerordentliches Geschick dazu, das Schicksal der Tagung in Kulturkampf gegen die geschlossene kulturpolitische Reaktion zu leiten. Das Vordringen und das Dreisternwerden eben dieser kulturpolitischen Reaktion hat aber wenigstens die eine gute Folge gehabt, daß man im Freidenkerlager die Notwendigkeit einer gemeinsamen Kampffront immer deutlicher eingeschärft bekam.

Genosse Peter-Leipzig betonte denn auch auf der Delegiertenversammlung am Sonnabend, als er über die Tätigkeit und die Aufgaben der Tagung berichtete, daß zwar im Augenblick an eine Verschmelzung aller Verbände nicht zu denken sei; dafür ist bei den einzelnen Vereinigungen noch zuviel Säkulararbeit zu leisten und dafür müssen noch zuviel alte Wunden vernarben. Aber die Idee der kommenden Einheitsorganisation hat stark um sich gegriffen und auch diejenigen Verbände, die noch vor wenigen Jahren, bei der Aufschneidung der Anführerfrage, auf das schärfste protestiert hätten, sind inzwischen zu Freunden des Einheitsgedankens geworden. Das wird dadurch bewiesen, daß die Tagung in den letzten zwei Jahren, obgleich sie nur eine lose zusammengefaßte Spitzenorganisation darstellt, immer schlafräftiger und einflussreicher geworden ist. Für die Richtigkeit dieser Behauptung spricht auch die Tatsache, daß alle Verbände einstimmig beschlossen, die Leitung der Tagung für die nächsten zwei Jahre in den Händen des Genossen Karl Peter vom Volksbund für Geistesfreiheit weiter zu belassen.

Die Diskussion der ersten Delegiertenversammlung ergab weiter, daß sämtliche Verbände gegen den Panzerkreuzerbau waren. Alle aber betonten gleichzeitig, daß es unmöglich für die Tagung sei, sich einseitig an irgendeine politische Partei zu binden. Gerade die Kämpfe im Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung haben gezeigt, daß die Freidenkerbewegung nur verschlagen wird, wenn die KPD dort ihre parteipolitische Agitation anbringt. Obgleich die Mehrheit der deutschen Freidenker parteipolitisch wohl bei der SPD organisiert ist, so wäre doch eine enge politische Bindung nach dieser Seite hin nicht von Vorteil; denn es ist klar, daß eine reine Kulturorganisation, wie es die Freidenkerbewegung ist, in kulturpolitischen Tagesfragen anders ent-

scheiden und eine andere Taktik einschlagen kann, als dies einer politischen Partei möglich ist.

Das wissenschaftliche Referat der Tagung hielt Genosse Professor Schaxel-Jena über Das Problem des Lebens. Schaxels Vortrag war eine ausgezeichnete Darstellung der Ergebnisse der modernen Wissenschaft mit der Tendenz und dem Ergebnis, die Unhaltbarkeit des Neoklassizismus und verwandter philosophischer Systeme darzutun. Er klang aus in einem Bekenntnis zum dialektischen Materialismus. Lebenserkenntnis ist ein Stück Weg zum Sozialismus.

In den drei Morgenjahren am Sonntag, die überfüllt waren, drückte sich wiederum der Gemeinschaftsgedanke treffend aus. Noch deutlicher war dies bei dem Demonstrationsausgang am Nachmittag und den gemeinsamen Ansprachen auf dem Markte zu beobachten. Es war in Dessau zum erstenmal, daß die Freidenker der verschiedenen Richtungen gemeinsam, unter Hintanstellung aller unwichtigen Trennungsmomente, gegen die Kirche, gegen die Kulturreaktion, für die weltliche Schule, für die Abschaffung der Todesstrafe, für den Frieden und für die Geistesfreiheit die Massen auf die Beine brachten. Daß die kommunistische Partei durch ihre Jugendgruppe den Versuch machte, diese wichtige Demonstration zu zerlegen, ist tief bedauerlich. Der Versuch ist völlig mißglückt; er hat lediglich bewiesen, daß eine gewisse Sorte von „Klassenkämpfern“ nichts weiter als Schädlinge der proletarischen Bewegung darstellt. Die Delegiertenversammlung am Montag nahm dann auch einstimmig eine Resolution an, nach der die einzelnen Verbände nunmehr verpflichtet sind, alle Elemente, die die Tagung aus parteipolitischen Motiven schädigen, unverzüglich auszuschließen. Eine andere Resolution betonte die Notwendigkeit der Ausschaltung der Parteipolitik. Eine längere Debatte entsand am Montag nochmals auf Grund des kommunistischen Vortrages vom Vortage über den Panzerkreuzer. Das Resultat einer langen Diskussion und einer ganzen Reihe von Anträgen war schließlich folgende einstimmig angenommene Resolution:

„Die Tagung der Tag in Dessau beobachtet mit erster Besorgnis die ständig sich heizenden Rüstungen aller Länder, insbesondere das Geheimabkommen zwischen Frankreich und England, den Ausgang der letzten Völkerversammlungen über die Abrüstung und den Beschluß der deutschen Regierung, den Panzerkreuzer A zu bauen. Diese Rüstungen bedeuten eine ernste Gefährdung jeder kulturpolitischen Betätigung. In der Frage christlicher, wirklicher Agitation haben gerade die Regierungen richtunggebend voranzugehen, die von Arbeiterparteien gebildet werden oder an denen Arbeiterparteien koalitionsmäßig beteiligt sind. Für diese Abrüstung haben alle Freidenkerorganisationen zu kämpfen.“

Die Debatte über die Resolution hatte ihren Ausgang von einer Resolution genommen, die für den Volksentscheid eintrat; und es ergab sich dabei das merkwürdige Bild, daß einige Sozialdemokraten diesen Antrag unterstützten, während ein Kommunist im Interesse der Freidenkerbewegung ihn für unglücklich hielt: Ein Zeichen für die geistige Verwirrung, die der unglückselige Panzerkreuzerbeschluß der sozialdemokratischen Ministergenossen angerichtet hat.

Die freigeistigen Organisationen Deutschlands haben nicht, wie etwa die Gewerkschaften, neben ihren kulturpolitisch ideologischen Aufgaben für die materiellen Interessen des Proletariats einzutreten. Die Programme der einzelnen Organisationen gleichen sich immer mehr einander an; die ideologischen Unterschiede werden immer geringer. Alle Verbände bekennen sich in irgendeiner Form (sowohl zum historischen, als auch zum dialektischen Materialismus. Wir können hoffen, daß die Freidenker, die nach Otto Bauers Ausspruch eine Elite des Proletariats darstellen, dieses günstige Urteil über sie dadurch rechtfertigen, daß sie die erste große Einheitsorganisation auf einem wichtigen Gebiete des proletarischen Weltkampfes zustande bringen.

Richard Lehmann, Leipzig.

# Jungdo und Stahlhelm

## „Grundforderungen“ des Jungdeutschen Ordens

Das Hochkapitel des Jungdeutschen Ordens hat am 30. September zu den politischen Aktionen des Stahlhelms, insbesondere zu der Einleitung des beabsichtigten Volksbegehrens, Stellung genommen. Der Jungdo erklärt, daß er jeden Kampf um die Neugestaltung des Staates im Sinne des Volksstaates zur Zeit unterstützen wird, der zum mindesten folgende Grundforderungen enthält:

1. Die politische Gleichheit aller Staatsbürger und die gerechte Behandlung aller in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht muß gewährleistet sein.
2. Jedes Spiel mit der Wiederherstellung der Dynastie auf dem Boden des Diktatorismus muß unmöglich gemacht werden.
3. Autokratische Einsprüche auf die Volkswirtschaft, die Beherrschung der Parteien durch Truppe und Konzerne muß ohne Ansehen der Partei beseitigt werden.
4. Aufsichtsratsmitglieder privater Erwerbsgesellschaften dürfen nicht Volksvertreter sein.
5. Das Koalitionsrecht aller Stände und Berufe muß für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer in Arbeitgeberverbänden, Innungen und Gewerkschaften gewährleistet sein.

Der Jungdeutsche Orden betont, daß der neue Weg des Stahlhelms ihn mit ersten Bedenken erfüllt. In einem Briefe an den Reichspräsidenten schreibt er zu gleicher Zeit, daß die Jungdeutschen den deutschen Staat nicht hassen könnten, „nur weil seine Ordnung höheren Wünschen nicht entspricht. Wir können erst recht einen Staat nicht hassen, dessen höchstes Amt ein Hindenburg bekleidet.“ Diese Sätze, wie überhaupt die Politik des Jungdo, zeugen von dem Neoromantismus, der in diesen Kreisen Geltung hat. Zuletzt aber grenzt sich der Jungdeutsche Orden klar und scharf von den Hahngesängen des Stahlhelms ab.

# Die preussische Koalitionsfrage

Im Auftrag der preussischen Landtagsfraktion der Volkspartei sprach der Abgeordnete Stendel geltend bei dem preussischen Ministerpräsidenten zwecks Umbildung der preussischen Regierung vor. Ihm dürfte laut Berliner Tageblatt eine ähnliche Antwort erteilt worden sein, wie dem volksparteilichen Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius am Tage zuvor. Es verlautet, daß die Deutsche Volkspartei nunmehr am heutigen Donnerstag an die Koalitionsparteien mit dem Ersuchen um Umbildung der preussischen Regierung heranzutreten beabsichtigt.

# Stechbrief gegen Dr. Frieders

Die Staatsanwaltschaft in Weimar hat gegen den früheren Oberstaatsanwalt Dr. Frieders, der sich in Oesterreich aufhält, einen Stechbrief erlassen. Dr. Frieders wird von Oesterreich nicht ausgeliefert werden, da das österreichische Strafgesetz das Verbrechen des fahrlässigen Raubmordes nicht kennt, aber der Stechbrief gibt die formelle Handhabe, das Parteigeld für Frieders und seine Familie zu sperren und dadurch den Mann völlig niederzulegen.

# Kampfreolution der serbischen Bauernpartei

UB Belgrad, 2. Oktober. Auf dem Kongress des serbischen Bauernbundes wurde eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß die innere und auswärtige Lage des Landes schlechter sei als je zuvor, woran die gegenwärtige Regierung die Schuld trage. Der Kongress gibt seinen Sympathien gegenüber dem brüderlichen Bauernvolk Kroatiens Ausdruck und läßt den schärfsten parlamentarischen Kampf für die Gleichberechtigung und die Rechte des Bauernvolkes an. Der Abgeordnetenkongress wird in der Resolution aufgefordert, in diesem Kampfe bis zur äußersten Grenze zu gehen und nötigenfalls die Stupschina zu verteidigen.

UB Belgrad, 3. Oktober. Die Regierung hat die angekündigte Parteiverammlung der Unabhängigen Bauernpartei in Dalmatien verboten. Es dürfen auch vorläufig keine anderen öffentlichen Versammlungen der kroatischen Bauernpartei abgehalten werden. — Der Ministerrat beschloß am Dienstag, alle Maßnahmen der Opposition mit Gegenmaßnahmen der Regierung zu beantworten.

# Spaltung der jugoslawischen Sozialdemokratie

SPD Belgrad, 2. Oktober. Die jugoslawische Sozialdemokratie hat sich gespalten. Die Opposition ist aus der Partei ausgetreten und beabsichtigt nunmehr selbständig vorzugehen.

# Polnische politische Justiz

In Warschau wurde nach vierstägiger Verhandlungsbauer ein Prozeß gegen John Wittlicher des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Westmährenslands beendet. Es wurden im ganzen 30 Zeugen und vier Sachverständige vernommen. Von den Angeklagten wurden vier zu zehn Jahren Gefängnis, die übrigen zu vier bis fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Das Bromberger Bezirksgericht verurteilte den unabhängigen Sozialisten Zacharjewicz zu zwei Jahren Festungshaft, weil die Staatsanwaltschaft in seinen Reden „kommunistische Tendenzen“ erblickte. Das Urteil wurde gefällt, obwohl der Angeklagte sich als Sozialist enthielt gegen die Unterstellung, er verbreite kommunistische Tendenzen, wehrte.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Liebmam in Leipzig. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Hugo Eckardt in Leipzig. Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig. Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.







Der Zeppelin glatt gelandet

Vor der Amerikafahrt

SPD Friedrichshafen, 3. Oktober.

Das Luftschiff Graf Zeppelin ist am Mittwoch um 17,25 Uhr nach einer 35stündigen Fernfahrt über Land und See glücklich in Friedrichshafen gelandet.

III Dresden, 3. Oktober.

Punkt 11,30 Uhr kreuzte das Luftschiff Graf Zeppelin über Dresden, während die Glocken läuteten und zahlreiche Flieger zur Begrüßung aufgestiegen waren.

III Chemnitz, 3. Oktober.

Der Graf Zeppelin überflog in niedriger Höhe um 12,25 Uhr Chemnitz und ist in Richtung Zwickau weitergefliegen.

III Chemnitz, 3. Oktober.

Das Luftschiff Graf Zeppelin ist um 12,50 Uhr in Zwickau gewesen und von dort aus nach Reichenbach weitergefliegen.

III Altenberg, 3. Oktober.

Graf Zeppelin hat 14,50 Uhr Fürth in südlicher Richtung überflogen.

Zu der Meldung, daß der Graf Zeppelin auch Haus Doorn, und zwar ganz niedrig, überflogen habe, wird in der Bostfischen Zeitung bemerkt: Man wird in Doorn über diese Information des Lokalansiegers ebenso erstaunt sein, wie die Passagiere des Luftschiffes.

SPD Berlin, 4. Oktober (Radio).

Das Luftschiff Graf Zeppelin wird vom Montag ab für die Amerikafahrt klar sein. Die Reise über den Ocean soll sofort angetreten werden, wenn das Tief, das augenblicklich zwischen beiden Kontinenten liegt, vorüber ist.

Totschlagsprozeß Erna Anthoni

Ein Geisteskranker als Geschworener

SPD Berlin, 3. Oktober.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I nahm am Mittwoch der Totschlagsprozeß gegen die Kontoristin Erna Anthoni seinen Anfang. Der Angeklagten wird zur Last gelegt, am 12. März 1928 die Aufwartefrau Anna Schüller vorsätzlich, aber ohne Überlegung getötet zu haben.

Der erste Verhandlungstag nahm einen sensationellen Ausgang. Der Verteidiger der Angeklagten teilte dem Gerichtsvorsitzenden nach Schluß der Sitzung mit, daß einer der beistehenden Geschworenen wegen Geisteskrankheit entmündigt worden sei und ein anderer Geschworener bestellt werden müsse. Das Gericht beschloß, die Sitzung für null und nichtig zu erklären, da das Gericht nicht vorschriftsmäßig besetzt gewesen sei.

Für die nächste Verhandlung soll ein neuer Geschworener ausgelost werden.

Die Angeklagte erklärte zu Beginn der Verhandlung, daß sie die Tat eingestehen wolle. Im Alter von 20 Jahren nahm sie bei der Textilfirma Schner u. Becker in der Charlottenstraße eine Stellung an, mit einem der Inhaber unterhielt sie ein Verhältnis. Davon hatte nach der Angabe der Angeklagten die Reinemachefrau Schüller erfahren. Obwohl Erna Anthoni mit dem Inhaber gedrohen haben will, soll Frau Schüller immer noch von dem Gegenteil überzeugt gewesen sein. Am 12. März hatte die Angeklagte mit Frau Schüller eine Abrechnung zu erledigen. Beide Frauen besaßen sich nach Bureauausfluß in einer Kabine im Bureau. Die Angeklagte erklärte, daß die Reinemachefrau plötzlich angefangen habe, Krakeel zu machen. Sie habe wieder das Verhältnis zu Becker gestreift und angedeutet, daß auch Beziehungen zwischen Erna Anthoni und dem Sohn des Chefs beständen.

In diesem Augenblick will die Angeklagte in furchtbarer Wut und ohne Befinnung nach einem Messer gegriffen haben; alles, was solange in ihr gestiegen habe, sei nun losgebrochen. Die

Angeklagte gibt zu, daß sie wiederholt auf Frau Schüller losgetreten hat, daß sie sich aber an Einzelheiten nicht mehr erinnern könne. Davon, daß ihrem Opfer die Kehle durchschnitten worden sei, könne sie sich keine Vorstellung machen; die schrecklichen Vorgänge seien aus ihrer Erinnerung ausgelöscht.

Die weitere Vernehmung der Angeklagten ergibt, daß sie der Reinemachefrau, die immer Andeutungen von dem Verhältnis zum Chef gemacht habe, wiederholt Geld und Kuchen gegeben hat, um die Frau zum Schweigen zu bringen. Frau Schüller soll ihr gegenüber auch geäußert haben, sie solle das Verhältnis mit dem Chef nicht aus Liebe aufrechterhalten, sondern nur fürs Geld. Als der Vorsitzende der Angeklagten vorhält, daß sie auf der Polizei über die Vorgänge bei der Tat wesentlich andre Angaben als in der jetzigen Verhandlung gemacht habe, daß sie vor allem ausgezagt habe, sie habe das Messer eigens zu der Mordtat angeschafft, erwidert die Anthoni in großer Erregung: „In meiner Angst habe ich auf die Fragen der Kriminalkommissare immer ja, ja gesagt.“ Man hat mich kundenlang bis zum frühen Morgen ausgefragt. Ich habe nichts zu essen bekommen und war halb tot. Neun Pfund habe ich in fünf Tagen abgenommen.“

2 Rindestötungen vor dem Schwurgericht

Die gefährdete Sittlichkeit

Die Presse wird ausgeschlossen, Studenten dürfen zuhören

Das Schwurgericht Leipzig verhandelte am Dienstag gegen zwei unverheiratete Frauen, die angeklagt waren, ihr Kind sofort nach der Geburt getötet zu haben.

In dem einen Fall handelt es sich um die 22 Jahre alte Hausangestellte E. aus einer Ortschaft in der Nähe Leipzigs.

Die Angeklagte E. wird beschuldigt, ihr am 26. März 1928 geborenes uneheliches Kind männlichen Geschlechts sofort nach der Geburt getötet zu haben. Die Angeklagte E. unterhielt ein Liebesverhältnis mit einem Schlosser und hatte bereits ein uneheliches Kind im Alter von 1 1/2 Jahren. Von diesem Mann war sie nun wieder geschwängert worden und hat am 26. März 1928 in der Wohnung ihrer Herrschaft in Leipzig geboren. Der veränderte Zustand der E. fiel der Herrschaft auf, und auf deren Frage leugnete die E. ihre Herkunft ab. Nachforschungen ergaben, daß das neugeborene Kind in der Mädchenkammer im Kleiderschrank, eingewickelt in einem Flaummantel mit einem Wattetümel im Munde, aufgefunden wurde. Der Tod des Kindes soll durch Ersticken eingetreten sein.

Die Verhandlung vor dem Schwurgericht fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Das Gericht unter Vorsitz des Landgerichtsrats Jilling sprach die Angeklagte mangels Beweises frei und nahm die Kosten des Verfahrens auf die Staatskasse.

In der Urteilsbegründung wurde angeführt, daß der Sachverständige eine bestimmte Todesursache des Kindes nicht habe feststellen können. Weiter hat er festgestellt, daß der Tod möglicherweise auf natürliche Weise eingetreten sei. Wohl habe sich die Angeklagte dadurch verdächtig gemacht, daß sie dem Arzt gegenüber und auch in der Klinik in Worte gestellt habe, daß sie das Kind geboren habe. Trotzdem waren die Beweismittel nicht derart, daß das Gericht zu einer Beurteilung kommen konnte. Nicht viel anders lag der Fall bei der anderen Angeklagten,

der ebenfalls 22 Jahre alten Arbeiterin A. aus einem Dorfe bei Lützen.

Auch sie war angeklagt, ihr neugeborenes Kind sofort nach der Geburt getötet zu haben, indem sie das Kind weiblichen Geschlechts mit dem Kopf nach unten in einen mit Wasser gefüllten Eimer steckte, so daß es erstickte.

Wie bei der ersten Verhandlung wurde auch hier die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Sittlichkeit (!) ausgeschlossen. Das Urteil lautete auf 8 Monate Gefängnis.

Noch ein Wort zum Ausschluß der Öffentlichkeit.

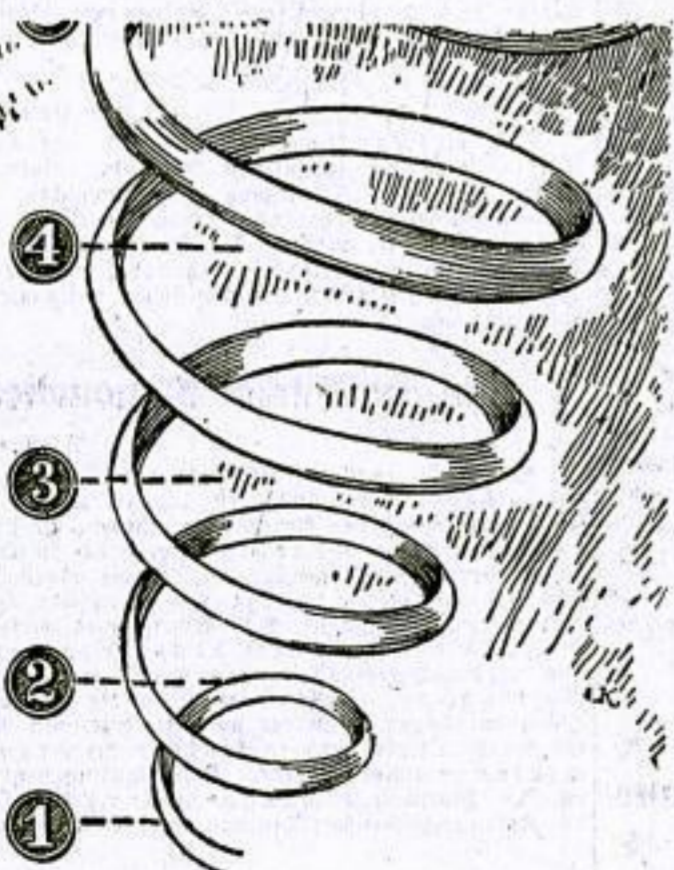
Nach dem Beschluß, die Öffentlichkeit auszuschließen, eruchten zwei Studenten und der Richterstatler der UB, der Verhandlung beiwohnen zu dürfen.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob jemand Einwendungen gegen die Zulassung des Vertreters der Leipziger Volkszeitung habe, entschlüpfte einer Frau, die als Geschworene funktionierte, die Worte: „Auch das noch!“ Während also die Studenten als Zuhörer der Verhandlung beiwohnen durften, mußte die Presse den Saal verlassen und als Begründung für den Ausschluß wurde angeführt, daß die Anwesenheit in gewissem Sinne dadurch in der Aussage behindert werde. Wahrscheinlich nahm das Gericht an, daß bei der Anwesenheit der Studenten die Angeklagte ungenierter aus sage.

Was könnte bei einer Rindestötung schon die Sittlichkeit gefährden? Gerade die Öffentlichkeit, die breite Masse, hat ein berechtigtes Interesse an derartigen Verhandlungen. Zumal wenn es sich, wie hier, um Angeklagte aus dem Proletariat handelt, die diese Tat doch sicherlich aus wirtschaftlicher Not heraus begangen haben.

Schuld an diesen Rindestötungen hat doch nur der gesellschaftliche Gebärzwang, der gestiftet ist durch die Paragraphen 217 und 218 des Strafgesetzbuchs.

Warum bleibt OVERSTOLZ die meistgerauchte?



- 1 Die Ware ist gut/der Umsatz steigt
- 2 Der Umsatz steigt/die Ware wird besser
- 3 bessere Ware bringt größeren Umsatz
- 4 und größerer Umsatz noch bessere Ware

Weil jede Ersparnis ihrem Tabak zugute kommt.

In jedem Geschäft ist steigender Umsatz gleichbedeutend mit einer Senkung der Unkosten. Der Fabrikant, der solche Ersparnis als Gewinn ansieht, würde sicherlich von seinen Konkurrenten bald eingeholt. Verwendet er aber die mit dem steigenden Umsatz verbundene Ersparnis immer wieder zur Verbesserung seines Fabrikats

in unserem Falle zum Einkauf immer wertvollerer Tabake-dann bleibt sein Vorsprung unbestritten.

So hat sich mit ihrem steigenden Umsatz der Tabakwert der OVERSTOLZ fortgesetzt erhöht. Sie steht heute auf einem Qualitätsniveau, wie es vor wenigen Jahren für eine 5 Pfg-Zigarette als unerreichbar galt:

OVERSTOLZ ist echt macedonisch

Haus Neuenburg

• O • H • G •



# AW-Kongress in Hamburg

## Organisatorische Aufstellung

18 Hamburg, 3. Oktober.

Am Kongresssaal sind heute die Reihen gesichtet, die Behördenvertreter und sonstige Gäste sind bereits abgereist. Verbleiben sind die Delegierten und Verbandsvertreter, deren Interesse weiter reicht, sich nicht nur auf die nach außen sichtbaren Hauptpunkte der Tagesordnung zu beschränken. Hat der gestrige Tag die Klärung der Angelegenheiten in interessanter Weise in der Öffentlichkeit gebracht, so soll der heutige Tag im wesentlichen der dieser Klärung entsprechenden organisatorischen Aufstellung dienen.

Bevor jedoch Otto Schweiger sein Referat zu diesem Thema erstattete, wurden die gestrigen Referate debattiert. Es konnte nicht ausbleiben, daß die einzelnen Redner zu dieser Debatte Beiträge lieferten, die ihrem engeren Verbandsbereich galten. Aber diese Debatte hatte doch einige bemerkenswerte Höhepunkte. Die Führer der Angestelltenvereinigungen wissen gründlich Bescheid von der Lage der Angestelltenfrage, und solche wußten auch Allgemeinverständliche in interessanter Weise zu sagen.

Der Vorsitzende des Werkmeisterverbandes, Buschmann, Düsseldorf, zeichnete ein Bild der

### Entwicklung des Werkmeisterberufes.

Die typischen Funktionen des Werkmeisters waren früher: Anleitung und Aufsicht, an neuen Funktionen sind hinzugekommen: Disposition und Arbeitsverteilung. Trotz dieser Funktionserweiterung bleibt die Zahl der Werkmeister relativ konstant infolge der Rationalisierung, wenn auch die Unternehmerveruche, die Funktionen des Werkmeisters auf Fabrikbureaus zu übertragen, an die Stelle der persönlichen Vermittlung des Werkmeisters die schriftliche Anweisung zu setzen, ohne viel Erfolg wieder aufgegeben worden sind.

Fritz Schröder und Otto Hausherr sprachen über die sozialen Probleme der im Zentralverband der Angestellten organisierten Angestellten. Hermann Wajchow behandelte die Angelegenheiten der technischen Angestellten, Erich Otto forderete mehr Energie für ein Reichsbühnenangebot, Verol-Konrad zeichnete ein amüsantes Bild von der Bedeutung der Artisanen. Besonders bedeutungsvoll waren die Darlegungen von Karl Emonts über

### Die Lage der Bankangestellten.

Im Spiegel der von Emonts ausgelegten Entwicklung vermögen andere Angestelltenstände und nicht weniger auch die Arbeiter ihr eigenes Schicksal zu sehen. Wir erwähnen aus dem reichhaltigen Zahlenmaterial, das Emonts ausbreitete, nur einiges. Die Deutsche Bank hatte im Jahre 1913 129 Milliarden Umsatz, im Jahre 1927 dagegen 207 Milliarden. Gleichzeitig verringerte sich der Durchschnittslohn der einzelnen Buchung. Die Wechsel und Schecks lauteten 1913 über durchschnittlich 3213 Mark, 1926 dagegen nur über 852 Mark. Das heißt, daß die Buchungssumme bei der Deutschen Bank im Jahre 1927 etwa mehr als fünfmal so groß gemein sein wird, als im Jahre 1913. Die Zahl der Angestellten der Bank stieg aber nur von 10587 auf 13656, also um etwa 30 Prozent. Das ist ein Zeichen rückfälliger „Rationalisierung“, die übrigens in ihren Wirkungen auch noch dadurch gekennzeichnet wird, daß zum Beispiel bei der Danabank

### bereits 80 Prozent des Personals an Maschinen

arbeiten und daß die Bankhalter im Großbetrieb eine Schmararbeit zu verrichten haben, die sie auch in ihrem Neuzug während der Arbeitszeit Betriebsbuchhaltern viel ähnlicher macht, als sie dem alten Bilde vom „Bankbeamten“ noch entsprechen.

Im Schlußwort gab Genosse Suhr einige Aufschlüsse über die Schwierigkeit, aus der Reichsstatistik brauchbare Resultate zu extrahieren. Bankangestellte haben sich vielfach als Beamte bezeichnet und sind mehr als solche registriert worden. Artisanen haben sich häufig als Selbständige eingetragen, und man braucht sich also nicht zu wundern, daß die Zahl der Artisanen als Angestellte zu niedrig herausgekommen ist aus der Veranschlagung.

### Das Schlußwort von Professor Lederer

knüpfte an die im Verlauf der Debatte immer wieder angepöppelte Frage der Rationalisierung an. Lederer gibt hier der Frage entscheidende Bedeutung. Auch für die Arbeiterschaft, denn das jüngst erlebte atemberaubende Tempo hat nicht dem Unternehmertum, sondern nur der Arbeiterschaft den Atem geraubt. Es ist ein magerer Trost, daß die Zeit der atemberaubenden Rationalisierung „nur eine Uebergangszeit“ sein soll. In Wirklichkeit ist die eine „Uebergangszeit“ die andere ab, und der Dauererlauf der Dinge ist nichts anderes als eine Reihe von „Uebergangszeiten“. Die Arbeiter und Angestellten dürfen dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen und sich lediglich als Opfer fühlen, sondern müssen versuchen, das Tempo zu bändigen. Lederer blieb den nachdrücklichen Hinweis darauf schuldig, wie und mit welchen Mitteln diese Bändigung erfolgen soll. Seine Meinung wurde jedoch in der Bemerkung angedeutet, daß hohe Abschreibungen eine schnelle Rationalisierung erlauben. Hohe Abschreibungen sind aber die andere Seite hoher Profite. Die Abschreibungs-

quoten herabzudrücken setzt also voraus, die Profite zu verringern, etwa dadurch, daß Löhne und Gehälter herabgedrückt werden. Dabei würden aber die Lohn- und Gehaltssteigerungen, würde die Verteuerung der Arbeitskraft erneut die Tendenz zur Rationalisierung verstärken. Die Schlussfolgerung (von uns, nicht von Lederer selbst):

Der Arbeiter- und Angestelltenrat ist in der kapitalistischen Gesellschaft kein Ende gefeiert, ihre Veseitigung setzt voraus die Veseitigung des kapitalistischen Systems.

### Zur Organisation des AW-Bundes

sprach Otto Schweiger. Der Redner wies darauf hin, daß der AW-Bund als Bund der freien Angestelltenvereinigungen Deutschlands nunmehr sieben Jahre bestünde und daß sich seine Organisationsform sowohl, was das gegenseitige Verhältnis unter den angeschlossenen Gewerkschaften, als auch, was das Verhältnis zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund anlangt, gut bewährt habe. Es könne sich infolgedessen nicht um eine Änderung der Organisationsform, sondern nur um den Ausbau der gegenwärtigen Organisation handeln. Dieser Ausbau habe sich als notwendig erwiesen, sowohl im Hinblick auf das wesentlich erweiterte Aufgabengebiet des AW-Bundes, als auch im Hinblick auf eine gewisse Unzulänglichkeit des bisherigen Organisationsapparates.

Soweit die Hauptverwaltung des AW-Bundes in Frage kommt, ist allerdings ein gewisser Ausbau schon durchgeführt worden. So ist bereits im Herbst 1926 eine Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung und im Frühjahr d. J. eine Arbeitsrechtliche Abteilung eingerichtet worden. Außerdem hat der AW-Bund auch die Zusammenfassung und Schulung der mit gesetzlichen Aufgaben betrauten Vertrauensmänner schon tatkräftig in Angriff genommen. Dagegen läßt aber die bisherige Tätigkeit der

### AW-Bezirksstellen

nach erheblich zu wünschen übrig, und zwar nach Ansicht des Bundesvorstandes vor allem deshalb, weil bisher nicht die notwendige enge Verbindung zwischen den Ortsstellen und den Bezirksstellen bestand und weil die Finanzierung der Bezirksstellen nicht im ausreichenden Maße sichergestellt war.

Der vom Bundesvorstand vorgezeichnete Organisationsausbau betrifft deshalb auch in erster Linie die Bezirksstellen. Zwar sollen auch die Bestimmungen der Hauptstatuten des AW-Bundes über seine Aufgaben dahin ergänzt werden, daß es u. a. auch Aufgaben des AW-Bundes ist, die mit gesetzlichen Funktionen betrauten Vertrauensmänner der angeschlossenen Verbände, insbesondere Betriebsräte, Betriebsräte im Aufsichtsrat, Vertrauensmänner in der Angestelltenversicherung, Arbeitsrichter und Beisitzer in den Verwaltungsorganen der Arbeitämter und Landesarbeitsämter zusammenzufassen und zu schulen. Die wesentlichen der vorgezeichneten Satzungsänderungen betreffen aber die Bezirksstellen. Während bisher die Bezirksstellen nur aus den bezirkslichen Gliederungen der angeschlossenen Verbände bestanden, sollen sie künftig auch aus den Ortsstellen im Bezirk bestehen.

Die Abgrenzung der Bezirksstellen, die bisher sehr uneinheitlich war, soll in der Weise neu geregelt werden, daß im allgemeinen für jeden Bezirk eines Landesarbeitsamtes ein Bezirksstellenrat gebildet werden soll, dessen Sitz am Sitz des Landesarbeitsamtes sein soll. Eine Ausnahme soll nur für die beiden Provinzen Rheinland und Westfalen gemacht werden, für die auch weiterhin ein einheitliches Bezirksstellenrat mit dem Sitz in Düsseldorf beibehalten werden soll. Die den Bezirksstellen erwachsenden Aufgaben sollen künftig im Rahmen eines vom Bundesvorstand zu genehmigenden Haushaltsplans von der Zentrale gedeckt werden. Die Geschäfte der Bezirksstellen sollen wie bisher auch künftig in der Regel von einem dreigliedrigen geschäftsführenden Bezirksstellenrat, nebenamtlich geführt werden, aus dessen Mitte ein vom Bundesvorstand zu beauftragender Bezirksleiter gewählt werden soll. Vorgezogen ist, daß der Bundesvorstand für das Gebiet eines oder mehrerer Bezirksstellen einen Sekretär anstellen kann, der dann die Funktionen des Bezirksleiters übernimmt.

Zur Organisationsfrage waren zahlreiche Anträge auf Satzungsänderungen gestellt. AW-Bundesvorstand und -ausführung hatten die von ihnen für nötig erachteten Veränderungen in 35 Anträgen formuliert, die sämtlich einstimmig angenommen wurden. Von den 35 Anträgen, die AW-Organisationen eingereicht hatten, wurde lediglich der Antrag des AW-Bezirksstellens Saargebiet angenommen, für das Saargebiet auch nach der Reorganisation ein selbständiges Bezirksstellenrat bestehen zu lassen. Einige wenige Anträge wurden dem Vorstand als Material oder auch zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Vorstandswahl konnte, da nur eine Vorschlagsliste eingereicht war, durch einfache Abstimmung erledigt werden. Aufhäuser, einer der bisherigen drei gleichberechtigten Vorsitzenden, wurde als alleiniger Vorsitzender gewählt. Seine beiden bisherigen Mitvorsitzenden Fähr und Urban werden zukünftig stellvertretende Vorsitzende sein. Als Beisitzer

wurden bestätigt: Mann vom AW, Buschmann vom Werkmeisterverband, Marx von der Panzangestelltenvereinerung, Schulte vom Arbeiterbund, Schweiger vom Busch und Kallauer von der Bühnengenossenschaft.

Dann referierten Richard Freese, der Vorsitzende des Verbandes deutscher Schiffbauingenieure, und Dr. Fritz Wirmann über „Das Angelegenheitsrecht der Seeleute“. Das gegenwärtig geltende Arbeitsvertragsrecht der Kapitäne und Schiffsoffiziere ist völlig veraltet. Der AW-Bund verlangt die Einbeziehung dieser Berufsgruppen in das allgemeine Arbeitsvertragsrecht. Ausführliche Beiträge zu dieser Frage beschränken sich auf jenen besonderen Teil des arbeitsvertraglichen Verhältnisses, der durch die besonderen Verhältnisse der Schifffahrt für Schiffsoffiziere bedingt ist.

## Werkarbeiter und Angestellte

### Solidaritätsbekräftigung des AW-Kongresses für Streikende

Zum Schluß der Mittwoch-Sitzung nahm der AW-Kongress in Hamburg einstimmig und unter heftiger Bewegung die folgende Entschließung an:

Der 3. AW-Gewerkschaftskongress spricht den streikenden Arbeitern der deutschen Seeschiffwerke seine volle Sympathie aus. Die Angestellten wissen die Schwere dieses Kampfes und seine große und soziale Bedeutung in dem Ringen zwischen Kapital und Arbeit zu würdigen. Seit 4 Jahren kämpfen die Angestellten der deutschen Seeschiffwerke vergebens um einen kollektiven Gehaltsvertrag. Mit allen Mitteln haben sich die Werften einem Vertragsabschluss zu entziehen gewußt. Selbst vom Arbeitsminister verbindlich erklärte Schiedsprüche werden nicht respektiert. Diese rückständigste Unternehmergruppe kann nur durch Kampf gezwungen werden, der Arbeitnehmerschaft Arbeitsbedingungen zuzugestehen, die den Lebensnotwendigkeiten gerecht werden. Die freigewerkschaftlichen Angestellten betrachten den Kampf der Arbeiter auch als ihre Sache. Sie sichern ihnen die feste Solidarität zu, entziehen feindselige Gesinnung und wünschen ihrem Kampf einen vollen Erfolg.

### Zur Lohnfrage in der westfälischen Textilindustrie

Verrat an den sächsischen Textilarbeitern! Mit diesem marxistischen Titel überschreibt die SAJ einen Artikel auf der ersten Seite ihrer Dienstagsnummer.

Diese Freunde der Arbeiterschaft hätten wieder einmal Recht, wenn sie geschrieben hätten: „Verrat an den sächsischen Textilarbeitern durch die Sächsische Arbeiter-Zeitung“, denn Verrat an den Textilarbeitern ist es, wenn in der augenblicklichen Situation durch solche unverantwortliche Schmiererei die Textilarbeiter gegen einander gehetzt werden. Es fehlt nur noch, daß die SAJ auch die Gründe für den Beschluß der Dresdner Konferenz in die Welt hinausposaunt hätte, damit das Unternehmertum ja genau über die Beweggründe der gewerkschaftlichen Maßnahmen unterrichtet ist.

Diese Art Artikel der SAJ, die dem pathologischen Bedürfnis ihrer Redakteure, über Dinge zu schreiben, von denen sie absolut nichts verstehen, ihr Dasein verdanken, soll offenbar durch die Verwendung, die man davon erhofft, den Korruptionskram in der kommunistischen Partei in den Hintergrund drängen und außerdem den „Einheitsfrontgedanken“ härten. Diese Revolutionäre im Glasfalten der SPD, die alle zusammen nicht so viel Verantwortungsgelüfte aufbringen wie ein einziger untrief betriebstätiger Funktionäre, die in Dresden diesen Beschluß fassen, würden der Arbeiterschaft einen besseren Dienst erweisen, wenn sie nicht das mehr oder weniger schöne Papier der SAJ mit solchen Episteln beschrifteten. Zumal die deutschen Textilarbeiter, die nicht fähig von Moskau, Thälmann und Konforten sind, schon häufig zum Ausdruck gebracht haben, daß sie auf „diese Art Aufklärung“ durch die SAJ mit Vergnügen verzichten, weil sie selbst entscheiden können, was sie zu tun haben. Wir sagen hiermit diesen auch-Verleumdern in der Eisenstraße noch einmal, daß innerhalb der Textilarbeiterschaft außer einigen unorganisierten „revolutionären Klassenkämpfern“ Marke Hamburger Kongressprenger kein Mensch mehr auf diesen Reim geht. Die Vertrauensleute der Geschäftsstelle Leipzig des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes werden am Freitag zu dem Beschluß Stellung nehmen und dann innerhalb ihrer Betriebe den Mitgliedern Bericht erstatten.

### Die geldbedürftigen Schwestern der Jungfrau Maria

Das Institut der englischen Schwestern der Jungfrau Maria (Provinzmutterhaus in Wschaffenburg) hat in Holland eine 5prozentige 10jährige hypothekendarlehnliche Kapitalsteuerfreie Obligationen-Anleihe in Höhe von 450 000 Gulden aufgenommen. Der Erlös der Anleihe dient zum Bau einer neuen Schule in Würzburg. Herr Schacht hält den Zweck dieser Anleihe offenbar für produktiver als Wohnungsbau.

## Soldat Suhren

88) Roman von Georg von der Brinck  
Copyright 1927 by J. M. Spewig, Verlag, Berlin

Die Flügel der Drosseln schlagen irgendwo ins Gezwitz, mein Kamerad sagt leise:

„Hier ist eine Münze — ich zeige sie dir.“

Er hat seine obersten Brustknöpfe geöffnet und an einer Schnur eine Münze hervorgeholt. Es ist noch eine andere Schnur da, nämlich die mit der Getrennungsmarkte dran, welche wir die Hundemarle nennen. Diese aber ist eine Münze, weiß wie Silber.

„Sieh sie dir an,“ sagt Albring, „und lies, was drauf steht.“

„Es ist etwas hineingeritzt — wie heißt es?“

„Es heißt: Tallette“, lächelt er, nun völlig vergnügt und unbefangen. „Es ist ihre Handschrift, die Schrift einer Wilden. Mit einer Nadel ist es hineingeritzt. Mit was für einer Nadel wohl?“

„Mit einer Hutnadel.“

„Nein, mit einer Haarnadel.“

„Aha — nahm sie sie aus dem Haar, um damit zu schreiben?“

„Sie lagen auf dem Tisch, ihr Haar war offen.“

„Und die Münze? Hat sie dir die Münze geschenkt?“

„Es ist eine Rettungsmedaillie.“

Wieder hefte ich meine Augen auf die kleine Platte des Russentreuzes. Und wieder sehe ich das Boot vor mir, das voll Wasser gelassen ist, und aus dem sich ein Mädchen aufrichtet, die Hände vor Entsetzen gefaltet und erhoben — und tue mir Gewalt an und sage, weil ich es weiß:

„Du hast Tallette aus dem Wasser gezogen!“

„Tallette war es“, sagt er zärtlich, streift die Münze mit der Stappelfaude und läuft aus dem Garten. Gleich darauf höre ich ihn rufen:

Die Drosseln tun einen Schlag und fliegen ab. Ich renne hin und sehe drüben auf dem Wege einen kleinen trummeligen Soldaten, der unsere Suche auf dem Tadeln fortschleppt, schwankend und ganz langsam. Außer ihm ist auf dem Wege bis Apollonia niemand zu erblicken.

Der Soldat ist Gestellter Delrichs. Wir halten ihn ein, übernehmen den Stamm und schreiben fort. Delrichs trottel neben uns her

„Was dachtest du dir denn, Alter?“ schwanzt mein Kamerad

„Ich meine doch, das wäre unsere eigenhändige Sache, den Knüppel

nach Hause zu tragen. Was erlaubst du dir, du alte Hängelampe?“

„Ich dachte, ihr wäret weg,“ murmelt der Gefreite, „deshalb kam ich zurück. Aber nun seid ihr ja wieder auf dem Posten.“

„Und deine Alte, was sagt die dazu?“

Delrichs hört nicht auf dem Ohr, er beeilt sich, rascher als wir, ins Lager zu kommen, um die Abgabe der anderen Stämme zu überwachen. Seine Beine aber wollen nicht so wie er, kaum vierzig Schritte vor uns erreicht er den Lagerplatz.

„Was ist vorgefallen?“

Um die Zelte herum sehe ich niemand, drüben aber bei der Schreistube drängen sich die Soldaten, stehen Kopf an Kopf, als ob bereits neue Post eingetroffen sei. Einige kommen gerade in lebhaftem Gespräch zurück, und wir erfahren von ihnen, was vorgefallen ist. Das Regiment 91 hat zwanzig Mann bei uns angefordert, und da nun jeder zu den zwanzig gehören wollte, stürzten alle zur Schreistube. Feldwebel Bloßboom hat sie hinausgeworfen und gesagt, daß der Leutnant es sich überlegt, wen er schicken will.

Der Leutnant wiederum ist hinter verschlossener Tür und zergrübelt sein einjähriges Gehehn darüber, weshalb sie von ihm weglaufen. Das ist schwer zu erraten und nicht zu verstehen, wenn man die Leute sachlich behandelt hat. Sie sind eben undanbar und dumm, und der Teufel soll sie holen. Die am liebsten fort wollen — er kennt sie! — streicht er durch mit seinem Rosstiif. Sie kommen nicht. Nur einer will er unbedingt los sein, das ist dieser verschuldete Schulentzwing von heute. So erhält Karo-König ein rotes Glaskreuz, das so bedeutungsvoll hinter seinem Namen leuchtet, als sei er zum Eiernen Kreuz vorgeschlagen.

Am Abend werden die zwanzig Auserwählten zur Schreistube gerufen, ihr Gepäck beschliffen und für morgen früh der Abmarsch befohlen. Der Leutnant zeigt sich nicht, Bloßboom aber lächelt sie an, die zwanzig, und diese grinsen wie Lebendigen.

Spät kommt einer von ihnen zu uns unten Zelten gelassen und bringt noch einen Stapel Post. Auch ich habe einen Brief dabei. Er ist von Lisa, und es steht darin, daß die Segelpartei nicht stattfinden wird, weil der Mann (sicher einer mit Rüstnackergähnen) das Boot um keinen Preis hergibt.

Ich denke: Der Efel verdirbt ihr die Freude! Und ich denke es, trotzdem sie schreibt, daß es ihr ganz einerlei ist. Nein, ich denke es, weil sie so schreibt. Ich kenne dich, Suhren, eben!out wie Albring dich kennt. Der aber kennt dich, ob auch nicht so gesprochen ist und nichts gesagt; denn er fällt in den Schluchsaug der Soldaten ein, der in die Nacht hinausgeht:

„Ja, wenn man so eine Musik hört, Dann ist alles, Dann ist alles wieder gut!“

Und er singt es falscher als falsch und klinkelt wie eine Schlängentänzerin.

37.

Wein.

Die Radiumuhr zeigt Mitternacht.

Bin hungrig, habe mich müde geradert und lasse die Beilspide liegen. Auch die anderen kommen, schwarze Gestalten, die sich einen Weg suchen durchs Kraut. Der scharfe Ring des Mondes liegt in Wolken wie in Watte.

Der nächste Weg führt durch den Latrinengraben. Ich erreiche ihn und gehe vorsichtig hindurch.

„Gib Feuer, Kamerad“, sagt einer, der dort sitzt. Ich reiße ein Streichholz an und beleuchte einen Augenblick von unten Max Pfeiffers Nase, die aussieht wie ein schwarzer Dolch.

„Danke“, bläst er zwischen den Lippen heraus.

Vielleicht zum tausendsten Male geschieht es, daß ich Max Feuer gebe. Jede Nacht scheint seine Nase mein kleines Licht zu erlöchen, dessen Glanz insäht an den Grabenwänden herumwildert und ausläßt. Ich bin Maxens Feuermann. Er kommt einfach, es ist zu holen. Vielleicht denkt er: der ist so dumm und gibt. Wahrscheinlicher aber ist, daß er überhaupt nicht denkt, sondern aus Gewohnheit kommt (genau, wie man zur Latrine geht und nicht in den Wahngraben). Ich muß sagen, daß ich diese seine Gewohnheiten nicht mehr entbehren kann, noch wie sich die schwarze Nase über meine beleuchtete Hand senkt, noch das mit Rauch hergehauene „Danke“.

Er, der Max, ist voll von einer unzerstörbaren Heiterkeit, er ist ein Hund, den man trauern möchte, und auch die Läuse wissen es, denn in großen Schwärmen trauern sie ihn.

Einst hatte Max einen Hund, der hieß Bootsmann. Bootsmanns ganzer Rücken war vom Ungeziefer gerissen, sein Fell hatte Löcher und Wunden, und Max begoß sie mit Petroleum. Er, der Bootsmann, litt sehr; stundenlang stand er auf gepreizten Beinen unter einem eisernen Staket und schauerte sich den Rücken, und das machte ihm dann doch ein herrliches Vergnügen, daß er lustig aufbelebte und logischen Freunden in den Augen hatte, wie es Max schien. Und Bootsmann war Maxens Ebenbild. —

(Fortsetzung folgt.)



# Ist Kaufmann Treiber schuldig?

## Das Rätsel vom Goldzechhorn

### Unter Anklage des Gattenmordes

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

X Dresden, 3. Oktober.

Die Zuhörtribünen sind voll besetzt; drohend die Blicke: Kaufmann Treiber verantwortet sich vor dem Landgericht wegen Gattenmordes; er soll am 14. September 1929 seine Ehefrau Me. Martha, geborene Frotzner, vorsätzlich und mit Ueberlegung von dem bei Heiligenbluth in Oesterreich gelegenen Goldzechhorn in einen 70 Meter tiefen Abgrund hinabgestürzt haben, um die für ihren Todesfall festgesetzte Versicherungs-Summe zu erhalten. Da Verteidigung für den Angeklagten Dr. Albrecht, Berlin, und Dr. Freischauer, Dresden.

Die Situation ist unklar; die gleiche wie etwa vor anderthalb Jahren, als vor dem Landgericht der Amtsrichter Böhme angeklagt war, auf dem Goldzechhorn eine Frau durch einen Sturz getötet zu haben. Auch er führte den Tod seiner Gattin auf einen Unfall zurück. Das Gericht sprach in mangels Beweises frei. Wird der Staatsanwalt dieses Mal mit seiner Anklage mehr Glück haben?

Auf den ersten Blick scheinen diesen 32-jährigen Kaufmann überwältigende Indizien vorzuliegen: keine Frau fällt einem Unfall im Gebirge zum Opfer; der Mann dringt auf Auszahlung der Versicherung, die er trotz seiner mäßigen Vermögensverhältnisse abgeschlossen und von der er niemand erzählt hat; er zieht sich unmittelbar nach dem Tode seiner Frau zu seiner Geliebten — Frau: das alles genügt, um anzunehmen, daß der Unfall kein Unfall war, der Staatsanwalt ist aber der Ansicht, daß gegen den Angeklagten auch sonst schwere Belastungsmomente vorliegen und will den Beweis dafür antreten — einen Indizienbeweis, an dessen Schlußglied sich die Todesordnung für den Angeklagten anreihen soll. Vorkäuflich herrscht aber im Gerichtssaal die friedlichste Stimmung der Welt.

#### Der Angeklagte

ist ein hochgewachsener schmalgliedriger Mensch mit gut geschnittenen regelmäßigen Gesichtszügen, energischem Sinn, tiefliegenden Augen und konzentriertem Blick, ebenso gesammelt wie seine Körperformen ist seine Ausdrucksweise; korrekt, präzis, ruhig, mitunter sehr energisch, wenn er auf seine verwickelten Verhältnisse mit seinem Kompagnon zu sprechen kommt. Man begreift, daß er als Kaufmann seinen Weg gemacht hat. Man stellt ihn sich als Ehrmann ruhig, an sich haltend, vielleicht etwas verschlossen und seine Gefühle tief in sich bergend vor. Er hat im Jahre 1921 die Tochter des Buchdruckerbesizers und Verlegers der Anstädter Nachrichten, Frotzner, geheiratet. Der Schwiegervater hat wegen Inflationsverlustes seinem Leben ein Ende gemacht. Man erfährt nicht viel über das Verhältnis der Eheleute zueinander; die Briefe der Frau zeigen sie als ein harmloses Geschöpf, das sich „Müpschen“ nannte und ihrem Mann die verschiedensten weiblichen Kleinigkeiten erzählt. Treiber selbst erklärt, daß die Ehe harmonisch gewesen sei, daß seine Frau seinen Neigungen Rechnung getragen habe. Briefe, die vor Gericht vorgelesen werden, scheinen ihm recht zu geben. So schreibt er z. B. unmittelbar nach dem Tode seiner Frau aus Heiligenbluth an einen befreundeten Arzt von dem schrecklichen Unglück, das ihm zugestoßen sei; in dem Brief an seine Geliebte Boner heißt es u. a.: Du weißt, wie wir (er meint seine Frau) miteinander gelebt haben und verheißt deshalb, wieviel Schwestern durchgemacht habe. Meine Frau war ein lebensbejahender Mensch; wir waren glücklich bis zur letzten Stunde; in der Todesanzeige nannte er sie „meine liebe Frau“ und „meinen besten Kameraden“. Und als er jetzt dem Gericht den Unfall schildert, wird seine sonst so sichere Stimme für einen Augenblick leise umschleiert.

Der Unfall selbst. Vor den Richtern, Anwälten, Sachverständigen — es sind dies der Gerichtsarzt Dr. Oppe, Dresden, und Dr. Johann, Berlin — und dem Staatsanwalt liegen erläuternde Karten und Photographien.

#### Der Angeklagte schildert ausführlich

die verschiedenen Vorgänge, die er während der Septembertage im Goldzechhorn mit seiner Frau unternommen hat, erzählt, wie er an dem verhängnisvollen Tage mit ihr den Ausflug nach dem Goldzechhorn gemacht hat, wie sich beide auf der Felsplatte niedergelassen hatten und wie dann seine Frau mit ihm plaudernd sich erhoben hat, um am Rande der Platte einen besseren Ausblick zu genießen und plötzlich verschwunden war. Wie er kopflos zum Seebachhaus zurückließ, vergeblich mit den Wirtinnen die Gegend absuchte und am nächsten Morgen mit Hilfe der Rettungsmannschaft aus Heiligenbluth seine Frau tot auffand. Ob der Angeklagte nicht bemerkt habe,

#### daß die Arme der Frau verkrampft gewesen seien

fragt der Vorsitzende. „Nein.“ Wie er sich den Absturz erkläre. Möglich, daß seine Frau, angefaßt des plötzlichen vor ihr Klaffenden Abgrunds vor Schreck das Bewußtsein verloren habe“, meint der Angeklagte. Drei Tage später war er bereits in Dresden. Von hier aus begann er energisch die Auszahlung der Versicherungssumme zu betreiben.

Treiber will sich anfangs gegen den Abschluß einer Lebensversicherung gestäubt haben. Besonders unsympathisch war ihm der Vorschlag des Versicherungsagenten den Versicherungsvertrag bloß zu seinen Gunsten für den Todesfall der Frau abzuschließen. Als jener aber wiederholt in ihn drang und schließlich den Vorschlag machte, einen Vertrag abzuschließen, nach dem sowohl der eine wie der andere Ehepartner im Todesfälle die Versicherungssumme ausgezahlt bekommen sollte, ging er darauf ein. Der Kaufpreis, daß bei einem Unfall die zur Auszahlung kommende Summe verdoppelt werden sollte, hatte er keine besondere Bedeutung beigegeben. Es wären dies 30 000 Dollar gewesen. Als das ursprüngliche Verfahren gegen ihn eingestellt wurde, erhielt er die Restsumme von 88 000 Mark ausgezahlt. 40 000 Mark hatte er bereits früher bekommen.

Einen äußerst großen Raum nehmen die Erörterungen der verwickelten Vermögensverhältnisse des Angeklagten ein. Das Gericht stellt fest, daß sie durchaus nicht glänzend gewesen waren, da die Geschäfte sowohl der Firma Hoffmann, in der er Teilhaber war, als auch seiner eigenen Firma äußerst schlecht gingen. Daß Treiber unter solchen Umständen sich dazu entschließen konnte, die hohe Versicherungssumme zu zahlen, wird von der Staatsanwaltschaft als Indizien gegen ihn angesehen.

Der ganze erste Tag war mit der Vernehmung des Angeklagten ausgefüllt. Seine Beziehungen zu Annemarie Hoyer hatten nach der Erörterung. Der spannende Teil der Gerichtsverhandlung steht erst bevor.

#### Eine gewisse Spannung entsteht erst im Gerichtssaal, als Treibers Liebesbeziehungen

zur Sprache gelangen. Sie waren mannigfaltiger Natur. Die Hausangestellte Annemarie Hoyer hat er im Jahre 1925 kennengelernt. Als sie stellunglos wurde, unterstützte er sie. Er fuhr mit ihr nach Berlin, verlor sie mit 600 Mark für eine Reise nach Zwickau und machte ihr verschiedene Geschenke. Nach dem Tode seiner Frau schrieb er ihr eine Postkarte postlagernd nach Dresden. In den Jahren 1927 und 1928 lebte die Hoyer unangemeldet auch mit Treiber zusammen. Dieser bestritt mit aller Entschiedenheit, daß er noch zu Lebzeiten seiner Frau seiner Geliebten die Ehe versprochen habe, es sei nicht wahr, daß er ihr gelobt habe, er würde sich von seiner Frau scheiden.

#### Er gibt aber gernd zu, im Jahre 1928 Verlobungsanzeigen veröffentlicht zu haben.

Annemarie Hoyer war aber nicht die einzige Frau mit der Treiber zu Lebzeiten seiner Frau intime Beziehungen unterhielt. Da war z. B. eine Stenotypistin, mit der er vom Jahre 1922 bis zuletzt eine Verhältnis hatte, unbekannt der Liebhaft mit der Hoyer. Da war eine andere Bekanntschaft, die er im Jahre 1927 auf der Straße angeknüpft hat. Treiber erklärt, daß er eben poligam veranlagt sei und daß seine Liebe zu seiner Frau unter all diesen Verhältnissen in keiner Weise gelitten habe. Eins sich jedoch fest: Geld haben sie ihm in Mengen gestiftet, Schmuckstücke, leidene Kleider, Pelzwerk im Gesamtwerte von 29 000 Mark ließ er sich keine Liebe kosten.

Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß er — doch ein wenig zu toll getrieben. Beim Schluß der Verhandlung ist der Eindruck von dem Angeklagten weit weniger günstig als am Anfang. Ueber dem Gerichtssaal hängt eine schwere Stimmung. Sie wird noch verstärkt durch die

#### Verlesung eines Kassibers,

den Treiber durch einen Untersuchungsgefangenen aus dem Gefängnis schmuggeln wollte. Der Inhalt des Schriftstücks ist für ihn tatsächlich belastend. Es heißt darin: „Nicht! Ich bin unschuldig, mir kann nichts passieren. Die Hauptsache ist, daß Du gesund und kräftig bleibst. Daß alle anderen reden und verlässe Dich auf mich, wie Du Dich auf mich verlassen kannst. Ich habe Dir nie die Ehe versprochen. So lange meine Frau lebte, hätte nur durch: später werden wir glücklich sein. Sei tapfer. Wenn Du den Brief verstanden hast, so unterschreibe „Deine treue Annemarie“, sonst einfach „Deine Annemarie“.“ Der Angeklagte erklärt den Inhalt des Kassibers durch die verzerrende Stimmung, in der er sich damals befunden habe.

Mit dem Beschluß des Gerichts, dem Antrage des Rechtsanwalts Dr. Albrecht entsprechend, den autorisierten Führer Oberlester zu loben, damit er ausfasse, ob Frau Treiber nicht doch vielleicht das Opfer eines Unfalls geworden ist, schließt die Sitzung.

## Tod dem Beamtenauschuss

Das gewalttätige Vorgehen des Polizeipräsidenten Kühn und des Innenministers Dr. Apelt gegen die Mitglieder des Beamtenauschusses der Schutzpolizei in Dresden hat dazu geführt, daß der gesamte Beamtenauschuss der Schutzpolizei am 1. Oktober seine Ämter niedergelegt hat. Der Beamtenauschuss hat seine Amtsniederlegung damit begründet, daß die Mitglieder des Ausschusses aus ihrer Tätigkeit im Beamtenauschuss dienstlich Nachteile befürchten.

Herr Kühn hat also gesiegt! Der unbequeme Beamtenauschuss ist beseitigt! Kühns „Erfolg“ wäre freilich nicht möglich gewesen, wenn der Innenminister auch nur den elementarsten Ansprüchen an Achtung vor dem Beamtenrecht entsprochen hätte.

Nachdem der Vorsitzende und ein Mitglied des Beamtenauschusses in so schmählicher Weise behandelt worden sind, war es nur eine Selbstverständlichkeit, daß die übrigen Ausschussmitglieder gegen die Gewaltmaßnahmen der Vorgesetzten Front machten. Hoffentlich lassen es die Beamten nicht bei diesem ersten Schritt zur Verteidigung ihrer Rechte bewenden. Pflicht aller Beamten wäre es, die bedrohten Polizeibeamten zu unterstützen und Herrn Kühn und dem Minister beizubringen, daß die Zeit der Willkürherrschaft auch für die Staatsbeamten vorbei ist.

## Religiöse Andachten in höheren Schulen

### Gibt's das immer noch?

Kg Auf die öffentliche Anfrage, ob es immer noch religiöse Andachten in höheren Schulen gibt, hat das Volksbildungsministerium bisher keine Antwort erteilt. Jetzt erhalten wir eine indirekte durch die Veröffentlichung eines Briefwechsels, den der Vorsitzende der Entscheidungsschulreformer Sachsens mit dem hiesigen Volksbildungsministerium und einiger Schuldirektoren hatte. Auf Grund dieses Briefwechsels ist festzustellen, daß — in Sachsen schon amtliche Anträge zu einer Konfessionsklärung der höheren Schulen vorhanden sind. In den Schülerheimen der Aufbau- und Oberschule in Dresden-Neustadt, der Landständischen Ober- und Aufbauschule zu Bautzen, der Ober- und Aufbauschule in Waldenburg werden nur evangelisch-lutherische, in denen der Domestischen Oberschule zu Bautzen nur römisch-katholische Schüler aufgenommen. Diese Tatsache bedeutet, was jedem einleuchtend ist, für die andersdenkenden Minderbemittelten den Ausschluß von einem höheren Bildungsweg, weil eine billige Unterbringung, die allenfalls erschwänglich wäre, nicht möglich ist. Es zeigt sich wieder die sehr wieder stärker hervortretende Tendenz, dem Volke den Bildungsausschlag auch sogar für nur einzelne Glieder möglichst zu erschweren bzw. zu unterbinden.

Noch interessanter als diese Tatsache an sich erscheint uns die Auffassung des zuständigen Referenten im Volksbildungsministerium zu sein, der diese Tatsache erstens für die „Jugenannten früheren Stiftungsschulen“ zugibt, zweitens erklärt: es ist nachgelassen, daß in den Schüler(Schülerinnen)heimen religiöse Sitte und Andacht weiter gepflegt werden soll, und dritten (o sancta simplicitas!) sogar versucht, diesen Nachsch mit — der Reichsverfassung in Einklang zu bringen, wenn er schreibt: „Artikel 148 Abs. 2 der Reichsverfassung ist auch bei ihnen zu beachten.“ Das Kunststück, wie das möglich sein soll, Andersdenkende, z. B. Dissidenten, nicht zu ver-

lehen, sollen uns der Minister und seine Räte einmal vorsetzen. Aber — ist es denn überhaupt nötig? Man nimmt ja auf die Andersdenkenden weitgehend Rücksicht, indem man ihnen über- laupf... den Zugang verwehrt. Denn nach einer anderen Antwort tragen die Schülerheimen der früheren Stiftungsseminare den Charakter christlicher Hausgemeinden, in denen nach dem Stiftungswillen religiöse Sitte und Andacht gepflegt werden sollen“, d. h. in anderem Wortlaut, sie sind kirchliche Hilfsanstalten auch heute noch.

Diese vom Ministerium geäußerte Meinung widerspricht zunächst dem Gesetz über die Umwandlung der Lehrerseminare, das ausdrücklich für die Umwandlung die Konfessionsklärung zugrunde legt. Die Entscheidung des Ministeriums widerspricht also dem Gesetz und dem Volkswillen.

Kann also nun das Ministerium selbst einwandfrei festgestellt hat, daß es „so etwas“ noch gibt, wird es Sache des Land- rers sein, ihm recht klar und deutlich zu machen, daß es — so etwas von Rechts wegen gar nicht mehr geben darf. Mühte aber wirklich der Stiftungswillen den Ausschlag geben, nun gut, dann — laßt man viele Stiftungen als kirchliche Hilfsanstalten bestehen, nur wäre — der staatliche Aufschuß zu streichen. Was dann noch, nach der Inflation, von Stiftungsmitteln da ist, das — müßten wir sehen.

Vielleicht aber — kann das Ministerium sich unterdessen anherdem Kenntnis darüber verschaffen, vielleicht durch Anfragen bei den Schulleitungen, daß nicht nur an den „Jugenannten früheren Stiftungsschulen“ religiöse Übungen vorgenommen werden, sondern daß auch an einer mindestens gleichartigen Anzahl anderer „überer Schulen mit Schülerheimen nichtkonfessionelle Haus- und Schulandachten stattfinden und daß dort, wo es überhaupt ein Schüler wegen sollte, sich dieser religiös-kirchlichen Beeinflussung zu entziehen, er nicht gerade — nun sagen wir vorsichtig — mit reuend' n Furchen ansetzen und als Störenfried behandelt werden dürfte. Nichtsdestowenig, daß man das letztere nicht zuläßt, das erstere, das Stattfinden der religiösen Übungen, wird man dem Ministerium auf Anfrage nicht gut ablocken können. Wenn aber dem Ministerium an der Furchen — nichts liegen sollte, nun, dann möge auch hier der Landtag eingreifen und eine Feststellung vornehmen, um dem Ministerium zu der Kenntnis zu verhelfen, daß es — so etwas im 10. Jahre der Republik in einem staatlich-n Schulwesen, der von der Kirche getrennt ist, nicht mehr geben darf.

## 300 Opfer des § 218

Die Dresdner Kriminalpolizei hat eine 49 Jahre alte Frau verhaftet, die zugegeben hat, daß sie in den letzten Jahren in etwa dreihundert Fällen bei Frauen und Mädchen verbotene Eingriffe vorgenommen hat. Ihr Arbeitsgebiet erstreckte sich nicht nur auf Dresden, sondern auf ganz Sachsen bis nach Leipzig hinüber. In den meisten Fällen ließ sie sich für ihre Arbeit fünfzig Mark zahlen. Bei Durchführung ihrer Wohnung wurden Instrumente und Medikamente vorgefunden. Die Polizei stellt noch weitere Untersuchungen an.

300 Frauen und Mädchen — vielleicht sind es noch mehr — sind in ihrer Not einer nicht wissenschaftlich vorgebildeten Frau in die Hände gefallen, weil sie nicht die Mittel hatten, sich vom Hausarzt behandeln zu lassen. Wer über die notwendigen Geldmittel verfügt, braucht sich nicht den schmerzlichen Gefahren für Leben und Gesundheit auszusetzen, die mit dem Eingriff ungenügend vorgebildeter Helfer naturgemäß viel mehr verbunden sind als bei der Behandlung durch sachmännliche Ärzte. Wer ordnungsgemäß von einem Arzt behandelt worden ist, kommt auch nicht in Gefahr, sich in die Paragraphen 218 und 219 des Strafgesetzbuches zu verwickeln, die ja auf dem Papier für alle gelten, in der Praxis aber zumeist nur die Armen treffen.

## Leibesübungen als Pflicht der Lehramtskandidaten

Nach einer Bekanntmachung in der neuesten Nummer des Sächsischen Gelehrtenblattes wird die Prüfungsordnung für das höhere Schulamt dahin geändert, daß es in § 5, hinter Ziffer 5 heißt: Ferner ist erforderlich, daß der Kandidat während zweier Studiensemestern an den akademischen Leibesübungen teilgenommen hat und dabei als Leiter von Sport und Spielen und als Führer bei Jugendwanderungen ausgebildet worden ist.

Dresden. Zwei tödliche Betriebsunfälle. Im Hillemerz fiel ein etwa 10 Zentner schwerer Maschinenteil um und traf einen Maschinendrehler, dem die eine Gesichtshälfte zermetert wurde, und der außerdem noch einen Schädelbruch und Rippenbrüche davontrug. Bald nach seiner Entlassung in das Krankenhaus starb der Verunglückte, der über 25 Jahre in dem Betrieb beschäftigt war.

Im neuen Kesselhaus der Elektrizitätswerke am Wettinerplatz fiel der dort beschäftigte Geselle Reinhold Betermann beim Schließen einer Schladenmühle in die herabstürzende glühende Schlacke. Der Unglückliche brannte sofort lichterloh und erlitt, trotzdem ihm die Kleider sofort heruntergerissen wurden, schwere Verbrennungen, die seinen Tod herbeiführten.

Gerodorf bei Ramenz. Im Steinbruch tödlich verunglückt. Der 57 Jahre alte Steinarbeiter Jork wurde von einem stürzenden Steinblock getroffen, wobei ihm eine Hand zermetert wurde. Bei der Amputation der Hand ist der Verunglückte gestorben.

Chemnitz. Im letzten Moment gerettet! In einer Manjardenwohnung war in einer Schlafstube Feuer ausgebrochen. Während Betten, Möbel, Kleiderstücke brannten, lag in einem Bett ein Kind und schlief. Nachbarsleute traten das Kind und brachten es zum Arzt, dessen Wiederbelebungsversuche mit dem Sauerstoffapparat Erfolg hatten.

Glauchau. Kleinwohnung als vorläufiger Behelf. Die Stadt hat in vier Häusern 30 Kleinwohnungen erbaut. Sie bestehen aus großer Wohnküche, Schlafzimmer, Keller und Bodenstube. Außerdem enthalten die Häuser noch vier dreizimmerige Wohnungen. Die Kleinwohnungen können später, wenn die Wohnungsnot beseitigt ist, durch Herausnehmen von Zwischenwänden vergrößert werden. Glauchau hat 170 Wohnungsuchende der Vorbereitungs- und Dringlichkeitsliste, so daß nach dem Beginn der neuen Wohnungen noch immer 136 Wohnungslose übrig bleiben.

## Verfallungs-kalender

Freitag, den 5. Oktober:  
Schmiede und Kesselschmiede, Volkshaus, 10.30 Uhr.

# Leukoplast spart Geld:

Wichtig für Haushalt, Werkstatt, Sport (Radfahrer, Radio-Bastler, Kanufahrer usw.)



Achten Sie auf den Namen **Leukoplast**, da Nachahmungen im Handel sind. Erhältlich in Apotheken, Drogerien, Bandagengeschäften u. Rollen von 30 Pf. an.



Leukoplast ist immer gut. Wenn man sich verwunden tut. Aber nicht nur zu Verbänden. Kann man Leukoplast verwendet Pappe, Porzellan und Glas. Alles klebt das. Ansteckdosen, Bilderrahmen, Schachteln, Schirme, Puppensamen, Gummischläuche, Badkeppen, Regenmäntel, Aktienmappen, Noten, Bilder, Thermometer, Goethes Faust und Struwwelpeter, Alles klebt das LEUKOPLAST. Sorg', daß Du's im Hause haast!





# Wandern und Reisen

## Etwas vom Hegau

In diesem Jahre führte mich meine Ferienreise nach dem südlichen Teile Badens, der begrenzt wird vom Bodensee, Rhein, Schwarzwald und Donau, dem sogenannten Hegau mit seinen fruchtbaren Fluren. Prächtiges Weizenland wechelt mit hohen, schattigen Laubwäldern. Zahllose Städtchen und Dörfer heben sich malerisch ab von dem dunklen Grün.

Eine Besonderheit des Hegaus sind die ruinergekrönten Berge. Diese Basaltkegel verdanken ihre Entstehung vulkanischen Eruptionen in der Urzeit unserer Mutter Erde. Sie alle, der Hohenkingen, Hohenhöwen, Hohenstoffel, Hohenkrähen und Hohenwiel, waren früher die Stammisitze verschiedener alter Welschgeschlechter. Deren Namen gehören der Geschichte an; die Burgen sind zerfallen. Der am meisten besuchte und bekannteste ist der sagenumwobene Hohenwiel. Dreiviertel Stunde erfordert der Aufstieg zum etwa 700 Meter hohen Gipfel; ein herrlicher Ausblick in die Hegaulandschaft lohnt die Mühe.

Am Fuße des Hohenwiefs liegt die Stadt Singen, ursprünglich schon im Jahre 787 genannt. Sie ist der Knotenpunkt von fünf Eisenbahnlinien. Vor etwa 40 Jahren noch ein Bauerndorf, hat es sich in einigen Jahrzehnten in ungeahnter, geradezu amerikanischer Weise entwickelt. Die Einwohnerzahl stieg rapid: 1871 1674, 1890 2228, zählte es 1910 8359 Einwohner. Heute hat Singen etwa 14000 Einwohner, und die Entwicklung geht unaufhaltsam weiter. In der Bauwirtschaft steht Singen proportional an der Spitze der deutschen Städte. 1919 hatte die Stadt 850, 1920 920 und 1927 1234 Wohnhäuser. Angeregt durch die günstige Verkehrslage Singens, ließen sich in den 80er und 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts einige bedeutende Großindustrien hier nieder. Da sind in erster Linie die bekannten Waggonwerke zu nennen, die sich im Laufe von vier Jahrzehnten zur führenden Industrie des badischen Oberlandes, wie überhaupt zu einem der größten Unternehmen der deutschen Lebensmittelbranche entwickelt haben. Sie bilden einen Stadtteil für sich. Später folgte dann die Ansiedlung der Eisens- und Stahlwerke, der Aluminiumwalzwerke usw.

Mit Freuden gedenke ich der herrlichen Tage, und so dürfte es jedem gehen, der je Einblick genommen hat in des Hegaus einzigartige Schönheit.

K. K.

## Jugendherberge Rehehausen

Im Thüringer Vorlande ist in aller Stille eine neue Jugendherberge entstanden. Nordwestlich von Großheringen, nahe bei Bad Sulza, liegt nach halbständiger Marsche das kleine Bauern-dörfchen Rehehausen. Ein in Leipziger Wandertreffen bestens

bekannter Freund und Führer der Jugend, Karl Raumann, besitzt dort ein kleines Anwesen. Hier konnte er seinen Wunsch durchführen, eine Jugendherberge zu schaffen, die so recht der Jugend der Großstadt eine Bleibe — ein Zuhause — sein kann. So entstand aus der alten verfallenen Scheune nach den Plänen des Leipziger Architekten Hans Förster eine schmale Jugendherberge, zu deren Schaffung die Ortsgruppe Leipzig und der Gau Mittellebe vom Jugendbergsverband tatkräftig in den Vordereil griffen. Nun harzt die neue Herberge, die in drei Schlafräumen



36 Betten besitzt, wandernder Jugend. Ein freundlicher Tagesraum und eine Leisende, Kochgelegenheit, Spiele und eine kleine Bäckerei sorgen dafür, daß sich die einsehende Jugend in den buntdarmigen Räumen, den weißüberzogenen Betten, dem mit zweckentsprechenden Möbeln ausgestatteten Heime wohlfühlen wird.

Nun harzt die Herberge unserer Großstadtjugend. Wohl ist die Gegend von Rehehausen kein Waldwundergebiet wie die Thüringer Berge. Wer aber die Schönheiten dieses Landstriches zu finden weiß, wird auf keine Rechnung kommen. Wer die Jugendherberge besuchen will, melde sich an bei Karl Raumann, Rehehausen bei Bad Sulza. Von Bahnhstation Großheringen ist Rehehausen in etwa einer halben Stunde erreichbar. Willy Stäger.

## Mit dem Verwaltungsfonderzug in das Muldental

Selten zeigt sich der Herbst in seiner Pracht so großartig, wie in diesem Jahre. In der schönsten Farbenmischung glücken die Wälder an den Berghängen, aber auch die Sträucher und die mit wildem Wein bewachsenen Mauern an den Dorfrändern; dazu die farbenprächtige Dahlien in den Vorgärten, lassen die Orte auch bei ungünstigem Wetter schön erscheinen. Gerade das Muldental, das eine der schönsten Gegenden unserer weiteren Umgebung ist und zu jeder Jahreszeit seine Reize hat, bietet in diesem Herbst einen besonderen Naturgenuss. Leider war der von Leipzig abgehaltene Sonderzug sehr schwach besetzt. Ahnten die Bahngäste vielleicht, daß uns Jupiter Pluvius mit seinem Regen so reichlich segnen würde, wie er es am Sonntag tat? Nun, auch dieses Wetter zeigte manche Schönheit. Besonders in dem Sprühregen, in dem die Nadelbäume wie mit Diamanten übersät erschienen, werden Freunde von Naturschönheiten reizende Motive gefunden haben. So trübte das Wetter auch erscheinen mochte, die Stimmung der Unentwegten war dadurch wenig beeinträchtigt. Während bei schönem Wetter jeder seinen Weg für sich geht und sich wenig um den anderen kümmert, führte der Regen die einzelnen zu größeren Gruppen zusammen. Genossen und Genossinnen aus den verschiedenen Bezirken fanden sich und ließen keine mitleidige Stimmung aufkommen. Selbst die „Rotfrontkämpfer“, die in Lungenau Reklame für ihr „Volksbegehren“ machten, trugen ihren Teil mit dazu bei, daß alle in bester Stimmung blieben. Kr.

Zum alten Fahrpreis verkehrt am Sonntag, dem 7. Oktober, noch ein Verwaltungsfonderzug nach Meissen und zurück. Abfahrt Leipzig 6.15 Uhr, an Meissen 8.50 Uhr. Rückfahrt ab Meissen 20.27 Uhr, an Leipzig 23.08 Uhr. Der Sonderzug hält in Baunsdorf 7.26 Uhr, in Borsdorf 7.38 Uhr, in Nauhof 7.51 Uhr, in Grimma 8.08 Uhr. Fahrpreis ab Leipzig nach Meissen und zurück 4,80 Mk., ab Baunsdorf 4,60 Mk., ab Borsdorf 4,30 Mk., ab Nauhof 3,90 Mk., ab Grimma 3,40 Mk. Der Sonderzug bietet günstige Gelegenheit zu schönen Ausflügen im Elbtale.

## Eingelaufene Schriften

- Seren Noel Weiler, Walter Rathenau, sein Leben und sein Werk. Verlagsanstalt Hermann Klemm & Co., Berlin-Grünwald.
- Titaqas, Meine Geliebte, die Angefaute. Roman. Verlag G. Weiler & Co., Wien.
- Karl Colker, Sünden und Genorthe. Roman. Drei Masten-Verlag, München. Romeliche von großen Leuten. Anecdotes. Gesammelt von Hans Marthall, Hugo Wille Verlag, Berlin.
- G. Dr. Wagnersch, Der Würder und der Staat. Die Lobesstraße im Urteil hervortretender Zeitgenossen. Verlag Walter Fischer, Stuttgart.
- Kasch Eiben und Joseph Bierhöfer, Der Jägermeister an Jakobsfest. Herausgegeben im Auftrag der Liga für Menschlichkeit. Langenscheidt Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 46.
- Wichtiges Polizeibeamtensetz vom 15. März 1928. Handausgabe. Herausgegeben von Bürgermeister Schulze. Verlagsanstalt Ernst Maudisch, Heilberg 1. S.
- Das Wagnersbuch 1914. Teil 1, Teil 11, 1. und 2. Abdruck. Verlag Gerhard Stalling, Oldenburg i. O.
- Willy Hofmann, Was unserer roten Erde. Verlag Gerlich & Co., G. m. b. H., Dortmund.
- Reich Schwahn, Von Ebert bis Hindenburg, 10 Jahre Deutsche Republik., Verlag Rudolf Koch, Leipzig G. 1.
- Wagners, Kritiken der sozialdemokratischen Programm-Einstellung von 1875 und 1901. Band 1: Marx und Engels gegen den sozialdemokratischen Opportunismus. 2. Die sozialdemokratischen Parteiprogramme 1869/1875. Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin G. 25, H. Alexanderstr. 25.
- Dr. W. Schöne, Die Erziehung und ihre Wissenschaft. Verlag Ernst & H. Tietz, Leipzig.



# LEBENSMITTEL!

Auch in dieser Woche wieder gut und ganz besonders niedrig im Preis!

### Wild u. Geflügel

- Hirschragout . . . Pfd. 80,-
- Hirschblatt . . . Pfd. 1,00
- Hirschkeule . . . Pfd. 1,20
- Hirschrücken . . . Pfd. 1,40
- Suppenhühner . . Pfd. 1,25
- Brathühner . . . Pfd. 1,60
- Junge Gänse . . . Pfd. 1,30

- Zucker, gem. Pfd. 28,-
- Amer. Schmalz Pfd. 75,-

### Käse und Fette

- Sahnenperle . . Stück 25,-
- Limburger . . . Pfd. 75,-
- Camembert, vollfett . . . 6/8 Karton 88,-
- Tilsiter, halbfett Pfd. 88,-
- Edamer, halbfett Pfd. 95,-
- Echter Schweizer Käse ohne Rinde . Karton 1,00
- Geheimratskäse Stck. 1,50
- Margarine . . . Pfd. 45,-
- Kokos-Speisefett Pfd. 65,-

- Molkereibutt. 1/2 Pfd. 95,-
- Allerf. Molkereibutter . . . 1/2 Pfd. 1,15

### Preiswerte Gemüse- und Obst-Konserven

- | 1-Kilo-Dose                 | 1-Kilo-Dose                 | 1-Kilo-Dose                 |
|-----------------------------|-----------------------------|-----------------------------|
| Spargelabschnitte . . 1,75  | Gemüse-Erbsen . . . 70,-    | Hawai-Ananas, 8 Sch. 1,25   |
| Brechspargel, dünn . 1,95   | Junge Erbsen . . . 85,-     | Heldelbeeren . . . . 1,10   |
| Brechsp. lg. Abschn. 2,25   | Junge Erbsen, mittelf. 1,10 | Kirschen, schw. m. St. 1,35 |
| Brechsp., mittel m. K. 2,75 | Jg. Erbsen, sehr fein 1,60  | Sauerkirschen, m. St. 1,55  |
| Grüne Spargelköpfe . 2,45   | Kaiserschoten . . . . 1,75  | Erdbeeren . . . . . 1,58    |
| Stangenspargel, dünn 1,95   | Erbsen m. geschn. K. 95,-   | Rheinische Aprikosen 1,65   |
| Stangensparg., 50/60er 2,55 | Erbsen fein m. Kar. 1,65    | Kirschen, rot, oh. St. 1,65 |
| Stangenspargel, mitt. 2,95  | Junge Brechbohnen . 58,-    | Pflirsche . . . . . 1,95    |
| Stangenspargel, stark 3,25  | Junge Wachsbohnen 85,-      | Calliforn. Fruchtsalat 2,25 |

- Aprikosen-Konfitüre . . . 2-Pfund-Eimer 1,25

- Vollmilchschuß-Rosinen-Schokol. Pfd.-Tafel 1,50

- Erdbeer- oder Kirsch-Konfit. 2-Pfd.-Eim. 1,45

### Fischkonserven

- Gelsardinen, ca. 6-8 Fische . . . . . Dose 50,-
- Hering 1. Gel. 1-L.-D. 75,-
- Senfgurken . . . 1-L.-D. 95,-
- Salzwürstgurken 2-L.-Ds. 2,10 1-L.-Ds. 1,10
- Essiggewürstgurken 2-L.-Ds. 2,40 1-L.-Ds. 1,25
- Russ. Gurken 1-L.-D. 2,00
- Seelachs, ger. 1-Pf.-D. 1,20

- Bundaaale 3 Stck. 95,-
- Fr. Bückl. 3-Pfd.-K. 1,15

### Wurstwaren

- Schinken, gek. 1/2 Pfd. 55,-
- Hausmach.-Sülze Pfd. 85,-
- Hausmachlachte Blut- u. Leberwurst . . . Pfd. 1,20
- Landleberwurst Pfd. 1,60
- Braunschweig. Würstchen . . . . . 6 Paar Dose 1,40
- Speck, geräuch. Pfd. 1,10
- Kalbshleberwurst Pfd. 2,40
- Schinkenspeck . Pfd. 1,65
- Kass. Rippenspeck Pfd. 1,60

- Harte Zervelatwurst . . . . . 1 Pfund 1,88
- Plockwurst 1 Pfd. 1,98

# FLEISCH

## RINDFLEISCH

- Querrippe . . . . . 1 Pfd. 0,95
- Brust . . . . . 1,00
- Beinfl. . . . . 1,10
- Goulasch . . . . . 1,25

## SCHWEINEFLEISCH

- Fettes z. Ausbr. . 1 Pfd. 0,95
- Bauch . . . . . 1,10
- Keule . . . . . 1,25
- Kamm . . . . . 1,40

## KALBFLEISCH

- Pfefferfleisch . . 1 Pfd. 1,00
- Kamm . . . . . 1,20
- Keule . . . . . 1,40
- Niere . . . . . 1,40

## HAMMELFLEISCH

- Bauch . . . . . 1 Pfd. 1,20
- Rücken . . . . . 1,30
- Keule . . . . . 1,40

# ALTHOFF





Der Demütigte mit dem Knüttel

Manchmal wird unsersinnem vorgeworfen, daß man unzulässig verallgemeinere, wenn man vom mordhehrlichen Stahlhelmpfaffen auf den ganzen Stand der Pfarrer schließt.

In der Julinummer des Deutschen Pfarrerberlattes schwafelt der oblige Pfarrer v. Jhering von der „Kriegsschuldfrage“, was nur gegen seine Intelligenz spricht, und vom „Heilbünd“, was seine angebliche christliche Nächstenliebe als eine Lüge erweist.

Ich glaube nicht an die Macht der Rute und bin überzeugt, daß sie selbst bei diesem rutenliebenden Pfarrer keinen Erfolg hat. Vergleichs frommen Welschspröcklingen ist menschliche Nächstenliebe nicht einmal mit dem Knüttel beizubringen.

Nun scheint der fromme Herr vergessen zu haben, daß im letzten Kriege der Franzose den Deutschen besiegte, daß also nach der Meinung des Familienvaters dort oben“ der Franzose einen göttlichen Willen ausübte.

Solche Freude am schlagenden Knüttel, dieses wohlgefällige Spielen mit dem Wölfermord darf sich im offiziellen Deutschen Pfarrerberlatt breit machen. Und zwar unwiderrspöhen.

Die Zusammenkunft der Funktionärinnen

Die Funktionärinnenzusammenkunft der SPD Leipzigs, die von 120 Funktionärinnen besucht war, nahm den Bericht der Genossin Schilling über die Internationale Frauenkonferenz in Brüssel entgegen.

Die Genossin Schilling verstand es vorzüglich, die Kernpunkte der auf der Internationalen Frauenkonferenz erörterten Probleme herauszuschälen, so daß ein überaus lautes Wld über die Internationale Frauenkonferenz entstand.

Die Diskussion über den Bericht war äußerst rege. Besondere Beachtung wurde der bevölkerungspolitischen Frage geschenkt. Die Fortschrittliche Schaffung von Einrichtungen für Sexual- und Eheberatung stellen in allen Ländern, die von sozialem Geist getragen sein müssen, wurde erneut in den Vordergrund gerückt.

Zur Frage: Die Frau in Kriegszeiten, wurde die Auffassung der französischen Genossin, die Mobilisierung der Frau im Kriegsfalle, nicht nur aufs schärfste zurückgewiesen, sondern darüber hinaus folgende Entschlieung zur Brückungsfrage einstimmig von den Funktionärinnen angenommen:

Die Funktionärinnenversammlung der SPD Leipzigs vom 30. September 1928 sieht in der unbeschränkten Herstellung von Giftgasen eine ungeheure Gefahr, die die Menschheit im Falle eines Krieges bedroht. Es ist deshalb eine der wichtigsten Aufgaben der Abrüstung, die Durchführung einer internationalen Kontrolle der Chemischen Industrie und das generelle Verbot der Giftgasherstellung sowie die internationale Aufhebung aller mit der Kriegserüstung zusammenhängenden Erscheinungen zu erreichen.

Unterstützt müssen diese Forderungen werden durch eine systematische Aufklärung aller chemischen Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten, um so den geschlossenen Widerstand gegen dieses Kriegsmittel zu ermöglichen.

Die Entschlieungen zu den Reseraten: „Die Frau im Betriebe“ und „Die Fürsorge für Hilfsbedürftige“ fanden den einstimmigen Beifall der Funktionärinnen.

Unter Punkt „Verschiedenes“ wies die Genossin Bauer auf die in der Zeit vom 21. bis 28. Oktober d. A. durchzuführende Wettbewerb hin, an deren Aktion sich jede Genossin beteiligen muß.

Am 20. November 1928 findet eine Frauenfeierstunde im Zoo statt unter dem Motto „Nie wieder Krieg“. Der Eintrittspreis beträgt 25 Pfg. Gleichzeitig kommt die Broschüre „Nie wieder Krieg“, die den Text der Aufführung in der Feiertunde enthält, zum Preise von 25 Pfg. zum Verkauf.

Mit einem Appell der Genossin Bauer, im Sinne der Entschlieungen der Internationalen Frauenkonferenz zu wirken, und mit dem Gesang des Liedes „Brüder zur Sonne zur Freiheit“ wurde die eindrucksvolle Versammlung geschlossen.

Der Prozeß gegen Winter

Winters Weltmarktfilm

Der „Führer“ der Armen besitzt 250 000 RM. Vermögen

Am 3. Oktober 1928 wurde der Prozeß um 13 Uhr fortgeführt. Zunächst wurde der Angeklagte Winter

zu seiner Person vernommen. Winter gab an, er sei am 11. Mai 1882 in Magdeburg geboren, habe die Volkshochschule besucht, dann Schriftföher gelernt und diesen Beruf bis 1903 ausgeübt. Dann sei er zum Journalismus übergegangen. Bis 1913 war er zweiter Lokalredakteur und Berichterstatter der Leipziger Zeitung (heute Neue Leipziger Zeitung), anschließend Redakteur der Ufa-Theater in Leipzig gewesen. Während des Krieges war Winter Feld- und garnisonsdienstunfähig, wurde aber von der Leipziger Kriminalstelle für den Nachrichtenendienst engagiert und nach Weisel versetzt.

Bis 1922 hätte er sich so durchgeschlagen. 1924 hat er in Leipzig Arbeitslosenunterstützung bezogen, bis er 1925 als Redner für den Reichsbankgläubigerverband mit 40 Mark Lohn angestellt wurde. Im März 1925 spaltete sich dieser Verband in zwei Teile, und hier in Leipzig wurde der Leipziger Reichsbankgläubigerverband neu gegründet. Auch für diesen Verband war Winter als Redner tätig. Nebenher führte er einen Prozeß gegen die Reichsbank wegen Aufwertung von 4 Stück Eintausendmarktscheinen. Durch diesen Prozeß kam es zum Krach. Winter wurde von dem Verband kaltgestellt und als Schwindler hingerstellt. Nun machte sich Winter im Juni 1928 selbständig, und hinter ihm standen damals 700 bis 800 Personen. Von 1928 an wirkt ihm die Anklage Betrug vor. Winters Einkommen ist ein sehr gutes, so daß er nicht alles in Anspruch nimmt. Sein Bankguthaben beträgt 160 320 Mark, außerdem hat er 100 Reichsbankanteile à 100 M. und für 80 000 M. Verpfändungen.

Wfo beläuft sich Winters Gesamtvermögen auf etwa 250 000 M. Sein Netto-Einkommen hat er mit 50 000 Mark angegeben.

Fürwahr, Winter hat es verstanden, sein Geld seit dem letzten Bezug von Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1924 aufzuwerten. Endlich kam dann der Eröffnungsbescheid zur Verlesung. In diesem wird Winter fortgesetzter Betrug vor-geworfen.

Der Betrug wird darin erblickt, daß er vom Juni 1928 bis Ende 1927 den Kampf um die Vorkriegsnoten der Reichsbank, um sich Geld zu verschaffen, weiter propagiert habe.

Dabei habe er in Vorträgen unwahre Behauptungen aufgestellt, aber wahre Tatsachen verschwiegen. Auch in verschiedenen seiner Broschüren habe er unwahre Angaben gemacht.

Der Staatsanwalt Hölber erklärte darauf, daß er die Anklage bis zum heutigen Tage ausdehne. Das gab nun wieder Rechtsanwalt Marschner Gelegenheit, eine lange Erklärung abzugeben, daß diese Art einer Nachtragsanklage nicht zulässig sei. Winter habe aber dagegen nichts einzuwenden, weil er ein gewisses Interesse daran habe, den Prozeß nicht zu verzögern.

Darauf erzählte der Angeklagte, daß er, nachdem der Leipziger Verband Meite gemacht habe, die Mitglieder habe sammeln wollen, damit er gegenüber der Reichsbank Leute hinter sich stellen habe. Dann habe er einen Prägungsfall schaffen wollen, der dann für andere Prozesse von Vorteil hätte sein können. In

den Versammlungen verkaufte er seine Broschüre „Mein Schlußkampf“, im ganzen etwa 600 000 Stück, das Stück zu 1 Mark, während die Herstellungskosten 7 Pfennig betragen. Diese Broschüre enthielt eine Erklärung, die lautete: „Der Leser dieser Schrift wird lastenlos durch den Verfasser bei seiner Klage gegen die Reichsbank vertreten, wie er sich selbst vertritt“, und außerdem: „Ich bin mit der Vertretung bei der Klage gegen die Reichsbank einverstanden.“

Später habe er dann die Zeitschrift Wahrheit und Recht gegründet und heute besitze er 65 000 Bezüher. In seinem Volksbund für Wahrheit und Recht habe er diktatorische Gewalt, und er verlange weder Eintrittsgelder noch Beiträge.

Einmal wollte er die „Deutsche Goldmarkbank“ gründen, und zwar sollten ihm die Volksbundmitglieder das Geld bringen und er wolle „mit seinem Kopf haften“. Ein anderes Mal wollte er die amerikanische Filmindustrie vernichten.

60 000 Mark habe er zur Herstellung seines Filmes „Wahn frei! Der Wölferfrieden kommt!“ gepfeift, aber die Massen hätten seinen Idealismus nicht geglaubt und seien ihm nicht gefolgt. In Wahrheit und Recht habe er es deswegen den Leuten im hellep Sachsen gründlich gesteckt.

Die heutige Verhandlung

Winter verurteilt imnestie

Zu Beginn der heutigen Sitzung stellt Staatsanwalt Hölber fest, daß Winter nach seinen Erkundigungen keinerlei Auftrag der Leipziger Kriminalpolizei während des Krieges erhalten habe. Hierzu bemerkt Winter, daß er auch tatsächlich keinen Auftrag von Leipzig erhalten, sondern nur für die Nachrichtenstelle Vörsch und Weisel gearbeitet habe. Nun sollte zur weiteren Beweisaufnahme übergegangen werden. Winter hatte aber wieder einen Einspruch auf Lager und sagte: „Ich halte es für meine moralische Pflicht, daß das Gericht prüft.“

ob meine Vergehen nicht auf politischer Grundlage liegen und deswegen für mich die Amnestie in Frage kommt. Ich habe Unterlagen, daß die Regierung es gewesen ist, die mein Filmunternehmen planmäßig zerstört hat.“

Rechtsanwalt Marschner meint, würde man Winters Kampf einen politischen nennen müssen, jedoch käme seiner Ansicht nach Amnestie nicht in Frage.

Darauf wurden vom Vorsitzenden eine Reihe Auszüge aus Winters „Wahrheit und Recht“ verlesen, die darauf Bezug hatten, daß Winter in seinen Schriften sich selbst als parteilos, überparteilich und politisch hingestellt habe.

Staatsanwalt Hölber: Genau wie in seinen Versammlungen geht Winter hier im Saale vor. Er droht mit Veröffentlichung von Unterlagen, obwohl er bestimmt weiß, daß er derartige Unterlagen gar nicht hat. Es handelt sich bei Winter darum, ob Betrug vorliegt oder nicht. Ein politisches Vergehen kommt nicht in Frage.

Winter: Mein Kampf ist ohne meinen Willen ein staatspolitischer geworden. Der Staat sieht sich als Schuldner und bekämpft mich mit allen Mitteln. Ich habe Unterlagen, durch die die Staatsföherheit gefährdet würde, wenn ich sie ohne Ausschluß der Öffentlichkeit preisgäbe. Schon deshalb muß das Gericht prüfen, ob mein Kampf ein politischer ist oder nicht. Der mir hier vorgeworfene Betrug ist ein Bestandteil meines politischen Kampfes.

Das Gericht zieht sich darauf zur Prüfung und Beschlußfassung zurück, ob Winters Vergehen auf politischer Grundlage stehen. Nach kurzer Beratung erklärt der Vorsitzende, daß das Gericht zu einer Vereinnung der Frage gekommen ist. In dieser Verhandlung wäre der Eröffnungsbescheid maßgebend, und er laute auf fortgesetzten Betrug. Es könne dahingestellt bleiben, ob Winter aus politischen Motiven diesen Betrug begangen habe.

Dann wurde in der Beweisaufnahme fortgefahren und die Vormittagsstunden wurden mit dem Verlesen der endlosen Schriften des Angeklagten ausgefüllt.

Der Raubüberfall im D-Zug

Am Mittwoch, kurz vor 6 Uhr, ist, wie von uns gestern schon kurz mitgeteilt wurde, in einem Abteil der II. Klasse im beschleunigten Personenzug Hamburg-Leipzig, zwischen Jschortau und Radwih der 57 Jahre alte Direktor S. aus Leipzig überfallen und beraubt worden.

Der Täter ist in Bitterfeld, nachdem sich der Zug bereits in Bewegung gesetzt hatte, in das Abteil gekommen und schaute sich an das Fenster. Der Überfallene befand sich im Halbtschlummer. Blöcklich erhielt er von dem Zugstiegegen einen Schlag, vermutlich mit einem harten Gegenstand, über die linke Schläfenseite, wodurch ihm die Brille heruntergeschlagen wurde. Dadurch konnte er nichts mehr sehen, auch war er durch den Schlag etwas betäubt. In diesem Zustande erhielt er

noch etwa 5 bis 7 Schläge

mit demselben Gegenstand, in dem später ein bei dem Täter vorgefundener Schlagring festgestellt wurde, auf den Kopf. Er versuchte sich zu wehren so gut es ging. Bei dem hierbei entstandenen Handgemenge

entriß ihm der Täter die Brieftasche

mit etwa 300 Mark, entnahm den Betrag aus dieser und warf die Tasche ins Abteil. Weiter hat er dem Überfallenen noch ein Portemonnaie aus der Westentasche geraubt, in dem sich etwa 14 Mark befanden. Nach Erlangung der Beute ließ der Täter von dem Überfallenen ab und sprang während der Fahrt aus dem Zuge. Nunmehr zog der Überfallene die Notbremse, worauf der Zug anhält.

Der Täter ist bei dem Sprung aus dem in größter Geschwindigkeit fahrenden Zug gestürzt und liegen geblieben. Er wurde von Eisenbahnbeamten aufgefunden und mit dem nächstfolgenden Personenzug nach Leipzig transportiert. Hier erfolgte seine Ueberführung nach dem Krankenhaus St. Jakob. Da aber keine Verletzungen sich nicht als so schwer herausstellten, wurde er festgenommen und dem Kriminalamt zugewiesen.

Der Überfallene ist nach Anlegung von Notverbänden in seine Wohnung entlassen worden. In dem Täter wurde der 21 Jahre alte Arbeiter Alfred Rosmella, in Wurzen, Kreis Oppeln, geboren, aufnehmend wohnungslos festgestellt. Er bestreitet die Tat und gibt an, daß er von Hamburg gekommen sei und nicht wisse, wie er aus dem Zuge gefallen sei. Er gilt als überführt, da das Portemonnaie mit den 14 Mark bei ihm noch vorgefunden wurde. Das aus der Brieftasche geraubte Geld wurde am Tatort wiedergefunden. A. wird zunächst dem Amtsgericht Leipzig zugeführt.

WZ. Für die morgige Postkennung im Alten Theater, Der Held des Westerlandes, sind noch Karten zu haben.

Ein neuer Strahenzug Schleusig-Connewitz

Durch die schon vor Jahren erfolgte Einziehung der Eisenbahnlinie der früheren Plagwitz-Connewitzer Strecke ergibt sich die Möglichkeit, den Bahnhöfer zu einem Strahenzug von Schleusig nach Connewitz auszubauen. Es ist auch wiederholt Verhandlung mit der Reichsbahndirektion über die Rückgabe dieses Geländestreifens an die Stadt geführt worden. Vor einiger Zeit stimmten die Stadtverordneten bereits einem Vertragsentwurf zu, der diese Angelegenheit zwischen Reichsbahn- und Stadtverwaltung regeln sollte. Die Hauptbahnverwaltung der Reichsbahn hat aber gegen den Vertragsentwurf Einwände erhoben, und die Reichsbahndirektion Dresden angewiesen, neue Verhandlungen mit der Stadt zu führen. Die Stadtverwaltung rechnet aber mit dem Rückfall des Geländes an die Stadt, und empfiehlt die Möglichkeit der neuen Verkehrsverbindung zwischen Schleusig und Connewitz zu nutzen und den seit langem sehr ermäßigten Strahenzug von der Zahnstraße nach der Kaiserin-Augusta-Straße oder nach der Roburger Straße unter Benutzung des alten Bahnhöfers zu schaffen. An Stelle der Eisenbahnbrücke müsse über das neue Elsterbett eine neue Brücke gebaut werden. Außerdem sei es zweckdienlich, am östlichen Ufer des Flußbettes eine Rampe zur Verbindung mit dem Linienfahrweg zu errichten. Der Brückenbau an der nach der alten Planung vorgesehenen Stelle könne dann unterbleiben. Da der Brückenneubau nach überprüften Ermittlungen 385 000 Mark kosten werde, sei aber zweckmäßig, zunächst einmal einen provisorischen Bau für fünf Jahre herzustellen. Die Kosten dafür könnten aus der Bewilligungssumme für die Hochwasserregulierung bestritten werden.

Tagung von Lehrern für Arbeiterbildung

Die Wissenschaftliche Arbeitsstelle der Volkshochschule Leipzig veranstaltet vom 12. bis 14. Oktober in den Räumen der „Schule der Arbeit“, Schleusig, Elsterstraße 24, eine Tagung der Lehrer an Arbeiterbildungsanstalten.

Referenten:

H. Schürer, Berlin (Arbeiterbildungskurse an den Berliner Elektrizitätswerken).

E. Graf, Dürrenberg (Schule des Metallarbeiterverbandes, Dürrenberg).

A. Reichwein, Jena (Volkshochschulheim).

E. Kölling, Berlin-Schmargendorf (Staatliche Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung).

Erk Kölling, Frankfurt a. M. (Akademie der Arbeit).

R. Löwenstein, Berlin (Arbeiterabruorientierungskurse).

Beginn 12. Oktober, 9 Uhr. Interessenten werden gebeten, sich an die Wissenschaftliche Arbeitsstelle Leipzig-Schleusig, Elsterstraße 24, zu wenden.



## Wo ruft die Pflicht?

Schule.

Treffen in Wurzen am 14. Oktober. Die noch fehlenden Schulen bei der Anmeldung und Bezahlung des Fahrgeldes müssen bis Sonnabend, den 6. Oktober, das Verbleibende beim nächsten Eisenratszentrale.

Funktionäre.

Connewitz. Beisitzerer heute Donnerstag und morgen Freitag Markt. Ausgabe bei Gen. Waecher. — Meldungen für den am Montag, dem 8. Oktober, in der Goldenen Krone benennenden Kurjus Petre. Die Entwicklung in Natur und Gesellschaft, sind beim Gen. A. Herzog, Connewitz, Probitheider Straße 36, pt., abzugeben.

Wölkern. Morgen Freitag, den 5. Oktober, 20 Uhr, im Heim, wichtige Funktionenabgabe.

Frauen

Gohlis. Dienstag, 9. Oktober, 20 Uhr, im Radau-Ausschank, Vch. bildvortrag der Genossin Voldt: Unsere Wienerreise.

Kleinshöfcher. Wir treffen uns Sonntag, den 7. Oktober, 10.30 Uhr, auf dem Cautzfelder Markt zur Besichtigung des Krüppelheims Humanitas.

Jungsozialisten.

Zentrum. Freitag, 5. Oktober, spricht Genosse Kurt Hilbig im Löpferheim über das Erfurter Parteiprogramm.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Inaerer Osten. Wer sich an einer Tageswanderung nach Meckern am Sonnabend, dem 6. September beteiligt, muß sich sofort bei der Genossin Dezer, Ludwigstraße 64, oder beim Genossen Lorenz, Volkszeitungsfiliale, melden. Kinder von Parteigenossen sind willkommen. Treffpunkt 7.15 Uhr am Volksmarsdorfer Markt. Fahrgeld 60 Pfa. — Donnerstag, den 11. September Helferleistung in der Bibliothek.

Inaerer Osten (Schönefeld, Osten I und II). Zum Herbstfest für die Jugendweihlinder trifft sich der Bezirk 14 Uhr auf dem Stephanplatz. Rote Fahnen mitbringen. Die Eltern wollen sich recht zahlreich beteiligen.

Osten II. Wir spielen alle Freitag von 17 Uhr an auf der Wiese im Stünzer Park.

Wuppisch. Freitag, 10.30 Uhr, im Schwarzen Jäger, kleiner Saal, Elternversammlung.

Curtzisch. Freitag, 8.30 Uhr, am Schmudplatz. Wir gehen in den Zoo.

Neiden II. Montag Helfer 17.30 Uhr bei Heschel.

Mitglieder-Veranstaltungen

Mt-Leipzig. Westen II. Freitag, 5. Oktober, 20 Uhr, im Frankfurter Torhaus, Kolonnade, Vortrag des Gen. Fuchs: Was geht an der Börse vor? Wir erwarten, daß alle unsere Genossen und Genossinnen erscheinen.

Gohlis. Die Einzelmeldungen für alle Kurse liegen aus in der Vch-Filiale, Lindenthaler Straße, und Sonnabend von 19 bis 20 Uhr, in unserer Bibliothek, Elisabethstraße.

Wölkern. Anmeldungen zu den Kursen von Unterbezirksbildungsausschuss nimmt entgegen A. Marks, Bohlenstraße 6, II (Siehe Volkszeitung vom 29. September 1928).

Großschöcher. Morgen, 20 Uhr, im Lindengarten, Mitglieder-versammlung. Gen. Rich. Böhler spricht über: Unsere Einverleibung und was sie uns gebracht hat.

Zwenkau. Sonnabend, den 6. Oktober, 20 Uhr, veranstaltet die Leipziger Jugend einen Heiteren Abend, wozu alle Parteigenossen mit ihren Familien herzlich eingeladen sind.

Der Vorstand der SPD.

## Anfälle in Leipzig

Gestern, gegen 18 Uhr, wurde der 34 Jahre alte Kraftschaffner Franz Schulze von seiner von der Arbeit zurückkehrenden Ehefrau in der Zeit liegend im aufgefunden. Vermutlich hat Schulze früh im Bett liegend beim Licht der Gaslampe die Zeitung gelesen, nachdem die Lampe verloscht und hierbei den Gasbehälter der Lampe nicht richtig verschlossen, so daß es an Gasvergiftung starb.

Zusammenstoß. Gestern, gegen 18 Uhr, ist in der Mühlentstraße in Wahren ein Kraftwagen mit einem Personenkraftwagen zusammengefahren. Hierbei ist der Kraftwagen vom Rad gestürzt und hat sich an beiden Knien leichte Hautabrisse zugezogen.

Ein Hausmann verfolgt einen Einbrecher und stirbt. Gestern abend wurde Ede Hofer und Fuchshainer Straße in ein Schloßladengeschäft eingebrochen. Der Einbrecher wurde vom Hausmann bei der Arbeit überrascht und entflohen. Auf der Verfolgung wurde der Hausmann in einem Neubau an der Ecke der Hofer und Stütter Straße vom Herzschlag getroffen und verstarb.

Volkshochschulheim Stieglitzstraße. Vom Volksbildungsamt wird mitgeteilt: Das Volkshochschulheim von Frau Gertrud Hermes hält am 13. Oktober keine Eröffnungsfest in den neuen Räumen des Heimes Leipzig-Schleifh. Stieglitzstraße 24, ab. Beginn 19.30 Uhr. Schüler und Freunde des Heimes sind eingeladen.

Die Leipziger Bautechnischen Vorlesungen beginnen am 15. Oktober wieder in der Staatsbauhau, Leipzig S. 3, Kaiserin-Augusta-Straße 32. Die Vorlesungen bieten best. Gelegenheit zur Erweiterung und Vertiefung der Bildung des Bauhandwerkers. Gelesen wird über: Neuzzeitliche Holzbauteile; Stahl und Festigkeitslehre; Eisenbetonbau; Aus der Praxis des modernen Städtebaues; Baugewerkschaften; Rechtliche und wirtschaftliche Tagesfragen des Baugewerbes; Zwei Arbeitgemeinschaften über wirtschaftliche und rechtliche Themen; Beschäftigungen und Erläuterungen hervorragender Gebäude. — Weitere Einzelheiten sind aus dem Vorlesungsverzeichnis zu erfahren, das im Geschäftszimmer der Staatsbauhau kostenlos abzugeben wird.

# Private oder städtische Krankenschwestern

## Gehaltsbestimmung aus Nächstenliebe

Raum hatte die Stadtverordnetenversammlung begonnen, da säutele es Sturm von allen Zinnen des Tempels. Schon seit langem fordert die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion, das immer unhaltbarer werdende Verhältnis zwischen Rat und Albertzweigverein zu lösen. Der Albertzweigverein stellt die Schwestern des Krankenhauses St. Georg. Im Krankenhaus St. Jakob dagegen sind, wie es sich gehört, Schwestern tätig, die im Angestelltenverhältnis zur Stadt stehen. Der Albertzweigverein stellt die Schwestern natürlich nicht aus allgemeiner Menschlichkeit, sondern klagenden Lohnes willen. Er erhält dafür von der Stadt 365.000 Mark, selbstverständlich zur Entlohnung der von ihm gestellten Schwestern. Und zwar zahlt die Stadt für die Albertiner-Schwestern dieselben Gehaltsätze, die die Schwestern in St. Jakob erhalten. Aber der Albertzweigverein fühlt sich nicht veranlaßt, seinen Schwestern diese Gehälter auszuzahlen. Dreißig Prozent der ihm zugewiesenen Gehältersumme verwendet er für „bessere Zweck“. So kommt es dahin, daß die „Albertinerinnen“ nur 50 Mark erhalten für eine Arbeit, die die Stadt mit 86 Mark bezahlt.

Diesem Zustand will die sozialdemokratische Fraktion ein Ende machen. Deshalb ihr wiederholtes Verlangen, das Verhältnis mit dem Albertzweigverein zu lösen. Der Rat aber erwiderte, das geht nicht, weil die Stadt nicht mit einem Schlage die Zeit vom Albertzweigverein gestellten Schwestern zu ersetzen vermag. Daraufhin beantragten unsere Genossen im Stadtverordnetenkollegium, die Schwesternschule im Krankenhaus St. Jakob zu vergrößern, um so in baldige einen ausreichenden Stamm von freien Schwestern zu erhalten. Auch das lehnt der Rat ab. Damit beweist er, daß die von ihm vorgebrachten Gründe vom mangelnden Ersatz nichts als Fäulnis waren. Natürlich hat er jetzt wiederum seine „Gründe“.

## Unsere Winterarbeit beginnt

Sonntag, den 7. Oktober, im Kaufhauscafé, Neumarkt. Eintritt 0.20 Mark für Jugendliche.

Lied und Geselligkeit

Genossin Anna Gieseler spricht. Die Sozialistische Arbeiterjugend wirkt durch ihren Chor mit.

Die jungen Profetierler lobet ein Jugendkartell der Arbeiterorganisationen.

„Die zur Vergrößerung der Schwesternschule notwendigen Räume können nicht beschafft werden.“ Aber auch diese Gründe sind Fäulnis. Der Rat will nicht. Das ist alles. Er hat es sogar abgelehnt, durch eine Abstimmung unter den Albertinerinnen feststellen zu lassen, ob sie bereit sind, nach Lösung des Verhältnisses mit dem Albertzweigverein in direkten städtischen Dienst zu treten. Er sabotiert also jeden Versuch, die von der Stadt für Schwesterndienste ausgezahlten Gelder auch wirklich denen zuzutreiben zu lassen, die diese Dienste leisten.

Genosse Krieg nahm in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung, die sich mit diesem Verhalten des Rates zu beschäftigen hatte, Veranlassung, den Skandal gehörig aufzuklären. Aber da hatte er ins Wespennest gestochen. Der wirtschaftspolitische Dr. Buchbinder trat ihm mit einem ungeheuren Aufwand an Lungenkraft entgegen. Um die Durchschlagkraft seiner Argumente stand es freilich außerordentlich armützlich. Dennoch: auf Rat und Rechte machte seine Attitude den freudigsten Eindruck. Alles schmunzelte, als er seinem Temperament die Zügel schleichen ließ und dem Genossen Krieg, ohne auf den Kern der Sache einzugehen, hehrliche Absichten ohne sachlichen Grund vorwarf. Nach diesem Bombenerfolg füllte auch Herr Börner seine parteipolitische Schindmäre. Sachlich war er noch armseliger als Dr. Buchbinder. Das kam ihm offenbar selbst zum Bewußtsein, als der Demokrat Lehmann, der als gewerkschaftlicher Vertrauensmann die Verhältnisse in der albertinischen Domäne kennen zu lernen Gelegenheit hatte, darlegte, 76 Prozent der Albertiner-Schwestern und viele bereits aus dem Albertzweigverein Ausgetretene würden mit Freunden in städtische Dienste treten. Der Rat schwieg. Selbst das breite Schmunzeln aus den köstlichen Minuten der Dehnbuchbinderzeit verstummt. Schließlich wurde beschlossen, den Vertrag mit dem Albertzweigverein zu kündigen. Das weitere wird sich finden.

Dann gab's noch zwei kleine Debatten. Eine über die Verlehrswoche und eine über die Erstellung von Schankkonzession an Schreiber- und Sportvereine. Die Gastwirtsinteressenten machten den Schreibervereinen und Sportorganisationen den Vorwurf, sie förderten mit ihren Kantinen nur den Alkoholisimus und den Ruin

der Familien. Natürlich „nebenbei“ auch den Untergang des Gastwirtsbetriebes. Die Gegnerschaft der Gastwirte können wir verstehen. Aber die Art und Weise, wie sie ihre aus Konkurrenzgründen gegebene Gegnerschaft mit dem Gewand des Priesters am Altar des Antialkoholisimus drapieren, war so köstlich, daß wir sie gefondert unter die Lupe nehmen müssen.

## Der Verhandlungsbericht

### Die Schwesternschule

Es wird verhandelt über eine Rückübernahme des Rates wegen Vergrößerung der Schwesternschule (St. Jakob) bzw. Kaufbau einer eigenen Schwesternschule, und 2. Uebertritt von Albertinerinnen in städtische Dienste. Ferner über eine Rückübernahme des Rates wegen Ausbildung der Lehrkräfte des Kinderkrankenhauses. Der Wohlfahrts- und Verfassungsausschuss beantragte: zu 1. auf dem Beschluß vom 11. Oktober 1928 festzuhalten.

Stadt. Krieg (SPD): Wir verfolgen ganz beharrlich das Ziel, die bestehenden Zustände in St. Georg zu ändern. Sogar unter einer bürgerlichen Mehrheit ist hier beschlossen worden, den Vertrag mit dem Albertzweigverein zu lösen. Der Rat lehnt es aber ab, eine freie Schwesternschule zu schaffen. Für uns ist es ein Übel, daß die Stadt in Sachen der Schwesternschule in einer städtischen Anstalt nichts zu sagen hat. In St. Georg erhält eine Schwester 50 Mark, in St. Jakob aber 86 Mark monatlich unter sonst gleichen Umständen. In St. Georg werden die Schwestern schrankenlos vom Albertzweigverein ausbeutet. Wir wenden uns dagegen, daß für den Albertzweigverein städtische Mittel verschleudert werden und verlangen die Lösung des Vertragsverhältnisses. Dafür werden auch die Schwestern zu haben sein. Wir beantragen zu Punkt 2 der ersten Rückübernahme des Rates, Kenntnis zu nehmen und zu der zweiten Rückübernahme ebenfalls auf den früheren Beschlüssen festhalten zu bleiben.

Stadt. Dr. Rood (Aufw.) tritt dem Standpunkt des Rates bei. Die Linke wolle nur aus weltanschaulichen Gründen das Vertragsverhältnis mit dem Albertzweigverein lösen.

Stadt. Dr. Buchbinder (Wirtschaftspol.) sehr erregt: Man will den Albertzweigverein nur kaputt machen, weil es sich um einen reißigen Verein handelt. Die Angriffe sind vollkommen unbegründet, zumal die linke Seite nicht über die nötige Sachkunde verfügt. In beiden Krankenhäusern kommt auf die gleiche Anzahl von Kranken ungefähr die gleiche Zahl von Schwestern.

Stadt. Börner (Wirtschaftspol.) unterstützt die Ausführungen des Rednerers und wendet sich gegen die „Reihe gegen den Albertzweigverein“.

Stadt. Schmidt II (APD) erklärt die Behauptung des Rates für haltlos, daß es an genügend Räumen für die Schwestern fehle. Der Redner spricht dann gegen die sozialdemokratische Fraktion. Am Freilich ist nur das häufig wiederkehrende Wort Panzerkreuzer verständlich.

Stadt. Lehmann I (Dem.): Der Stadtverordnete Börner lehnt sich deshalb so heftig für den Albertzweigverein ein, weil es sich um eine deutungslose Angelegenheit handelt. Wenn die Schwestern in städtische Dienste übergeführt werden sollten, so ist damit zu rechnen, daß mindestens 75 Prozent von ihnen sofort in städtische Dienste übertreten würden. Auch eine ganze Anzahl von Schwestern, die aus dem Albertzweigverein ausgetreten sind, erklärt sich bereit, zurückzutreten; wenn die Schwestern in städtische Dienste übergeführt würden.

Stadt. Scheller (APD) stellt den Antrag, den Vertrag mit dem Albertzweigverein zum nächsten Termin zu lösen. Die Ausschuhantträge und die Anträge der SPD und APD werden angenommen.

## Schankgenehmigung an Vereinhäuser

Bei der Beratung über die Rückübernahme des Rates über die Erteilung der Schankgenehmigung an Vereinhäuser entsteht eine längere Debatte. Der Betriebsausschuss beantragt, zu beschließen, daß den Vereinen, die um Schankgenehmigung nachsuchen, diese zu gewähren ist.

Stadt. Herrmann (APD) als Berichterstatter empfiehlt die Annahme des Ausschuhanttrages.

Stadt. Dr. Nitzsche: Für Erteilung der Konzession kommt nur der Rat in Frage. Deswegen könne er dem Beschluß der Stadtverordneten, würde er nach der Tagesordnung angenommen, nicht nachkommen. Wenn der Rat im Sinne dieses Beschlusses arbeiten würde, würde er wohlwollend für den Ausschuhbescheid fürgeht, zumal sich der Sächsischer Gastwirtsverband beschwerdeführend an das Ministerium gewendet habe.

Stadt. Sasse (Wirtsch.) bittet, den Antrag abzulehnen und stellt dann einige Anträge.

Stadt. Dr. Kunath (APD) lehnt den Antrag ebenfalls ab.

Stadt. Schubert (SPD): Wir empfehlen den Stadtverordneten, doch einmal die Vereinhäuser der Turn- und Sportvereine zu besuchen. Diese Vereine hätten Werte in Höhe von 10 Millionen Mark gekostet. Von dieser Summe haben die Vereine ganze 747.000 Mark vom Staat erhalten. Wenn diese Vereine Geld brauchen, so müssen sie Kredit in Anspruch nehmen und hohe Zinsen zahlen. Aus Beiträgen allein können jedoch diese Ausgaben nicht aufgebracht werden. Wo schöne Sportplätze entstanden sind, müssen auch Unterhaltungsarbeiten geschaffen werden. In diesen Unterhaltungsarbeiten können sich alle Vereinsmitglieder aufhalten, ohne etwas zu bezahlen, während die Gastwirte nur Gäste gebrauchen können, die etwas bezahlen. Wenn sie den Vereinen also wirklich helfen wollen, so stimmen sie dem Ausschuhanttrag zu.

Stadt. Dr. Herz (Dem.) stellt zwei Uänderungsvorschläge: 1. Kenntnis zu nehmen, 2. den Rat zu eruchen, den Vereinen, die um Schankkonzession nachsuchen, diese nur nach genauer Prüfung der Bedürfnisfrage zu gewähren.

Stadt. Frenzel (SPD): Nach den Darlegungen des Stadtrats Nitzsche ist nicht zu erwarten, daß der Rat den Ausschuhanttrag ausführt. Um aber die Angelegenheit nicht zu verzögern, bitten wir



# Drei Stück Kuchen und noch mehr

kann Ihr kleiner Junge an einmal von diesem schönen Kuchen essen; denn er ist mit Dr. Oetker's Backn-Backpulver gebacken und darum so locker und schmackhaft und für den kleinen Magen so leicht verdaulich. — Wie Sie mit Dr. Oetker's Backn-Backpulver und mit wenig Aufwand oft im Monat solch schönen Kuchen und hunderterteil andere leckere Sachen backen können, sagt Ihnen das neue Oetker-Rezeptbuch, Ausgabe F, das für 15 Pfennig in allen einschlägigen Geschäften zu haben ist. Sie erfahren aus dem Buche auch Näheres über den vorzüglich. Backapparat „Küchenwunder“, mit dem Sie auf kleiner Gaskocherflamme backen, braten und kochen können. —

In völlig neuer Bearbeitung ist

Dr. Oetker's Schulkochbuch,

Ausgabe C wieder erschienen. Es will für jede Hausfrau unbesonders für die angehenden ein guter Ratgeber in der Haushaltsführung sein. Zahlreiche farbige Tafeln vervollständigen die Sammlung von fast 600 Koch-, Back- und Einmacherezepten. Das 150 Seiten starke Buch ist, wo nicht vorrätig, gegen Einsendung von 30 Pfennig in Marken von mir direkt zu beziehen.

Sie erhalten Dr. Oetker's Fabrikate nur in Originalpackungen, niemals lose, mit der Schutzmarke „Oetker's Hellskopf“, in allen einschlägigen Geschäften.

Dr. August Oetker, Bielefeld.



Sie, den Antrag dahingehend abzuändern, daß er in Erfahrungsform gestellt wird.

Bei der Abstimmung werden der Tagesordnungsantrag und alle anderen gestellten Anträge abgelehnt, der Antrag Frenzel angenommen.

### Die Leipziger Woche

Stadt. Entf. (Wirtschaftspol.) erstattet Bericht über eine Ratvorlage, die die Bewilligung einer Garantiesumme bis zu 10 000 Mark zur Durchführung der Leipziger Woche und 4200 Mark als Beauftragungslohn für städtische Gebäude während dieser Woche beantragt. Die Leipziger Woche soll „die allgemeine Aufmerksamkeit in treffender Form auf die Bedeutung Leipzigs in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung lenken“. Die Ausschüsse beantragen Zustimmung zu der Vorlage.

Stadt. Defese (SPD) erklärt für seine Fraktion, daß sie die Vorlage ablehnt. Er macht die Anregung, an Stelle der städtischen Gebäude das Seebadviertel zu beauftragen.

Stadt. Frenzel (SPD): Die sozialdemokratische Fraktion wird der Vorlage zustimmen. Sie ist der Auffassung, daß auch die Stadt Leipzig etwas auf dem Gebiete der Verkehrsverbesserung zu tun hätte. Wir beantragen jedoch, daß an die Zustimmung die Maßnahme geknüpft wird, daß die Garantiesumme von 10 000 Mark nicht überschritten wird.

Stadt. Dr. Reiste: Die kommunistische Fraktion im Berliner Stadtparlament nimmt eine ganz andere Haltung ein als die Leipziger.

In der Abstimmung wird der Vorlage und dem Antrag Frenzel zugestimmt.

### Es bläst der Trompeter . . .

Zu einer Anfrage des Stadt. Frenzel über das Choralbläser vom Wahrenen Rathaussturm erklärt der Rat, daß der Rat von der jedesmaligen Vorlegung des Programms abgesehen, da er nicht geklärt habe, daß sich jemand durch die Melodie eines Choralen verleiht fühlen könnte. In der sehr lebhaften Diskussion erklärt:

Stadt. Frenzel, daß die SPD dem Rat die Gelegenheit geben werde, zu beweisen, ob er auch proletarischen Organisationen das gleiche Recht wie den Choralbläsern zuerkennen.

Stadt. Schmeißer (KPD) parzerrenziert, während Stadt. Dr. Hilpert (Wirtschaftspol.) sich in eine für die Konfessionsbrüder allzu übermäßig christliche Effekte gegen die Gefahren des Volkswesens hineinredet.

Volkshochschule Leipzig. Im Frauenkloster, Königsstr. 20, hat ein russischer Sprachkurs für Anfänger begonnen, in den noch einige Teilnehmer aufgenommen werden können. Der Kursus findet freitags, von 19 bis 21 Uhr, statt. Weiterhin läuft Dienstags, von 19 bis 21 Uhr, ein russischer Sprachkurs für Fortgeschrittene, in den ebenfalls noch einige Teilnehmer mit Vorkenntnissen aufgenommen werden. Leitung des Kurses: Th. Klein. Anmeldung im Kursus, Teilnehmergebühr monatlich 1 Mark, für Erwerbssolche unentgeltlich.

Strassenbahnlinie 22. Wegen Strassenbauarbeiten am Kuchenparken muß heute von 22 Uhr an auf der Linie 22 der durchgehende Betrieb eingestellt werden. Die Wagen fahren von dieser Zeit an bis Betriebschluss vom Südfriedhof her bis zu der auf dem Rampe der Niederbrücke liegenden Netze und von Schönefeld her bis in die Würzner Straße.

Volkshochschule. Englischer Sprachkurs für Anfänger. Am Donnerstag, dem 4. Oktober, 19 Uhr, beginnt in Leipzig-Lindenau, 42. Volkshochschule, Friesenstraße 8, ein englischer Sprachkurs für Anfänger (Leiter Karl Kötter). Teilnehmergebühr monatlich 1 Mark, für Erwerbssolche unentgeltlich. Anmeldung im Kursus.

Mitarbeit der Leipziger Jugend. Die Ortsgruppe Leipzig des Verbandes für Deutsche Jugendherbergen bittet um Aufnahme folgender Notiz: Die Oktobernummern unserer Zeitschriften Die Jugendherberge und der Sächsische Jugendwanderdienst sind eingetroffen. Wir bitten alle Leipziger Jugendgruppen, uns für kommenden Donnerstag, den 4. Oktober, Helfer zu entsenden, damit wir die Zeitungen verhandelt machen und sie den Mitgliedern pünktlich zustellen können. Unsere Geschäftsstelle befindet sich im Städtischen Jugendheim, Leipzig-Mitte, Töpferstraße 2, Erdgesch., linke Haustür.

Elternräte der 42., 43., 44., 45., 46. und 57. Schule. Zum Herbstfest der Jugendweihelinder am 7. Oktober richten die Schulen ihre Abmarschzeiten so ein, daß der Abmarsch geschlossenen pünktlich 14,15 Uhr vom Restaurant Stadt Altendurg, Lindenauer Markt, erfolgen kann. Die 47., 48. und 49. Schule stellen an der 47. bzw. 48. Schule und schließen sich im Vorbeimarsch an. Sorgt für guten Besuch.

### Bolzelnachrichten

Schwer gasvergiftet. Heute, Freitagmorgen, in der dritten Stunde wurde in dem Grundstück Flaquwiler Straße 8 die 33 Jahre alte Hausangestellte Elise Pfeifer in der Küche bewußtlos gasvergiftet aufgefunden. Vermutlich hat sie bei ihrer Rückkehr von ihrem Ausgange auf dem Gasthof noch etwas toten wollen und wird sich dann abwartend auf einen Stuhl neben den Gasthof gesetzt haben. Sie wird eingeschlafen oder von einem Unwohlsein befallen worden sein und dann beim Sturz von dem Stuhle den Gasstoß eingeatmet haben, so daß das Gas frei entströmen konnte. Die Feuerwehr stellte sofort nach Auffinden der Verunglückten Wiederbelebungsvorkehrungen mit einem Sauerstoffapparat an, der auch von Erfolg war. Die Hausangestellte wurde darauf nach dem Krankenhaus St. Georg gebracht.

### Gewerkschaftliche Bildungsarbeit

#### Von der Sparte zur Gemeinschaft

Dem nächsten Vertretertag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker vom 24. bis 28. September im Verbands- hause in Berlin ging eine festliche Versammlung im Herrenhause voran.

Der Bildungsverband kann auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken.

Seine für die organisierten Buchdrucker und für die allgemeine Buchkultur in gleicher Weise nützliche Tätigkeit wurde in mehreren festlich gestimmten Ansprachen gewürdigt und in zahlreichen Glückwunschsadressen betont.

Drei Tage lang beschäftigte sich die Konferenz mit der Tätigkeit des Verbandes in den letzten Jahren und mit den Plänen für die Zukunft. Den Vorstandsbericht gab Genosse Drescher. Sein mehrstündiges Referat entrollte ein kräftig gemaltes Bild von der immer größer werdenden Tätigkeit des Bildungsverbandes. Die von ihm hingeworfene großzügige allgemeine Skizze wurde von mehreren Referenten in sorgfältiger Darstellung der Einzelheiten ausgeführt.

Ueber die Typographischen Mitteilungen und den Jungbuchdrucker sprach Genosse Artur Grams, über den Graphischen Betrieb Georg Dörbans, über den Sprachwart Friedrich Oberüber. Die zentralen Wettbewerbe behandelte der Kollege Karl Koch, Hamburg, die Fortbildungsbestrebungen im Bildungsverbande, die Fernkurse, Vorträge, das Lichtbildwesen und die Kundsendungen erörterte Emil Ramiel. Der Verlag des Bildungsverbandes und der Buchmeister-Verlag wurde in einem Vortrag des Kollegen Alfred Hillmer eingehend besprochen. Alle Referenten

konnten über eine günstige Entwicklung der ihnen anvertrauten Unternehmungen berichten, und die stets zahlreich geführte Diskussion nach jedem Thema bezeugte, daß die Vertreter der Organisationen im Reich keine Ursache hatten, abfällige Kritik zu üben und über unerfüllte Wünsche zu klagen.

Neben diesen geschäftlichen Referaten war genügend Raum gelassen worden für die

### Erörterung berufswissenschaftlicher Probleme.

Ueber „Grundrissliches zur neuen Topographie“ referierte Kollege Albinus, Frankfurt am Main, und über „Fachschule und Lehrlingswesen“ Kollege Fischer, Nürnberg. Die Diskussion zu diesen beiden Fragen war lebhaft und verriet das große Interesse der versammelten Vertreter an beiden heute noch umstrittenen Angelegenheiten. Besonders eifrig debattiert wurde über das Wesen der neuen Topographie, aber auch über die Bedeutung der Fachschulen und über die immer mehr vernachlässigte Lehrlingsausbildung, der die täglich größer werdenden Anforderungen der Prinzipalität gegenüberstehen. Die hierzu gestellten Anträge fanden einstimmige Annahme.

Die vom Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker getragene

### Büchergilde Gutenberg.

Die Buchgemeinschaft aller Schaffenden, wurde im letzten Drittel der Tagung behandelt. Ein Referat des Genossen Erich Knau, Berlin, ließ ein großzügiges literarisches Programm erkennen, das begeisterte Zustimmung fand. Den Höhepunkt der Tagung bildete ein Vortrag des Genossen Dr. Karl Schröder, Berlin, über „Arbeiterbildung und Arbeiterdichtung“.

Die Beschlusfassung über die Anträge wurde im Sinne des Hauptantrages erledigt, und die Wahl der geschäftsführenden Vorstandemitarbeiter, Schriftleiter und Sekretäre erfolgte debattelos und einstimmig. Genosse Drescher konnte die Konferenz mit einem hoffnungsvollen Ausblick auf die Tätigkeit in den nächsten Monaten und Jahren beenden.

Am Donnerstag versammelten sich noch einmal die an der Konferenz beteiligten gewählten Vertreter der ausländischen Bildungsverbände zu einer Aussprache. Der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker hat jetzt nach dem Kräfte damit begonnen, die ähnlich orientierten Verbände benachbarter Staaten zu gemeinsamer Arbeit anzuregen. Von Jahr zu Jahr ist das Interesse an diesem freundschaftlichen Schaffen gewachsen, und heute kann bereits von einer

### Internationale der Buchdrucker-Bildungsverbände

gesprochen werden. Diese Internationale auszubauen, wird eine der nächsten Aufgaben des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker sein, dem alle freigeistlichen und am Gebilde einer proletarischen Kultur mitarbeitenden Organisationen für die Zukunft eine glückliche Fortsetzung der so hoffnungsvoll begonnenen Entwicklung wünschen.

### Das Erdölabkommen nicht fertig

SPD Berlin, 3. Oktober.

Die im Laufe der letzten Wochen zwischen den englischen, amerikanischen und russischen Petroleumgruppen geführten Verhandlungen sind ergebnislos abgebrochen worden. Die Verhandlungen waren auf Vorschlag der russischen Gruppe hin begonnen worden und zielten auf die Festlegung eines Weltmarktpreises und einer Aufteilung der Weltmärkte hin. Die Verhandlungen scheiterten, weil die Russen sich weigerten, die von den englischen und amerikanischen Gruppen als Kompensation für die Beschlagnahme der früher in ausländischem Besitz befindlichen russischen Petroleumfelder geforderten 5 Prozent zu zahlen.

### Stellenangebote

Für sofort werden gesucht:

Mehrere geübte

Fadenhefterinnen

Drahthefterinnen

Goldaufträgerinnen

Automatenfalterinnen

Maschinenfalterinnen für Handanlage

Luxuskartonnagenkleberinnen

Mit Wohnungsmeldeschein und Arbeitszeugnissen von 8-15 Uhr zu melden.

Arbeitsamt Leipzig Fachabteilung für den Buchbindereigewerbe, Wächterstraße 26, Hof, I. Etg.

Mehrere geübte

Schokoladenpackerinnen

bis zu 20 Jahren

und eine größere Anzahl

Arbeiterinnen

für Kekse und Waffeln, im Alter von 16-18 Jahren,

werden für sofort gesucht. Mit Wohnungsmeldeschein

und Arbeitszeugnissen von 8-13 Uhr zu melden bei dem

Arbeitsamt Leipzig

Fachabteilung für die Süßwarenindustrie

Münzgasse 24, Hof, I. Etage

Messermacher  
für Seigtellmaschinen

ledig, zum sofortigen Eintritt  
nach außerhalb gesucht. Bedingung  
Anerkennung und leibständige  
Arbeiten. Angebote unter K 2438  
an Ala 1, Lorenzstein & Vogler, Chemnitz

Interate  
die  
pedition zu senden

Gesucht werden  
Pferdeställe  
für 3 Pferde

getrennt oder zusammen  
Volkshaus GmbH, Leipzig,  
Reiner Str.

Hiermit nehme ich,  
Beleidlung des  
H. Ernst Kramer als  
unwahr zurück.  
R. Karl Neide.

Wir suchen für unsere Geflügel-  
und Wildabteilung per sofort  
einen perfekten

Geflügel-Burschen

Personl. Vorstellung mit Original-  
zeugnissen von 9-11 od. 16-18 Uhr  
in unserem Personalbüro erboten

Th. Althoff

Inh. Rud. Karstadt A.-G.

Wir suchen für unsere Abtl. Kokillengießerei 1. Day, mehr. Wocht.  
Kokillengießer

b. gut. Lohn. Led. werd. bevorzugt.  
Angebote unter N. N. 5016 beibringt  
Rudolf Mosse, Nürnberg.

### Diverses

Man spricht schon  
darüber . . .

daß die Herstellung eines modern  
Anzuges oder Mantels nur

Mk. 29.-

einschließlich aller Zutaten aus  
ihren mitgebrachten Stoffen kostet.

Verarbeitet. II 37.-

Auch Sie können sich ele-  
gant und doch billig kleiden.  
Kommen Sie zu uns!

Jakobstraße 6

am Alten Theater

# BEKANNTMACHUNG

Die beiden Firmen  
LINDA-GESELLSCHAFT  
FÜR KONDENSIERTE MILCH & KINDERMehl M. B. H.  
NESTLE  
ERZEUGNISSE  
und  
OTTO & QUANTZ SCHOKOLADENWERKE A.-G.  
PETER CAILLER KOHLER

haben sich zusammengeschlossen und führen ihre Betriebe  
ab 1. Oktober 1928 gemeinsam unter der Firma

## DEUTSCHE AKTIENGESELLSCHAFT FÜR NESTLE

ERZEUGNISSE  
LINDAU/Bodensee  
Verkaufszentrale: BERLIN W57

Von der neuen Firma werden hergestellt und vertrieben:

- KINDERNÄHRMITTEL  
NESTLE'S Kindermehl  
NESTLE'S »Milo«-Mehl  
»ELEDON«, Bittermilch in Pulverform
- KONDENSIERTE MILCH  
Marke »Milchmädchen«, gezuckerte Alpenvollmilch  
Marke »Milchmädchen«, ungezuckerte Alpenvollmilch  
Marke »IDEAL«, ungezuckerte Alpenvollmilch
- SCHACHELKÄSE OHNE RINDE  
Erster und Original-Emmentaler ohne Rinde, Marke  
»ALTSCHWEIZER« der Firma Gerber & Co. A.-G.,  
Thun (Schweiz)
- Emmentaler ohne Rinde, Marke »IDEAL«
- SCHOKOLADEN UND PRALINEN  
NESTLE'S Schokoladen und Pralinen  
GALA PETER Milchschokoladen  
CAILLER Schokoladen und Pralinen  
KOHLER Schokoladen und Pralinen

DEUTSCHE AKTIENGESELLSCHAFT FÜR

## NESTLE

ERZEUGNISSE

VERKAUFSBÜRO LEIPZIG  
Leipzig C. I., Berliner Straße 11 / Fernsprecher: Nr. 15070  
Ab 15. Oktober Täubchenweg 1, Eingang Rabensteinplatz,  
gleiche Fernsprecher-Nummer







# Der Kampf an der Wasserkante

Aus Hamburg wird uns geschrieben:  
Mit seltener Geschlossenheit führen die Werftarbeiter — Organisierte und Unorganisierte — den gewerkschaftlich sanktionierten Streik durch, der eine angemessene Erhöhung der jetzt bestehenden Stundenlöhne zum Ziele hat.

Auf keiner Hamburger Werft haben sich, trotz der Mitteilung der Unternehmer, daß Arbeitswillige jederzeit (zu besonders günstigen Bedingungen) eingestellt werden, Streikbrecher in nennenswerter Zahl gemeldet.

Die Arbeiterschaft beharrt einmütig auf voller Erfüllung ihrer Forderungen, und die Unternehmer haben sich zu ihrem großen Leidwesen davon überzeugen müssen, daß es sich bei dem Streikbeischluß um mehr als eine leere Drohung gehandelt hat. Ihre Presse faßelt bereits jetzt, nach dreitägiger Dauer des Kampfes, von einem durch das Verhalten der Arbeiter heraufbeschworenen und geförderten demnächstigen völligen Zusammenbruch der deutschen Werftindustrie. Mit mehr oder weniger heftig zur Schau getragener Entrüstung wird auf die gesteigerte Gefahr der Vergebung künftiger Aufträge nach dem Auslande hingewiesen, die den schwer ringenden deutschen Schiffsbau zum Erliegen bringen müßte, ferner auf die sinkende Kurve der Konjunktur, auf die ungeheure schlechte Lage der deutschen Werften überhaupt, und wie die fast am bekannten Klageleder sonst heißen, mit denen man

der Öffentlichkeit Sand in die Augen streuen und jetzt die Sympathien, die heute im allgemeinen der so überaus schlecht bezahlten Werftarbeiterschaft gehören, in das eigene Lager überlenken will.

Eine Steigerung der Löhne würde mit Sicherheit die deutschen Werften gegenüber dem Auslande konkurrenzunfähig machen, wird von den Unternehmern behauptet. Ueber die Gründe aber,

weshalb die Löhne soviel niedriger gehalten werden als die der übrigen Industriezweige innerhalb Deutschlands und diejenigen der Werftarbeiter in den anderen Ländern,

schweigt man sich vorsichtshalber aus.

Es wird wohl darauf hingewiesen, daß Neubauten, deren Fertigstellung sich zum Teil auf einen bis zu zwei Jahren währenden Zeitraum erstreckt, stets zu Festpreisen heringekommen werden müssen, die später nicht erhöht werden können, aber man vergißt auch hierbei hinzuzusetzen, daß bei der Preisstaktulation für derart große Bauten selbstverständlich von vornherein die unbedingte Wahrscheinlichkeit einer Lohnerhöhung während der Bauperiode mit berücksichtigt und entsprechend in Ansatz gebracht worden ist. Oder glaubt irgendein Unternehmer, der Werftarbeiterschaft weismachen zu können, daß er seine Offerten auf einen Abbau oder nur auf eine Stabilität der Löhne für die nächsten Jahre eingestellt und abgegeben hat? Eine Werft, bei der das der Fall wäre, müßte erst gegründet werden, bisher besteht sie in Deutschland noch nicht. Man versteht im Gegenteil in den Direktionsbüros der Werften ausgezeichnet zu rechnen und hat auch dort allgemein eine

Annäherung der Werftarbeiterlöhne an die der Landbetriebe als notwendig ins Auge gefaßt

und sich — wenn auch natürlich ganz im geheimen — darauf eingestellt. Nichts ist ja auch berechtigter als ein Ausgleich in dieser Richtung. Es ist einfach ein Unbding, daß ein Facharbeiter einer and dergleichen Gruppe auf einer Werft bis zu 30 Prozent weniger verdient als sein Kollege in einem Landbetriebe. Das ist, wie

gefragt, auch von den Werftkapitänen erkannt und bei der Preisgestaltung für die hereingekommenen Neubauten berücksichtigt worden. Den „Zeitpreis“ als Argument für die ablehnende Haltung gegenüber den Forderungen der Arbeiterschaft anzuführen, ist also Unfug, und auch auf den Wettbewerb zum Auslande kann dieser Preismodus keinen Einfluß ausüben, da auch dort ja der gleiche Modus besteht.

Nicht bestritten wird, daß die gute Konjunktur des Jahres 1927 nachgelassen hat. Trotzdem hat aber die heutige Gesamtbeschäftigungszahl der deutschen Werftarbeiterschaft annähernd die des Jahres 1914 wieder erreicht. Dabei ist aber gerade in der Werftindustrie in außerordentlich umfangreichem Maße rationalisiert und justoniert worden. Es ist gewiß kein unbilliges Verlangen der Werftarbeiterschaft, wenn sie den Anspruch erhebt, an den durch die Rationalisierung erzielten Ersparnissen wenigstens in Gestalt einer den heutigen Verhältnissen und dem steigenden Index entsprechenden Lohnerhöhung teilzunehmen.

Die Werftarbeiterschaft will und braucht sich nicht damit abzufinden, daß die Vorteile der Rationalisierung nur den Aktionären, Ausschüßräten, Direktoren und anderen leitenden Beamten zugute kommen, während für die Arbeiter Massenentlassungen und schärfster Widerstand der Werkleitungen gegen berechnete Lohnforderungen übrigbleibt.

Der Unternehmerschaft, die bis zum letzten Augenblick daran zweifelt hat, daß ihre Belegschaften dieses Mal wirklich den Kampf aufnehmen würden, ist der Streik schwer auf die Nerven gefallen; er hat ihnen einen tiefen Strich durch ihre Pläne gemacht. Die Werftarbeiter aber, deren

Stundenlöhne heute in den höchsten Detogruppen 66 bis 89 Pfennig

betragen, sind sich bewußt, was in diesem Ringen für sie und die ganzen deutschen Arbeitsgenossen auf dem Spiele steht. Sie halten daher, trotz allerlei verfehlter und verwirrender Machenschaften kommunistischer Drahtzieher und trotz der einseitig orientierten Berichte mancher bürgerlicher Blätter, in voller Einigkeit zusammen. Sie tun dieses in der Überzeugung, keine unbilligen Forderungen gestellt zu haben, und in der Gewißheit, daß

die Werkindustriellen sehr wohl in der Lage sind, die aufgelisteten Forderungen zu erfüllen, wenn sie nur wollen.

Agcha.

## Der Werkstreik geht weiter

SPD Hamburg, 3. Oktober. Der Kampf auf den See- und Schiffswerften geht unverändert weiter. Die Hamburger Werft Blohm & Voß hat am Mittwoch durch öffentliche Bekanntmachung die Entlassung aller Arbeiter ausgesprochen, die sich im Streik befinden.

## Mehr Lohn den Hüttenarbeitern

SPD Essen, 3. Oktober.

Der Deutsche Metallarbeiterverband teilt mit, daß die Metallarbeiterverbände den durch den Schiedspruch vom 15. Dezember 1927 festgelegten Lohnvertrag für die Hütten- und Metallarbeiter der nordwestlichen Gruppe zum nächstmöglichen Termin kündigen werden.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat die Ablehnung des Schiedspruches als ein Gebot der Selbstachtung betrachtet. Die Lohnerhöhung von 2 Pfg. für den Facharbeiter und 1 Pfg. für den Hilfsarbeiter wirkte geradezu provozierend, zumal wenige Wochen später in einer Vereinbarung 7 bzw. 8 Pfg. zugestanden wurden (siehe Kölner Metallindustrie). Es ist bemerkenswert, daß in den Industriezentren, die fruchtlich für die wesentlichen Rohstoffe (Kohle und Eisen) ungünstiger liegen, höhere Verdienste erreicht werden als am Ruhrgebiet. Die Arbeitgebergruppe Nordwest behauptet, daß die Industrie weitere Belastungen nicht ertragen könne. In diesem Zusammenhang sei an die Dezemberbewegung vorigen Jahres erinnert. 15 990 Arbeiter mußten nach Anzude der Arbeitgebergruppe mehr eingestellt werden, wenn die Verordnung vom 16. Juli 1927 durchgeführt werden sollte. Mehr eingestellt wurden tatsächlich jedoch nur 2299 Arbeiter. Das Institut für Konjunkturforschung, Abteilung Westen, berichtet, daß die Gesamtbelegschaft der rheinisch-westfälischen Stahlindustrie im Dezember 1927 213 928 betragen habe, dagegen im April 1928, also nach Durchführung der Verordnung, 212 295, es hat also eine Verminderung der Belegschaft stattgefunden. Ebenso wird es sehr gemacht. Am 26. September wurde in der Bergwerkszeitung ein Schaubild veröffentlicht, in dem man nachzuweisen vermag, daß die Löhne um 75 Prozent gestiegen, die Preise aber stabil geblieben sind. Wie steht es nun damit? Nach den amtlichen Angaben der Bergwerksberufsgenossenschaften verdiente der Arbeiter im Durchschnitt im Jahre 1913 5,78 M., täglich, im Juli 1928 8,31 M., ein Mehr von 2,53 M. = 43,77 Prozent. Der Lebenshaltungsindezes stand im August 1928 auf 153,5. Der Preisindex also nicht erreicht. Die Geschäftsabläufe der einzelnen Werke sind gegenüber den Vorjahren als gut anzusehen. Neben erheblichen Abschreibungen und Wertschneuerungen schwanken die Betriebseinnahmen zwischen 5 und 10 Prozent.

Die Arbeiterschaft hat ihre berechtigten Forderungen angemeldet und sie erwartet, daß ihnen die notwendige Beachtung geschenkt wird. Für den Arbeiter ist durchaus ein Einkommen erforderlich, daß ihm seine Arbeitskraft erhält und seiner Familie ein besseres und menschenwürdiges Dasein sichert.

SPD Essen, 3. Oktober.

Die am Mittwoch in Essen geführten Lohnverhandlungen der Metallindustrie Nordwest wurden nach mehrstündiger Dauer ergebnislos abgebrochen. Am 11. Oktober soll nochmals ein Versuch zur Verständigung gemacht werden.

## Die Streikbewegung in Frankreich

SPD Paris, 4. Oktober.

Trotz aller Anstrengungen der Kommunisten staut der Textilarbeiterstreik in Nordfrankreich stark ab. Der sozialistische Gewerkschaftsbund und der CGT haben die Arbeiterschaft erneut zur Ruhe und Besonnenheit aufgefordert, zumal die von der Regierung eingeleitete Vermittlungsaktion besten Erfolg verspricht.

Die Streikbewegung, die nach dem Bericht des Soz. Presse-

dienstes im Norden Frankreichs abflaut, hat inzwischen auf andere Gebiete übergegriffen. Das scheint aus folgender Nachricht hervorzugehen:

SPD Die Pariser Pelzarbeiter haben am Mittwoch nach einer stürmischen Sitzung ihres Verbandes für Mittwoch den Generalkstreik beschlossen.

# BULGARIA



Die beste 5mg-Zigarette!

# KRONEN



Bericht aus dem Kerker

Von Ilse Kulejar.

Im S. Dingesungnis von Budapest ist ein graues Arbeitszimmer. Die Frauen und drauhen geht die Wache immer und immer. Ehen dort wachet zerwärt, zermüht mit engen, hilflosen Sitzen...

Der neue Stern ist geplatzt

Die astronomischen Zeitschriften beschäftigen sich seit längerer Zeit mit einem aufsehenerregenden astronomischen Wunder am südlichen Sternhimmel. Schon im vorigen Jahre hatte man in Südamerika eigenartige astronomische Beobachtungen an dem Stern Nova Victoris gemacht.

Nova Victoris ist nämlich ein Stern, der außerordentlich weit von der Erde entfernt ist, seine Entfernung kann nicht mit unseren gewöhnlichen Maßen, sondern nur mit astronomischen, gemessen werden...

Schallplatten

Wesentlich ist Einkauf und Handhabung der Nadel. Die bessere Nadel, die im Einkauf vielleicht 25 Pfennig mehr pro Schachtel kostet, macht sich durch sicherere Schonung der Platten vielfältig bezahlt.

Grammophon („Die Stimme meines Herrn“)

85 143, ein Nocturno und ein Walzer von Chopin, von Brailowski am Steinweg-Fügel gespielt, voll männlicher Herbeität, plastisch im Ton.

Odeon

Unter den kleinen, wohlfeilen 3,50-Mark-Platten hat man in 2124 zwei Platten im nachdenklichen Kabarett, von Paul O'Monaghan sprecherisch zum Flügel gesungen, so eindringlich intim, daß Einjamtelgefühl ausgehoben wird.

Zonotopia

Diese mit der Odeon-Produktion zusammenhängende Marke legt in 8 Platten den Chor und die bedeutendsten Künstler der Weltländer Gala zusammen, ein Badal für den Freund des italienischen Bellando-Gesanges.

Parlophon

9290, eine Marschsymphonie von Witja Kitijsch mit seinem symphonisch besetzten Jazzorchester, eine musikalische Verhöhnung der sich spreizenden Ehrwürde Pariser Einzugsmärsche.

Electrola

Am wunderbarsten an der Schallmaschine erscheint einem immer wieder die Möglichkeit, eine ganze Symphonie im eigenen Heim spielen zu können, von Künstlern ausgeführt, von einem Meister dirigiert.

Wärme des Tones, die keinen Gedanken an mechanische Wiederholung aufkommen läßt. — An Operngeläng ist bemerkenswert E. J. 210, von Friedrich Schorr aus Tannhäuser (Lied an den Abendstern) und dem Holländer besungen, nobel in Ton und Auffassung.

Kleine Chronik

Ausstellung bei Bretschneider. In dem kleinen Ausstellungsraum hängt dichtgedrängt eine Anzahl Bilder, Aquarelle und Zeichnungen Lucien Bie n a p f e l s.

Der Erzbischof beim Whist. Lady Baget, die jetzt 90jährige Witwe des bekannten Volkshäufers und Diplomaten, erzählt in ihrem letzten erschienenen Erinnerungsbuch „Die Linien des Lebens“ allerlei lustige Geschichten, darunter auch die folgende vom Erzbischof Trench von Dublin.

Die Sowjets ehren Nadora Duncan. Unter dem Vorhild des Volkskommissars Lunatschark hat sich ein Komitee gebildet, das den Todestag der vor Jahresfrist in Riga verunglückten Tänzerin Nadora Duncan festlich begehen wird.

Neues Theater: Elise Schulz-Dornburg singt in „Margarethe“ (Sonntag, den 7.) ausfallslos die Liebel.

Alte Theater. In der Erstaufführung von Georg Kaiser's Schauspiel „Oktobertag“, Sonnabend, den 6. Oktober, spielen unter der Leitung Alwin Kronackers die Damen Elisabeth Friß, Lisa Helwig und die Herren Jelle-Gött, Stanhina, Mehn.

Filmchau

An Henny Portens neuestem Film „Jussucht“ ist zweierlei als erfreulich festzustellen: die Porten hat ihre skablonierte Pose als edelweissche Gartenlaubengereichen überwunden und zeigt sich als menschenwürdige, die uns zu erschauern vermag.

Auf einfachere Art wird die soziale Frage in „Mein Pappi“ gelöst. Ein autelnder Milliardär rast durch die Straßen, wird polizeilich angehalten, schwindelt sich heraus mit einer Fahrt zum Krankenhaus und bekommt dort ein fremdes Kind in die Arme gelegt.

Unter drei Talentskizzen wird es nicht zu machen sein, wenn man die Liebe für die durchs Leben sehen will. Was da die Großstadt Ischi, ein Schwelgerepaar sich lösen läßt, was es da an „lachendem Leben“ und „schimmerndem Land“ gibt, das ist nur mit Tränen zu genießen.





## Aus der Umgebung

**br. Lindenthal. Gemeindeverordneten-Sitzung.** In der Gemeindevorordneten-Sitzung am 27. September d. J. wurde bekanntgegeben, daß die Amtshauptmannschaft die Genehmigung des 25. Nachtrages zur Gemeindesteuerordnung (Hundsteuer betreffend) genehmigt, wolle, daß der Bezirksverband eine Beihilfe von 700 RM als Beitrag für die Unterhaltung des Kindergartens und 1500 RM als Beitrag zur Befolgung der Gemeindefachwerke bewilligt. — Der Bauauschuß hat die Befestigung der erweiterten Lüftungsschleuse an der Landsberger Straße vorgenommen. Das Ergebnis der Befestigung wird vom Menem gutgeheißen. Man beschließt, ein Baugesuch der Witwe Wehrmann, Lindenstraße, die Errichtung eines Gartenhäuschens auf Widerruf zu gestatten, auch die Anschaffung des Schleusenreinigungsgeschüßes, welches einen Kostenaufwand von 1050 RM erfordert, wird genehmigt. — Die vom Bauauschuß vorgeschlagene Reinigung des Familienbades wird beschlossen. Ferner stimmt man der Schaffung eines verschalteten Raumes im Sprungturm für dauernde Unterbringung der Motorpumpe zu. Die im Bad vorhandenen Rarpsen werden zum Preise von 1 Mk. pro Pfund an die Einwohner verkauft. — Die Frage der Gründung eines Berufsschulverbandes mit den Gemeinden Quasnitz und Lützenhain in Lindenthal hat seine Erledigung gefunden, da die Gemeindevorordneten-Kollegen von Quasnitz und Lützenhain einmütig beschlossen haben, dem Berufsschulverband beizutreten.

Der Gemeindevorordnete Wieduwilt (KPD) hatte vor Beginn der Sitzung einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem Stellung genommen wurde zum Vauzerkreuzerbau. Trotzdem eine Dringlichkeit des Antrags nicht vorlag, wurde vom Vorsitzenden der Antrag zugelassen. Bei der Behandlung dieses Antrages schlug der Vorsitzende Genosse Jinslerling vor, dem Antrage unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß dieser folgenden Nachsatz erhält: Die Gemeindevorordneten bedauern außerordentlich, daß die Bestrebungen im Vauzerkreuzerbau, eine allgemeine Abrüstung sämtlicher Staaten herbeizuführen, gescheitert sind. Sie verurteilen das Beitreten der imperialistischen Regierungen und verlangen Abrüstung im allgemeinen einschließlich Sowjet-Rußland. Hierauf gab der Vertreter der KPD, die Erklärung ab, daß sie dem Wortlaut dieses Beschlusses nicht zustimmen können, da Rußland nicht eher abzurufen gedenke, bis sämtliche anderen Staaten abgerüstet hätten. Nach dieser Erklärung wurde dann der Antrag der KPD gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Ein weiterer Antrag auf Unterfertigung des Beschlusses verfiel genau wie der vorhergehende Antrag der Ablehnung.

**Tausch.** Ein größerer Kellerbrand entstand im hiesigen Rittergute. Auf noch unaufgeklärte Weise waren die Kohlenvorräte im Keller unter dem Wohnhaus in Brand geraten. Wahrscheinlich ist der Brand durch Selbstentzündung der Kohlen entstanden. Das Feuer konnte bald gelöscht werden. Am Brandorte war außer der hiesigen Feuerwehr auch die Leipziger Berufsfeuerwehr erschienen.

**Dummerjungenstreich oder gepflanzter Diebstahl?** Als einige auswärtige Automobilisten in ein Gasthaus eingekehrt waren und ihren Wagen ohne Aufsicht gelassen hatten, mußten sie nach ihrer Rückkehr zu ihrem Verwundern feststellen, daß

ihre Wagen verschwunden war. Alle polizeilichen Nachforschungen waren zunächst vergebens. Schließlich wurde von einem Schuhmann das Auto in einer entlegenen Straße gefunden.

**Raunhof. Stadiverordneten-Sitzung.** Zunächst gab der Bürgermeister bekannt, daß an Stelle des verstorbenen Stadiverordneten Ebersbach Herr Oskar Uhlitz tritt. Dem Neueintretenden wurden auch die freigewordenen Sitze im Sparfassenauschuß und Schulauschuß übertragen. Die Unterstützungsbeschlüsse der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg-Großborstel und des Vereins zur Erhaltung des Cronauer Hammers wurden abgelehnt, dagegen wurde dem Verband für Deutsche Jugendherbergen, Ortsgruppe Leipzig, eine einmalige Beihilfe von 20 Mark gewährt. Der Firma Paul Kuppe H.-G. wurde zur Erweiterung eines Schuppens Genehmigung erteilt. Zur Befreiung der Bauten auf dem Holzschlaglande soll ein vorübergehendes Darlehen von 15 000 Mark bei der Sparkasse Rötze aufgenommen werden; dem wurde zugestimmt. Einem Gesuche um Gewährung eines Baudarlehens aus der Mietzinssteuer wurde zugestimmt. Den Bewohnern eines Erdmannshainer Grundstücks wurde die Entnahme von Wasser aus der Leitung eines städtischen Grundstücks gestattet. Dem Gesuche des Verwaltungsanwalters Jordan um Bewilligung des Schulgeldes für einen Lehrgang bei der Sächsischen Gemeindefachschule in Dresden wurde stattgegeben. Das Gelände neben Zeibigs Grundstück soll als Gartenland vergeben werden; der Pachtpreis soll nunmehr auf 2 Pfennige für den Quadratmeter festgesetzt werden.

**Bad Nauß. Selbstmord auf den Schienen.** Am Sonntagabend gegen 1/21 Uhr hat sich ein Unbekannter zwischen der Brücke über der Badstraße und dem Bahnhofsgebäude durch den 20.16 Uhr in Bad Nauß eintraffenden Personenzug überfahren lassen. Der Lokomotivführer hatte nur wahrgenommen, daß er mit der Maschine „irgend etwas“ berührt haben mußte. Als man darauf die Strecke abging, fand man einen ungefähr fünf und zwanzigjährigen Mann in guter Kleidung, aber ohne jeden Ausweis und nur mit ein wenig Kleingeld sowie einigen Zigaretten in der Tasche tot neben den Schienen. Er trug schwarzweiß-gefärbten Anzug, einen dunklen Mantel und Matowäsche, hellbraunen Hut und schwarze Schuhe. Sein Haar ist gewellt. Um Mitteilungen, die zur Identifizierung des Toten dienen können, wird gebeten.

**k. Eilenburg. Ein Veteran der Arbeit und der Partei** — der Werkmeister Karl Räther — beging dieser Tage die 50jährige Weibkehr des Tages, an dem er in die Wappenfabrik Wagner eintrat. Dem Jubilär wurden bei dieser Gelegenheit mannigfache Ehrungen zuteil. Dies gibt uns Veranlassung, ein Stück Geschichte aus der Eilenburger Arbeiterbewegung zu schildern, an der auch Karl Räther seinen Anteil hat. Karl Räther ist ein Gründer der sozialistischen Bewegung in Eilenburg. Im Jahre 1873, bei der Gründungsversammlung im „Bergkeller“, wurde er eingewähltes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Stolz lächelnd erzählt er immer, wie er, erst 18 Jahre alt, Leiter der damaligen Parteibibliothek war, die er bequem unter dem Arme tragen konnte. Mit dem alten Genossen Sperling und Güntzer ist Räther oft beim Flugblattverteilen von der Genbarmerie abgehört worden. Lange Jahre schon kann Genosse Räther nicht mehr öffentlich in der Partei mitwirken. Frühzeitig überfiel ihn ein Nervenleiden, das die ärztliche Kunst bis heute nicht hat heilen können. Aber bei großen Bewegungen, wie etwa Wahlen, muß er in die Versammlungen gehen, ebenso immer natürlich bei den Gewerkschaftsfesten dabei sein. Möge Genosse Karl Räther allen ein Beispiel sein und noch einen recht langen Lebensabend verbringen!

— Die Herbstwanderungen der Arbeiterwohlfahrt-Kindergruppe finden wie folgt statt: 1. Tour: Mitt-

woch, den 3. Oktober, nach Teßwitz; Treffpunkt an der Tor-gauer Brücke um 10 Uhr; Esgehirr und Teintbecher mitbringen. 2. Tour: Mittwoch nach Zschepplin; Treffpunkt Röhrenbrücke um 11 Uhr; Teintbecher mitbringen. — Außerdem hält die Arbeiterwohlfahrt in der Zeit von November bis Januar einen Röhrenkurs unentgeltlich ab. Anmeldungen zu diesem Kursus werden in den Verkaufsstellen des Konsumvereins angenommen. Pläne liegen daselbst zum Eintragen aus.

## Leipziger Rundfunkprogramm

Freitag, den 5. Oktober.

- 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
- 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 11,15 Uhr: Wetterdienst und -vorausgabe (Deutsch und Esperanto) und Wasserstandsmeldungen.
- 12,00 Uhr: Mittagsmusik.
- 12,55 Uhr: Rauener Zeitzeichen.
- 13,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht.
- 15,00 Uhr: Musikalische Kaffeestunde mit Funkwerbung.
- 16,30 Uhr: Hausmusik aus der Biedermeierzeit. (Zugleich Webertragung auf den Deutsch-Indischer.) Mitwirkende: Käthe Grundmann (Gesang), Erich Schäfer, Erfurt, (Laute), Max Krämer (Violine).
- 17,45 Uhr: Arbeitsnachweis.
- 18,20 Uhr: Wettervorausgabe, Zeitangabe und Funkwerberachrichten.
- 18,30—18,55 Uhr: Studentrat Friebe, Rektor Mann: Englisch für Fortgeschrittene. (Deutsche Welle, Berlin.)
- 19,00 Uhr: Fritz Ohle, Köln-Chrenfeld: „Die große Wästenbahn“.
- 19,30 Uhr: Dr. Gerhard Benamer, Leipzig: „Natürliche und künstliche Wohlgerüche“.
- 20,00 Uhr: Schlagerstunde. Mitwirkende: Melitta Wittenbecher-Neumann (Sopran), Georg Woertge (Tenor), Joseph Goldstein (Klavier).
- 21,00 Uhr: Kammermusik. Mitwirkende: Artur Gottschall (Harfe), Arno Bräunling, (Flöte), Otto Wunderlich (Violine), Oskar Seifert (Bratsche), Walter Schilling (Cello). 1. Claude Debussy: Sonate (G-Moll) für Flöte, Bratsche und Harfe. Baitorafe — Interlude — Finale. 2. Otto Wunderlich: Zwei Stücke für Violine und Harfe, Op. 23: a) Willon; b) Am Spinett. 3. E. M. Tebelski: Suite für Harfe, Violine und Violoncell. 4. Improviso. 5. Reverie. 6. Walzer, Serenata.
- 22,15 Uhr: Pressebericht, und Sportpunt.
- 22,30 Uhr: Tanz- und Unterhaltungsmusik. Waldo Oltersdorf und sein Orchester.

## Volkshaus Leipzig

Sozialberichte, heute: Hammelfleisch mit Weiskohl und Kartoffelstücken 85 Pf. — Morgen: Gerdampfte ammelkew's mit Klößen 1,20 Pf. Ab 18 Uhr: Schweinackchen mit Meerrettich und 100 Pf. 1 Pf.

# Selbsthilfe Leipzig

Diese Woche besonders preiswert

Kaffee ff. geröstet . . . . . Pfund	1.15 1.05 0.95 0.80 und 0.65
Gerste glasiert . . . . . Pfund	0.32
Milchkaffee lose . . . . . Pfund	0.38
Milchkaffee mit wertvollem Gut-schein . . . . . Pfund	0.53
Kusmi-Tee . . . . . Paket	0.25 bis 1.20
Tea Mjke Teekanne . . . . .	0.30 bis 2.50
Tea lose, sehr fein, 1/4 Pf. 1.15 u.	1.40
Kaffee-Zusatz Anker . . . . . Kiste	0.15
Sarotti-Kakao . . . . . 1/4 Pf.	0.50
Reichardt-Kakao . . . . . 1/4 Pf.	0.50 0.45 u. 0.30
Hauswaid-Igeha-Kakao . . . . . 1/4 Pf.	0.45 u. 0.37
Häfer-Kakao . . . . . 1/4 Pf.	0.30
Kakao lose . . . . . Pf.	0.85
Schokol.-Pulver ger. rein 1/4 Pf.	0.28
Milch-Schokolade . . . . . 3 Tafeln, 100 gr.	1.00
Hauswaid feine Speise-schokolade . . . . . Tafel	0.45
Hauswaid-Vollmilch . . . . . Tafel	0.50 u. 0.35
Mokka-Milch . . . . . Tafel	0.50 u. 0.35

Deutsche Feitheringe . . . . . 10 Stück	0.75
Horingsmilch . . . . . Pfund	0.35, 1/2 Pfund 0.10
Himbeer-, Aprikosen- oder Erdbeer-Marmelade mit Apfel . . . . . 2-Pfund Elmer	1.00
Pflaumenmus bestes Thüringer . . . . . 1 Pfund	0.50
Pflaumen mit Stein . . . . . 2-Pfund-Dose	0.80

und alle übrigen Lebensmittel und Haushaltartikel billigst mit 6% Rückvergütung in den bekannten Verkaufsstellen.

Die Einlösung der vollen Sparbücher erfolgt ab 3. Dezember mit 6.00 Mark nach Wunsch in bar oder in Waren in den Ausgabestellen

## Rutenkartoffel-Ausgabe

Sonnabend und Sonntag, den 6. und 7. Oktober, von 6 Uhr ab, am Wege Döhl's-Grabenstraße, über dem Kohlenhändler, langen Steinbreite, Gutsverwaltung Döhl.

## Ruten-Kartoffel-Ausgabe

gelbkehlige (Industrie) täglich an der Merleburger Staatsstraße links vom Bahnhof Rüdmarzdorf Gutsverwaltung Burghausen Telefon 420 28

## Rutenkartoffeln

gelbkehlige Industrie täglich vor- und nachmittags, Wagner Straße hinter Friedhof Schönfeld, an der äußeren Heidehaube Rittergut Schönfeld.

## Achtung! Achtung!

Chaiselongues von 40 RM. an Sofa in Stoff von 125 RM., Sofa in Blau von 150 RM. an in eigener Werkstatt hergestellt. Solide Arbeit. Leiste Garantie. Auf Wunsch Zahlungserleichterung. Bei Barzahlung 10 Proz. Rabatt. A. Tänzer, Tapezierer, Brühl 11

## Auf Teilzahlung!

Beamte und Festangestellte brauch. bei mir zum Kauf kein Geld Herr- u. Damen-Garderobe sowie Bett-, Tisch- und Leibwäsche Gardinen, Steppdecken und Teppiche, einzelne und komplette Möbel-Ausstattungen sowie Sprech-Apparate N. Weiser

Un verstr. safr 22-24 1 Etg.



## Überall blendend sauber

das ist Vorbedingung bei der Herstellung einer guten Margarine. Hellgekacht sind die weiten Fabrikhallen der Blauband-Werke, appetitlich sauber die weissen Milchbehälter, spiegelblank die riesigen Maschinen, die selbsttätig jetzt auch die neue Marke „Alma“ herstellen. Weissgekleidet sind die Männer und Frauen, welche die sauberen Maschinen bedienen; äusserst rein die feinen Speiseöle und Fette, sorgfältig sterilisiert die grossen Mengen Milch, die zur Verbutterung benötigt werden. Selbst das Wiegen, Formen und Umhüllen der fertigen Ware geschieht maschinell. Diese geradezu vollendete Reinheit bei der Herstellung stempeln „Alma“ zu einem gesunden, bekömmlichen Nahrungsmittel, das, auf Brot gestrichen, mit Genuss verzehrt werden kann und für Back- und Bratzwecke unübertrefflich ist. Sparsame Hausfrauen wählen „Alma, die Margarine für Alle“.

Das ganze Pfund für 85 Pfennig!





